

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Briefporto 2.- Mark, für Selbstabholer 1.80 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beleggeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. — Telefon: Sammelnummer 72208 — Postcheckkonto Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Taubacher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon: 72208. — **Verlag in Leipzig:** Taubacher Straße 19/21 — **Telefon:** 72208

Inseratenpreise: Die 10 gespalt. Kolonellzeile 35 Pfg., bei Platzvorkauf 40 Pfg. Stellenangebote 10 gesp. Kolonellzeile 25 Pfg. Familienanzeigen von Privaten die 10 gesp. Kolonellzeile mit 50% Nachsch. Reklamselle 2 Pf. Inserate v. ausw.: die 10 gesp. Kolonellzeile 40 Pfg. bei Platzvorkauf 50 Pfg. Reklamselle 2.25 Pf.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postämter entgegen

Die Länderkonferenz in Berlin

Der Auftakt

Am Montag ist in der Reichstanzlei die Deutsche Länderkonferenz eröffnet worden. Etwa hundert Ministerpräsidenten, Minister und Regierungsoberhäupter sind versammelt. Das Außere der Konferenz spannt die Erwartungen hoch — mit Unrecht! Der Gang dieser Versammlung ist nur eine Verbeugung vor dem größten politischen Problem Deutschlands, der Frage des Einheitsstaates — aber nicht mehr. Trotz des äußeren Glanzes wird von dieser Konferenz große geschichtliche Tat nicht ausgehen. Sie wird die deutsche Frage ebensowenig lösen wie jene Versuche der Regierungen zwischen 1849 und 1870, die sämtlich gescheitert sind.

Schon der Auftakt zu der Versammlung zeigt, was man von ihr erwarten kann. Das Programm, das Reichstanzler Metz bei ihrer Eröffnung entwickelte, zieht ihr von vornherein enge Grenzen: Beseitigung der Enklaven, Erörterung der Uebernahme einzelner Verwaltungszweige auf das Reich, Verwaltungsreparatur. Das man zur Beseitigung der Enklavenwirtschaft einen so großen Apparat in Szene setzt, — das ist ein Selbstzeugnis der Bureaucratie gegen die eigene Wirksamkeit und Brauchbarkeit.

Der bisherige Verlauf läßt schon eine gewisse Resignation erkennen. Der Hamburger Bürgermeister Petersen, der über das staatsrechtliche Verhältnis von Reich und Ländern sprach, hat zwar das Problem gezeigt, aber auch die Schwierigkeiten der Lösung. Sein Referat gliederte in folgenden Gesichtspunkten:

1. Durchführung des demokratischen Prinzips der Reichsverfassung auch bei der Einwirkung der Länder auf die Willensbildung des Reiches. — Hier ist ein entscheidender Punkt: Durchführung dieses Prinzips heißt, Preußen das Gewicht im Reichsrat geben, das ihm nach seiner Einwohnerzahl zukommt, bedeutet die Aufhebung der künstlichen Majoritätierung Preußens.
2. Stärkung der Reichsgewalt. — Man wird hören, was die bayrischen Vertreter dazu sagen.
3. Vereinheitlichung der politischen Willensbildung in einem einzigen Reichsparlament und damit Vermehrung der Stimmkraft in der Verwaltung des Reiches. — Das ist die große politische Frage. Man wird sehen, ob das Zentrum sich und seine Minister diesen Gedanken aneignen werden.

Die positive Gegenwartsforderung Petersens aber heißt: Einsetzung eines Sachverständigenausschusses. Eine so ersuchte Versammlung soll nur zusammenkommen, um eine Kommission zu wählen? Hier ist ein Punkt, bei dem die Öffentlichkeit aufmerken muß. Sollte der Plan bestehen, den famosen Lütjehund zum Sachverständigenauschuss zu ernennen?

Im Anschluß an das Referat Petersens sprach der württembergische Staatspräsident Baurle, der die Verfassung, die Bismarck dem Reich gegeben habe, als Ausfluß höchster staatsmännischer Weisheit pries. Dann hielt der Ministerpräsident Bayerns, Dr. Held, sein Referat über Reich und Länder. Held erklärte, nicht nur im Namen seiner Regierung, sondern auch im Sinne des „weitläufig überwiegenden Teiles des bayrischen Volkes“ zu sprechen. Er führte u. a. aus, für eine durchgreifende Revision der Verfassung sei nach vielfach vertretener Auffassung die Zeit noch nicht gekommen. Immerhin ließe sich aber ein gewisses Mindestprogramm durchführen, und zwar auch ohne Verfassungsänderung. Hier käme vor allem in Betracht:

1. Eine Verbesserung des Finanzausgleichs, der den Lebensinteressen der Länder wirklich Rechnung trage.
2. Ein Ausbau, weiterer Zuständigkeiten zugunsten der Länder auf der Grundlage der Augustvereinbarungen des Jahres 1922. Auch den wirtschaftlichen Forderungen der Länder in bezug auf das Beschäftigungswesen für Heer und Verkehrsweisen könnte ohne weiteres noch der Reichsrechnung getragen werden.

Die „geradezu unerträgliche Zentralisierung des Geld- und Kreditwesens in Berlin“ müßte im Wege der Vereinbarung zwischen Reich und Ländern beseitigt werden. Zu diesen wirtschaftlichen, finanziellen und staatsrechtlichen Gesichtspunkten komme auch noch der kulturpolitische Gesichtspunkt, der die Erhaltung der Eigenstaatlichkeit und Selbständigkeit der deutschen Länder bringend gebiete. Die Zentralisierung würde eine Verdünnung der jetzt bestehenden Kulturzentren bedeuten. Der gesunde Wettbewerb der einzelnen Staaten und Stämme im Deutschen Reich sei ja die Grundlage für die Erhaltung und Fortentwicklung der deutschen Gesamtkultur. Gerade wer die Einheit des Reiches als das höchste Gut des deutschen Staatsbürgers ansehe, müsse das Einheitsreich mit seinen nivellierenden und zerstörenden Einflüssen ablehnen.

Im weiteren Verlauf dieser Konferenz wird der preußische Ministerpräsident Otto Brauns über die Frage des Einheitsstaates sprechen. Er wird als Führer des größten deutschen Landes die Stellung vertreten, die er in der Öffentlichkeit wiederholt eingenommen hat: Preußen ist bereit, im Reich aufzugehen, sobald es die Gewißheit hat, daß sein Schritt nicht eine Stärkung und Verewigung des Partikularismus und der Zerissenheit bedeutet.

Das Problem der deutschen Einheit wird auf dieser Konferenz von allen Seiten her beleuchtet werden. Die Lösung aber muß vom Volke selbst kommen. Das Volk selbst muß die Hemmungen und Widerstände, die auf dieser Konferenz zutage treten werden, beseitigen.

Davidowitsch die Stellung der Regierung stark erschüttert. Duktischweise ist es offenbar nicht gelungen, durch die Uebergabe seines bisherigen Portefeuilles als Innenminister an eine andere radikale Persönlichkeit die Widerstände aus dem demokratischen Landestag zu überwinden. Fast einmütig setzte sich der demokratische Landestag für die von Davidowitsch verfolgten Richtlinien ein. Damit war das Schicksal der gegenwärtigen politischen Kombination in Südrussland schon so gut wie besiegelt.

Woldemaras' Besuch in Berlin

Neues Bluturteil in Litauen

SPD Riga, 16. Januar.
Antisch wird aus Rowno mitgeteilt, daß der litauische Ministerpräsident und Außenminister Woldemaras am 24. Januar seine Reise nach Berlin antritt, um dort mit Dr. Stresemann über eine Reihe schwebender Fragen sich auszuspreden. Es handelt sich vor allem um die Vorbereitung der deutsch-litauischen Wirtschaftsvereinbarungen.

Vor dem Kriegsgericht in Wilkomie in Litauen wurde am Sonnabend wiederum eine ganze Reihe unter dem Verdacht der Spionage stehende Personen abgeurteilt. Das Urteil gegen den Haupttrüdelführer lautete auf Tod durch Erschießen. Ein anderer Angeklagter erhielt lebenslänglichen Kerker, ein dritter wurde zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt.

Chamberlain reist nach Warschau

Wie zuverlässig verlautet, wird der englische Außenminister Chamberlain im Laufe des Mai nach Warschau reisen, um dort aus eigener Anschauung die Probleme des Ostens kennenzulernen und mit dem Marschall Piłsudski sowie mit den polnischen Regierungsstellen persönlich Fühlung zu nehmen.

Bomben

III Wie aus Tetuan (Marokko) gemeldet wird, wurde das Dorf der Beni Curulis, in dem sich einige Aufständische befanden, von einem Flugzeug aus bombardiert.

Bei dem Angriff eines amerikanischen Marine-Flugzeugwaders auf die Festung des nikaraguanischen Generals Sandino, El Chipote, bei dem die Flugzeuge teilweise Handgranaten benutzten, wurden 40 Aufständische getötet.

KPD-Reformismus ist Trumpf

Das Programm Brandler

Von A. Gurland, Leipzig.

Seit der Stabilisierung der mitteleuropäischen Wirtschaft ist der Kommunismus in arge Seelennöte geraten. Als die Inflation noch die Gehirne der Arbeiter beherrschte, konnte sich jene Babanquepolitik breitmachen, die durch den Namen Ruth Fischer ihre unauslöschliche Weihe erhielt. Doch der Inflationssturm war bald verfliegen, und schon Ende 1925 gab es in der Komintern ein neues Kommando: Feuer gegen links! Der Eklibrief an die deutsche Zentrale, die Abjagung der Fischer-Maslow-Garnitur: das war nur der Prolog zum internationalen Kampf gegen die „linke“ Gefahr, der vor wenigen Wochen seine Krönung fand in dem Ausschluß der alten Garde der Bolschewiki aus der KPD der Sowjetunion. Der Kampf ist soweit gegangen, daß selbst unter den getreuesten Anhängern des Apparates eine stark deprimierte Stimmung herrscht, daß selbst hier die Angst vor den „Rechten“ immer größer wird. Auf dem 15. Parteitag der KPD der SU waren es die Vertreter der jüngeren Generation, Schachtin und Lominadse, die vor der rechten Gefahr warnten und die Wiederaufnahme des Kampfes gegen die Rechtsströmungen in der Komintern, die nach ihrer Darstellung in den aufrührerischen Parteien besonders stark seien, verlangten. Aber siehe da: Bucharin selbst, seit der Abjagung Sinowjews der Grohinqvisitor der Komintern, stellte sich schüßend vor die Rechten, und namentlich Heinrich Brandler, dem Organisator der berühmten „Oktobereberlage“ vom Jahre 1923, galt die Verteidigungsrede des Haupttheoretikers des Stalinismus. Wir zitieren das Stenogramm:

„Ich behaupte“, sprach Bucharin, „daß Brandler, trotz der von ihm begangenen schweren Fehler, niemals ein solches Renegatentum begangen hat wie Trotski, Sinowjew und Kadei. (Zuruf: Richtig!) Brandler hat sich nach der Beurteilung seiner Fehler durch das ZK nicht zusammengeworfen; vier Jahre lang hat er wie ein Loter geschwiegen und eine solche Disziplin beobachtet, die ich vielen unserer Anhänger als Beispiel empfehlen möchte.“

Mit dem Kampf gegen die Rechte scheint es also Effig zu sein. Wie sich in der russischen KPD die Rechte (Rykow, Kollontaj, Petrowski) mit dem „rechten Zentrum“, den Leuten des Apparates, den Stalin, Wolotow, Kaganowitsch, Mikojan, in die Macht teilen, so wird auch das Zentralkomitee der KPD auf der Basis einer Machtteilung sowohl von den Leuten des Apparates, den „Stalinisten“ und „Thälmannianern“, einerseits, den Anhängern der ausgesprochenen Rechten, den „Brandlerianern“ andererseits, als deren prominentester Vertreter Ernst Meyer in der Zentrale sitzt, beherrscht. Und die letzten Entlarvungen der alleswissenden Urbahns-Maslow-Leute haben ja bereits einiges Licht darüber verbreitet, wie der Kampf um die Reichstagsmandate zwischen Thälmannianern und Brandlerianern vor sich geht. Brandler selbst soll heimkehren und den Kampf um die von ihm „vier Jahre lang“ totgeschwiegene Politik aufnehmen. Und es ist in Wirklichkeit heute schon so, daß bei aller theoretischen Genialität des geistigen Hauptes des Herrn Thälmann, Heinz Neumanns des Wandlungsfähigen, die offiziöse Antwort der Thälmann-Nachfolge auf die Anfragen der beinahe in geschlossener Fraktion auftretenden Rechten immer schwächer, immer farbloser, immer nichtsagender wird. Die Anfragen aber, die die Brandler, Meyer, Köhler, Riß gegen den herrschenden Parteikurs erheben, sind auch für den Außenstehenden nicht gerade uninteressant. Hören wir einmal näher hin:

„So unerwünscht es ist, so ist es doch Tatsache, daß sich unsere Stellung gegenüber der SPD und den reformistischen Gewerkschaftsführern in den tagtäglichen Kleinkämpfen erschwert hat.“ „Die Bekämpfung der sozialdemokratischen Politik“ erfordert wiederum, daß unsere Genossen Klarheit über Ziel und Weg unseres Kampfes zum Sturz des Kapitalismus besitzen. Diese Klarheit fehlt in der Partei zum großen Teil. „Die kommunistischen Arbeiter“ sind oft nicht genügend in der Lage, den Argumenten der Reformisten entgegenzutreten, und helfen sich deshalb lieber in Schmelgen. Das trägt dazu bei, daß unsere Parteigenossen in den entstehenden Kämpfen meistens nicht die Führung in der Hand haben, sondern mehr oder weniger im Schlepptau der SPD und Gewerkschaftsführer segeln.“

„Die Mitgliederzahlen der Partei stagnieren. Das Leben in den Zellen wird durch die ungeheure organisatorische Kleinarbeit, die auf jedem Mitglied in der Organisation lastet, und durch den vielfach vorherrschenden Schematismus, aber besonders durch die nicht genügende Politisierung der Zellenarbeit gelähmt. . . . Wohl wird auch im allgemeinen darüber geredet, daß die Verbindung zwischen den einzelnen Aktionen hergestellt werden müsse, jedoch, wie das gemacht werden soll, welche gemeinsamen allgemeinen Kampfaufgaben gegeben sind, darüber wird nichts gesagt. Darin eben zeigt sich der Hauptmangel unserer Parteiarbeit. Die einzelnen Kampagnen zerfallen und erscheinen nicht als ein Teil der einen großen Kampagne, die für die deutsche Arbeiterklasse die wichtigste ur- entscheidende ist und die gerichtet ist gegen die deutsche Bourgeoisie und ihren Staat und auf die Diktatur des Proletariats.“

Die Kommunisten „müssen darum, wollen sie Kommunisten bleiben, die Verbindung zwischen den heutigen Tagekämpfen und dem Kampf um das Endziel aufgeben“. . . . in unserer tagtäglichen Politik zeigen wir nicht genügend, in welcher Beziehung der

Theater fürs Volk!

Eröffnung der panamerikanischen Konferenz

SPD London, 16. Januar.

In Havanna ist am Montag mit großer Feierlichkeit der Panamerikanische Kongress zusammengetreten. Präsident Coolidge, der bei seiner Ankunft durch ein anderthalbstündiges Pfeifen der Schiffssirenen geehrt wurde, hielt die Eröffnungsansprache, in der er zunächst die kulturelle und demokratische Sendung des amerikanischen Kontinents pries. Er sei besser, stellte er fest, wenn die Völker selbst ihre Fehler machten, als daß die Fehler von den Obrigkeiten für sie gemacht würden. Coolidge pries hierauf die amerikanische Friedensliebe. Die amerikanischen Nationen hätten niemals an militärische Größe geglaubt, und die Konferenz in Havanna trete zusammen, um die friedlichen Beziehungen der amerikanischen Staaten untereinander auszuüben. Sämtliche an der Konferenz teilnehmenden Staaten, große wie kleine, befänden sich auf dem Fuße absoluter Gleichberechtigung. Bedinglich amerikanische Probleme seien zu erörtern, deshalb stelle die Konferenz keinerlei Ausdruck eines Gogenzuges zu irgendeinem anderen Land oder einer anderen Organisation dar. Diese Feststellungen waren offensichtlich auf den Völkerbund gemünzt.

Am Schlusse seiner Ausführungen, die kein Wort über die Vorgänge in Nicaragua enthielten, feierte Coolidge die Presse. Er beendete dann seine Ausführungen mit einem Hymnus auf den Geist, den die amerikanischen Staaten bei der Lösung der zwischen ihnen auftretenden Meinungsverschiedenheiten stets ausgezeichnet hätte.

Regierungskrise in Südflawien?

III Belgrad, 16. Januar.

Minister Bosa Popowio überreichte heute dem Ministerpräsidenten ein Auktionsgesuch. Wie in politischen Kreisen verlautet, bedeutet das die Eröffnung der Regierungskrise. Man rechnet zuverlässig damit, daß die demokratischen Minister noch im Laufe des morgigen Tages ihren Austritt aus der Regierung anfündigen werden. Allgemein wird die Demission der Regierung Dutschewitsch-Markowitsch für morgen erwartet. — Wie zu erwarten war, hat die Faltung des demokratischen Parteiführers

heutige Kleinkampf, das heutige Vorgehen zur Entscheidungsschlacht der Zukunft steht."

So also sieht es in der revolutionären Partei des deutschen Kommunismus aus! Ein Dokument, das unstreitbaren Wert besitzt sowohl als Eingeständnis der eigenen Ohnmacht gegenüber der Gesamtheit der objektiven Lage, als auch als Rundgebung einer bestimmten Richtung innerhalb der kommunistischen Partei. Und wo das zu finden ist? In der Internationale, dem offiziellen theoretischen Organ der KPD! Die Brandlerianer haben ihre Offensive eröffnet, seit Monaten geht in geheim die Debatte um ein Aktionsprogramm, das Brandler ausgearbeitet und der deutschen Partei vorgelegt hat, ein Aktionsprogramm, das man monatelang nicht gewagt hat, der Öffentlichkeit zu übermitteln, um das in der Parteipresse der KPD diskutiert worden ist, als das Aktionsprogramm selbst noch nicht bekannt war. Einem dieser Diskussionsartikel, der zur Begründung des Brandlerschen Aktionsprogramms von Max Kähler in der Internationale veröffentlicht worden war, entnehmen wir die obige Kritik an dem herrschenden Parteiregime.

Worüber klagt die Brandlerfraktion? Die Partei stagniert, "heute leben wir", wie Kähler sagt, "in einer Zeit der relativen Stabilität des Kapitalismus"; das bedeute, daß für den Augenblick ein gewisses Gleichgewicht der Klassenkräfte eingetreten ist. Man sieht, selbst die Ausdrucksweise Otto Bauers wird im anklägenderen Uebereifer übernommen und dazu noch fälschlicherweise, wie das der reformistischen Mentalität der KPD-Rechten entspricht, auf eine Situation angewendet, deren deutliches Merkmal ein ausgesprochenes Übergewicht der Klassenkräfte der Kapitalistenklasse ist. Ist aber der Kapitalismus, wenn auch nur vorübergehend, stabilisiert, so kommt man nicht darum herum, um Tageserfolge für die Arbeiterklasse zu kämpfen, und für eine jede Arbeiterpartei ergibt sich die Aufgabe, den Kampf um das jeweils gegebene Teilziel eingugliedern in den Gesamtkampf um den Sturz des Kapitalismus. Eine Partei, die diese Aufgabe nicht erfüllt, deren Politik in einem Kampf um tagespolitische Teilerfolge und Gegenwartsreformen zerflattert, ist keine Partei der Revolution, ist eine Partei der grundloslosen Reform. Jene Aufgabe wird, so sagt uns die KPD-Rechte, von ihrer eigenen Partei nicht erfüllt. Und nun sehe man sich das Heilmittel an, mit dem die Brandlerianer Reformisten aus dieser reformistischen eine revolutionäre KPD machen wollen:

"Eine einfache Aufzählung der Endlosungen," sagt Kähler, "genügt heute nicht. Wir sind in dieser Beziehung weiter als in der Vorkriegszeit... Die Erfahrungen der russischen und der deutschen Revolution haben gezeigt, daß der Kampf um die politische Macht, um die Diktatur, um die Verwirklichung des Sozialismus nicht über Nacht entschieden werden kann, sondern daß das ein verhältnismäßig langer Prozeß ist."

Was also tun in diesem langen Prozeß? Was tun vor allem im Hinblick darauf, daß die Sozialdemokratie es seit jeher besser verstanden hat, in den Kleinkampf um das tägliche Brot einen geschichtlichen Sinn hineinzulegen, diesen Kleinkampf nicht abzulehnen, sondern ihn mit sozialistischem, mit proletarischem Geiste zu erfüllen? Was tun, wenn die Praxis des Alltags keine andere sein kann als die der SPD und die alte Theorie der Komintern nicht ausreicht, um diese Praxis zu begründen?

Nun hat Brandler den Stein der Weisen gefunden. Alle Fehler, alle Mängel, der kommunistischen Tagespolitik sollen verschwinden, wenn die fehlende Verbindung zwischen dem Alltagskampf und dem Kampf um das Endziel hergestellt werde durch ein "Aktionsprogramm". Und dieses Aktionsprogramm nun wird von Brandler, von Kähler, von Kähler, ausführlich begründet. Sein Inhalt? Eigenlich nur ein einziger großer, armerlicher Gedanke. Die Forderung der Produktionskontrolle durch die Arbeiter soll beherrschend sein für die gegenwärtige Periode, weil hier die Trustbourgeoisie ausschließlich herrsche. Als ob die Trustbourgeoisie, wie die offizielle Erwidmung der Zentrale mit Recht betont, nicht schon seit langer Zeit die Herrschaft ausübt, als ob nicht die Herrschaft der Trustbourgeoisie das Merkmal der ganzen Phase des Hochkapitalismus wäre! Aber so armerlich der Gedanke an sich auch ist, er erinnert uns an einen alten Bekannten, dessen Wirken aufschlußreich und symbolisch gewesen. Vor bald fünf Jahren, im Höhepunkt des Ruhrkampfes, formulierte Karl Rabe nach seiner Rede über Schlageter, den "Wanderer ins Nichts", ein Programm für die Aktivität der KPD, in dem wir mit Leichtigkeit die Grundlage des Brandlerschen Aktionsprogramms wiedererkennen. Damals sagte man Sachwertfassung, heute sagt man Staatskapitalismus und Produktionskontrolle. Damals sagte man Kampf gegen den Verfall der Wirtschaft, heute schreibt man über die Ausbeutung der deutschen Wirtschaft durch die internationale Hochfinanz mit ihrer Dämierung. Aber wörtlich gleichlautend forderte man damals und fordert man heute die Regierung der Arbeiter und Bauern in Deutschland, getragen aus von den kleinbürgerlichen Schichten, die "kein Interesse haben an privatwirtschaftlicher Spekulation" (Rabe, 10.7.23), die "einen eigenartigen, oft unterbrochenen Radikalierungsprozeß" durchmachen (Brandler, Ende 1927).

So mündet die Forderung der Produktionskontrolle, die eine rein proletarische sein und die Alltagsarbeit der KPD aus reformistischer Verjüngung herausführen soll, in nichts anderes als den Versuch, die mangelnde Aktivität der kommunistischen Arbeiter durch einen Appell an den Mittelstand zu erregen, der nach allen statistischen Angaben der Stabilisierungszeit keineswegs weiter proletarisiert, sondern in seiner wirtschaftlichen Existenz als Schutzwall gegen die Arbeiterklasse mit öffentlichen Mitteln saniert wird. Daß die Forderung der Produktionskontrolle in einen solchen sozialen Kompromiß mündet, ist nicht verwunderlich. Denn entweder hat man die Macht, um die Kontrolle der Produktion trotz des Widerstands der Bourgeoisie durchzuführen, dann hat man aber auch die Macht, um die Produktionsmittel der Verfügung Privater zu entziehen, den Sturz des Kapitalismus herbeizuführen. Oder aber die Macht der Arbeiterklasse reicht dazu nicht aus — dann ist die Produktionskontrolle eine Illusion, eine Bahnidee von der Möglichkeit, im Rahmen des Kapitalismus auf der Grundlage eines Bündnisses mit dem "auch ausgebeuteten" Mittelstand und Bauertum die Macht der herrschenden Klasse zu brechen. Eine reformistische Illusion, die man weit und breit in der Arbeiterklasse nicht finden wird — außer in der revolutionären KPD!

Die reformistische Koalitionspolitik der Brandlerianer entbehrt so ihr wahres Gesicht. Aber man sage nicht, daß dies eine unbedeutende Rechtsströmung, eine schwache Opposition bei den Kommunisten sei. Die Praxis kommunistischer Regierungspolitik, das hat Hamburg, das hat Braunschweig gezeigt, wird brandlerianisch gemacht, und es ergibt sich für uns die Notwendigkeit, zu diesem neuen Kurs der kommunistischen Partei auf parlamentarischer Ebene, wie er sich nach den kommenden Wahlen erst recht auswirken wird, beieigert Stellung zu nehmen.

50 000 Metallarbeiter im Kampf

Großstreik in Mitteldeutschland

Die Antwort auf einen Schiedsspruch

Am 12. Januar wurde durch WTB aus Magdeburg berichtet: Die Spruchkammer hat heute für die mitteldeutsche Metallindustrie einen Schiedsspruch gefällt, wonach der Spitzenlohn für Facharbeiter 78 Reichspfennig, für angelernte Arbeiter 72, für ungelernete 65 Reichspfennig beträgt. Die übrigen Lohnsätze erhöhen sich im gleichen Verhältnis. Die Ausführgelöhne für Monteure erhöhen sich um 8 Prozent. Die Vierzehnjahreszulage erhöht sich um 10 Prozent. Für Anhalt wird eine Sonderregelung getroffen. Dieses Abkommen tritt am 15. Januar in Kraft und ist mit einer Frist von 14 Tagen kündbar, erstmalig zum 29. September 1928.

Dazu haben die Metallarbeiter am Sonntag Stellung genommen. WTB meldet dazu aus Halle:

Eine in Halle abgehaltene Konferenz der Metallarbeiter beschloß einstimmig, den vom Landeslichter gefällten Schiedsspruch (der den Arbeitern nur 3 Wp. Lohn-erhöhung zubilligt) abzulehnen und den Organisationen im Tarifgebiet Magdeburg-Anhalt-Halle zu empfehlen, mit sofortiger Wirkung in den Streik zu treten.

Die Metallarbeiter sind diesem Beschluß am Montag prompt gefolgt. Dienstag morgen berichtet der Soz. Pressedienst:

Der Streik in der mitteldeutschen Metallindustrie ist allgemein. Außer den Belegschaften der Magdeburger Großbetriebe sind gestern nachmittag auch die Arbeiter der Betriebe im übrigen Mitteldeutschland, wie in Halle, Dessau, Zerbst und Bernburg, in den Ausstand getreten. Die vorher in den Betrieben erfolgten Bestimmungen über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches ergaben fast überall außer gewöhnlich große Mehrheiten für Ablehnung. Sie betragen teilweise bis zu 88 Prozent. Ingesamt sind von dem Streik ungefähr 50 000 Arbeiter betroffen.

Der Streik reiflos durchgeführt

Sämtliche Halle'schen Fabriken der Metallbranche liegen still. Es werden nur die Notstandsarbeiten verrichtet. In Ummendorf traten 1500 Mann in den Streik. In den Straßen fanden am Vormittag Demonstrationen der Streikenden statt.

Am Montag um 15 Uhr ist die Arbeit in den Magdeburger Großbetrieben niedergelegt worden, und zwar im Krupp-Grußon-Werk, bei der Maschinenfabrik Otto Grußon u. Co., bei der Maschinenfabrik A. Wolf, Magdeburg-Budau, bei der Maschinenfabrik Budau und bei der Maschinenfabrik Schäffer u. Bubenberg. Von dem Streik in Magdeburg sind rund 20 000 Arbeiter betroffen.

In Eilenburg fanden am Montag zwischen den Direktoren und den Arbeitervertretern der Maschinenfabriken Lohnverhandlungen statt. Da diese in den Fabriken der Eilenburger Motorenwerke, der Firma Monstl und der Firma Dr. Bernhardt Sohn ergebnislos verlaufen sind, traten die Arbeiter dieser drei Betriebe am Montagnachmittag in den Streik.

Nun meldet sich Herr Brauns

WTB Berlin, 16. Januar.

In dem Lohnkonflikt in der mitteldeutschen Metallindustrie, in dem von den Arbeitnehmern der Streik beschlossen und zum Teil heute früh bereits die Arbeit niedergelegt wurde, hat der Reichsarbeitsminister die Parteien zu morgen 1/11 Uhr zu Verhandlungen in das Reichsarbeitsministerium geladen.

Zum Verhalten der Schlichtungsinstanzen schreibt der Vorwärts: Der Schiedsspruch ist eines der schlimmsten Stücke, die sich Schlichter geleistet haben. Abgesehen von der minimalen Zulage von drei Pfennig und der langen Geltungsdauer bis zum 30. September 1928 ist interessant, daß der Schlichter Dr. Wittjens den Tarifstreit sehr gegen den Willen der Metallarbeiter an sich gezogen hat, sich dann aber plötzlich "verhinderter" fühlte und die Erledigung der Sache seinem von Sachkenntnis nicht allzusehr bedrängten Vertreter Herrn Köpf übertrug. Dieses Verhalten Dr. Wittjens verdient eine scharfe Rüge.

So ist durch die Hartnäckigkeit der Unternehmer, die vom Schlichter verlangten, er solle den laufenden Lohnzettel ohne jede Lohn-erhöhung einfach verlängern und durch die Notwendigkeit eines Einigungsrichters, der auf diesen Unternehmerwillen hinwirkte, ein Kleinkampf entbrannt, mit all seinen Schädigungen für das gesamte Wirtschaftsleben.

Der Zerlegungsprozeß im Zentrum

Eine Rede des Zentrumsabgeordneten Imbusch

WTB Oberhausen, 15. Januar.

In einer Versammlung der Arbeiterwähler des Zentrums in Oberhausen machte heute der Zentrumsabgeordnete und Vorstand des Gewerkschaftsrates christlicher Bergarbeiter, Imbusch, bemerkenswerte Ausführungen über verschiedene Zustände in der Zentrumsparlei und richtete heftige Angriffe gegen den Reichstanzler als Parteiführer. Er führte aus:

Heute seien so manche Kreise, wie Akademiker, Beamte, Wirtschaftler usw., die innerlich dem Zentrum fernstehen, zur Partei gekommen, nur um durch sie einen Posten zu erreichen. Den Arbeitern fehle der ihnen gebührende Einfluß in der Partei. In der Zentrumsfraktion seien zu viel Beamte vertreten. Bei der Befehlsgewalt habe man maßlose Dummheiten gemacht. War es notwendig, fragte Imbusch, daß der Minister 6000, der Reichstanzler 9000 Mark, die Oberpräsidenten 50 Prozent Zulagen erhalten in einer Zeit, in der mancher nicht satt zu essen hat? In der letzten Zeit habe er, fuhr Imbusch fort, zahlreiche Briefe erhalten mit der Aufforderung, eine neue Arbeiterpartei zu gründen. Diesen Weg hält Imbusch nicht für den richtigen.

Imbusch fuhr fort: In weiten Kreisen hält man manchen unserer Führer nicht mehr für das, für das man ihn vor drei Jahren gehalten hat, und damit hat man recht. Der bekannte Brief von Marx verrät keinen Zentrumsgeist, keine Kollegialität, das hätte dem gleichen Mann vor fünf Jahren noch nicht passieren können. Da ist innerlich etwas anders geworden. Der Weg vom Kandidaten des Volksbundes bis zum Kanzler der Reichsregierung ist weit. Die Weisung, die Zentrumsparlei sei keine republikanische Partei, lasse sie bilden. Auch daß man ohne Anhörung der eigenen Gehälter zum Ziele haben, während man die Erhöhung der Renten und Invalidenbezüge als unannehmlich hinstelle, sei bezeichnend. Seinen Kollegen sei es ehrlich um Abhilfe zu tun. Man brauche eine christliche Partei wie das Zentrum. Erforderlichenfalls müsse man gewisse Vertreter und Führer in der Partei solange wegschicken, bis bei ihnen die Bestimmung wieder zurückgekehrt sei.

Eine Entschliebung gegen Dr. Marx

Im Anschluß an die Rede Imbuschs wurde folgende Entschliebung gefaßt:

Die Versammlung des Arbeits-Ausschusses der Zentrumsparlei des Stadt- und Landkreises Essen nimmt mit Befremden Kenntnis von dem Schreiben des Herrn Reichstanzlers Dr. Marx an den katholischen Lehrerverband, in dem er eine ungebührliche ungeschickte Kritik an Herrn Dr. Stegerwald und einigen Gewerkschaftsfunktionären abt, wegen deren Haltung gelegentlich der Erörterung über die Beamtenbesoldungsreform. In diesem Schreiben geht Herr Dr. Marx so weit, die Ausführungen Stegerwalds als durchaus unbegründet und ungeschicklich zu bezeichnen. Abgesehen von dieser ungebührlichen Kritik, die Herr Dr. Marx als erster Vorsitzender der Reichsparlei an dem zweiten Vorsitzenden der Partei, Herrn Stegerwald, übt, läßt er die nötige Klugheit, Rücksicht und den Takt vermissen, die besonders von den obersten Beamten des Reiches und dem ersten Vorsitzenden der Partei erwartet werden muß. Die von durchaus sachlichen und grundsätzlichen Erwägungen getragene Stellungnahme Stegerwalds und seiner Freunde in der Frage der Besoldungsreform ist außer von den Arbeitern von weiten Kreisen des Mittelstandes und der Landwirtschaft geteilt worden, worüber sich der Reichstanzler auch in seinem eigenen Wahlkreis Gemüßheit verschafft hat. Durch die Veröffentlichung des zwar nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Schreibens ist die tatsächliche Auffassung des ersten Vorsitzenden der Partei bekanntgeworden. Die Haltung des Reichstanzlers und Vorsitzenden der deutschen Zentrumsparlei ist nicht geeignet, die Sympathie weiter Schichten seiner bisherigen Wähler in unserem Wahlkreis Düsseldorf-Ost zu stärken. Die Versammlung spricht Stegerwald ihr volles Vertrauen aus.

Betrügereien eines deutschnationalen Regierungsbauemeisters

Am Freitag wurde in Berlin der deutschnationale Regierungsbauemeister A. D. Erich Wiper unter dem Verdacht, umfangreiche Diebstahlschuldungen und Darlehensbetrügereien begangen zu haben, verhaftet. Wiper, der geständig ist, soll seine Opfer um mehr als 100 000 Mark betrogen haben. Da angeblich weder Rückverhaftung noch Verbuchungsgefahr vorliegt, wurde dieser deutschnationale Ehrenmann nach seiner Vernehmung wieder auf freien Fuß gesetzt.

Brauns gegen Schacht

Auslandskredite für Wohnungsbau sind notwendig

SPD Der Haushaltsausschuß des Reichstags beschäftigte sich am Montag mit dem Wohnungs- und Siedlungsweesen. Abg. Wipplack (Soz.) begründete einen Antrag auf Vornahme eines Wohnungsbauprogramms mit dem Ziel, spätestens in 10 Jahren den alten und neuen Wohnungsbedarf zu decken. 300 000 Wohnungen seien jährlich in den nächsten Jahrzehnten zu bauen. Die Erhöhung der alten Mietsen sei in der Denkschrift des Ministers bedauerlicherweise nur vorläufig abgelehnt. Für Mädchenpensionate und Kirchenbauten würden ausländische Anleihen genehmigt, nicht aber für den Wohnungsbau. Ebenso sei die Beschaffung der Mittel für den Wohnungsbau im Inland stark erschwert.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärte, es sei unmöglich, einen festen Plan für mehrere Jahre bis ins Einzelne aufzustellen, weil niemand die Entwicklung des Kapitalmarktes voraussagen könne. In der Auslandsanleihefrage stehe er nicht auf dem Standpunkt des Reichsbankpräsidenten. Das Reichsarbeitsministerium werde in seinen Bemühungen fortfahren, ausländische Kredite für den Wohnungsbau zu beschaffen.

Ministerialrat Dr. Wölz vom Reichsarbeitsministerium teilte auf Anfrage mit, daß für die Verteilung der Mittel zur Fiktivlingsiedlung bereits Richtlinien entworfen seien; desgleichen auch für die Dauerkreditgewährung an Landarbeiter-siedlungen. Von den beiden Raten in Höhe von je 50 Millionen seien 77 Millionen bereits ausbezahlt, und zwar Antaustkredite in Höhe von 81 Millionen, Baufreie in Höhe von 7 Millionen und Einrichtungskredite für kapitalschwache Siedler im Betrage von einer halben Million. Außerdem seien zum Erwerb von billigen Baustoffen Siedlungsvoorschüsse gegeben worden.

Ein Antrag Schmidt, Köpenick (Soz.), den Beitrag, der für eine Vermittlungs- und Beratungsstelle für Landwirte auf das landwirtschaftliche Siedlungsweesen in den dünnbesiedelten Gebieten ausgeworfen ist, auch „zu den Einrichtungen für Beratungen der Landarbeiter bei Durchführung des Siedlungsweesens und der Landarbeiter-Eigenheim-siedlung“ zu verwenden, werde angenommen. Ebenso wurde einer Antragung der Abg. Bohm-Schuch (Soz.) entsprochen, wonach von dem im außerordentlichen Etat für das Wohnungs- und Siedlungsweesen geforderten 16 Millionen für die Wohnungsfürsorge der Kriegsbeschädigten statt 3 Millionen ein Betrag „bis zu 5 Millionen“ abgezweigt werden soll.

Im Reichstagsausschuß für Wohnungsweesen, der sich am Montag mit dem von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf zur Abänderung des Reichsmietengesetzes beschäftigte, führte der Vertreter der Regierung u. a. aus, daß das Reichsmietengesetz in Kraft bleiben müsse, bis das Angebot an Räumen der Nachfrage entspricht. Diese Voraussetzungen würden für die einzelnen Arten von Räumen und in den einzelnen Teilen des Reiches zu verschiedener Zeit eintreten. Die Reichsregierung habe bisher ständig die Auffassung vertreten, daß die Entscheidung, ob diese Voraussetzungen gegeben sind, grundsätzlich den obersten Landesbehörden zu überlassen sei. An dem bisherigen Standpunkt müsse die Reichsregierung festhalten. Auch für die Zukunft würden die Landesbehörden die Entscheidung darüber treffen, ob und wie weit bestimmte Arten von Räumen von der Vorschrift des Reichsmietengesetzes ausgenommen werden können.

Gegen den Marxismus!

Der Landesverbandsvorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei in Hamburg, Dr. Lenau, veröffentlichte eine Erklärung zu den bevorstehenden Wahlkämpfen, in der es u. a. heißt: „Jetzt, wo wir mit der Deutschen Volkspartei Schuster an Schuster gegen den Marxismus in den Wahlkampf ziehen und es sich um die Hamburger Bürgerchaftswahlen, also die gemeinsamen Interessen des Bürgertums handelt, fordere ich unsere Freunde auf, jede unnötige Schärfe zwischen den Rechtsparteien zu vermeiden und sich immer klar darüber zu sein, daß der Kampf in erster Linie gegen den Marxismus geführt werden muß.“

Der Vorsitzende des Landesverbandes der Deutschen Volkspartei, Dr. Bagge, veröffentlichte unter Bezugnahme auf obige Erklärung einen Aufruf, in dem er seine Parteifreunde ebenfalls auffordert, bei dem kommenden Wahlkampf unnötige Schärfe zwischen den beiden Rechtsparteien zu vermeiden. Das politische Ziel der Deutschen Volkspartei in Hamburg sei und bleibe die Stärkung des bürgerlichen Einflusses im Senat und Bürgerchaft gegen die Machtansprüche der Sozialdemokraten und Kommunisten.

Die Verbannung der Trozkiisten

Der Korrespondent des Berliner Tageblatt in Moskau meldet über die Maßnahmen der russischen Regierung gegen die Opposition am Montag u. a. folgendes:

„Seit Donnerstagabend steht fest, daß Trozki auf Grund des Artikels 58 (Konterrevolution) des Sowjetstrafgesetzes nach Wjersin an der sibirisch-turkestanischen Grenze verschifft werden wird. Er muß am Montagabend abreisen. Kasowski wird auf Grund des selben Paragraphen nach Astrachan verbannt. Kadek, Prochodjanski und andere werden Sonntag in den Bezirk Ural der Staatspolizei fahren, wo ihnen ihre weitere Bestimmung, die ebenfalls geändert scheint, mitgeteilt werden soll. Szerebratow, der dank seiner Amerikareise und seiner großartigen Tätigkeit für die Sowjetproletarindustrie bekanntgeworden ist, wurde bereits nach Semipalatinsk abtransportiert. Kamenew wird sich in Penza niederlassen müssen. Sinowjew in Tambov. Beide Orte liegen im europäischen Rußland, verhältnismäßig nahe zu Moskau. Gegen fünfzig Oppositionelle sind schon Anfang vergangener Woche verschifft worden, unmittelbar unter Anwendung des § 58, so Smilga nach Noworossijsk, Sapronow in eine ähnliche „Verbannungsgesellschaft“.

Ebenso haben in der Provinz zahlreiche Verhaftungen stattgefunden. Die englische Festschließung der einzelnen hervorragenden Kommunisten hat sich verzögert, weil ihre Verbannung ursprünglich in Form von Anweisung von Arbeit seitens der Partei erfolgte, wobei über Art dieser Arbeit Näheres zumest nicht mitgeteilt wurde. Dagegen remonstrierten sie. Ihre Kritik war, Klarstellung des wahren Charakters ihrer Behandlung zu erzwängen. Sie stellten Bedingungen, unter denen sie freiwillig Moskau verlassen würden: Ueber Art der Arbeit, Begleitung, den Ort der Verhaftung selbst und gleiche Behandlung aller: — entweder als Angeklagte oder als Arbeitende für die Partei. Das Zentralkomitee antwortete durch die GPU und indem es zum Teil die Forderungen der ursprünglichen Befehle vornahm. Dies ist deutlich im Fall Trozki, der nun in einen der ersten Teilegenen Teil des asiatischen Sowjetrußland verbannt worden ist, wenn auch in eine viel gesündere Gegend als Astrachan, wohin nun Kasowski gehen soll. So sind nun auch die Prominenten der Opposition sämtlich auf Grund des Artikels 58 durch die Staatspolizei und nicht mehr auf Grund einer Betreibung mit einer Aufgabe durch das ZK der Partei verschifft worden und haben ihre Unterschriften unter die in solchen Fällen üblichen Empfangsquittungen über die Verhaftungen der GPU gegeben. Trozki hat sich jedoch geweigert, zu diesem Zwecke im Amtsgebäude der GPU zu erscheinen, und unterzeichnete zu Hause. Eine Ausnahme dürften Sinowjew und Kamenew machen, die nach ihrem Ausschluss ihre vollkommene Unterwerfung erklären und den Kontakt mit der Parteileitung nicht verlieren zu haben scheinen. Ihre Verbote sind denn auch neuerdings gemildert worden. Doch ist auch in verschiedenen Fällen auf den Gesundheitszustand anderer Oppositioneller eine vorher nicht geübte Rücksicht genommen worden. Obgleich die ersten Ordere schon zehn Tage zurückliegen, wird in den Zeitungen noch strengstes Stillschweigen über diese letzte Phase des Kampfes zwischen Opposition und Mehrheit geübt und alle Entscheidungen gegen sie sind offenbar in einem engen Kreise gefaßt worden.

Das Berliner Kommunismorgan ist über die internen Vorgänge in Rußland so schlecht informiert, daß es sich jetzt schon auf die Nachrichten des Berliner Tageblattes stützen muß. Von ihm übernimmt es z. B. heute die Nachricht von der Verschickung Trozki nach Zentralasien, ohne diese Deportation auch nur im geringsten zu bezweifeln. Im Unterton wird die Verbannung sogar begrüßt und hinzugefügt, daß für die Opposition in Rußland „keine Möglichkeit zu hari“ sei.

Die Leningrader Papierfabrik, die bisher zu Ehren Sinowjews dessen Namen führte, soll jetzt nach der Ausschließung Sinowjews aus der kommunistischen Partei, auf Beschluß der Arbeiterschaft in „Prawda-Fabrik“ umbenannt werden. Dieser Beschluß muß vom Leningrader Sowjet noch bestätigt werden.

Rüstung zur See!

Das amerikanische Flottenbauprogramm beschlossen

Washington, 16. Januar.

Der Flottenausschuß des Repräsentantenhauses nahm das Bauprogramm des Admiralsstabes an. Das bekannte Fünfjahresprogramm in Höhe von 740 Millionen Dollar soll innerhalb der nächsten acht Jahre, also bis 1938, ausgeführt werden. Dem Präsidenten wurde die im Regierungsentwurf enthaltene Ermächtigung entzogen, im Falle einer internationalen Seeabstimmungskonferenz das Bauprogramm teilweise oder ganz aufzuheben. In Ausschlußsitzung wurde hierzu erklärt, man glaube nicht mehr an erfolgreiche Flottenkonferenzen und wolle sich nun endlich auf ein konkretes Programm festlegen.

Spionageprozess in London

11. London, 17. Januar.

Der Spionageprozess gegen den britischen Staatsangehörigen Mac Carney und den 23jährigen Deutschen Georg Hansen hat gestern begonnen. Mac Carney wird angeklagt, zum Nachteil der Sicherheit Großbritanniens versucht zu haben, sich Informationen zu verschaffen, die direkt oder indirekt einem feindlichen Lande nützlich sein könnten. Hansen wird beschuldigt, Mac Carney unterstützt zu haben. Der Generalsstaatsanwalt trat in seiner ziemlich scharfen Anklagerede für den Ausschluss der Öffentlichkeit bei der Behandlung gewisser Fragen ein. Mac Carney habe sich erfolgreich Geheiminformationen verschafft und diese an eine fremde Macht weitergeleitet. Unter seiner Anweisung habe eine ganze Reihe von Personen, die in den beschlagnahmten Papieren mit Pseudonym aufgeführt waren, für die russische Regierung gearbeitet. So wäre es z. B. den russischen Behörden möglich gewesen, ein neues Handbuch der britischen Luftstreitkräfte in die Hände zu bekommen. Hansen sei zuerst am 8. Juli in der Affäre aufgetaucht. Es bestehe die Möglichkeit, daß sich die beiden Angeklagten bis zu ihrer Verhaftung nicht persönlich gekannt hätten. Nach der Ansicht des Generalsstaatsanwaltes habe Hansen in England ein Spionagesystem einrichten wollen.

Die Endsumme der Reparationsschuld.

SPD Paris, 16. Januar.

Der Reparationsagent Barter Gibert hatte am Sonnabend — wie erst jetzt bekannt wird — eine längere Konferenz mit der Reparationskommission, wobei die in seinem Jahresbericht enthaltenen Schlussfolgerungen und insbesondere die Frage der endgültigen Festlegung der deutschen Schuld erörtert wurde. Die einzelnen Delegationen sollen ihren Regierungen über diese Aussprache Bericht erstatten. Nach dem Verfall der Vertrag hat das Recht einer Herabsetzung der deutschen Schuld nicht der Reparationskommission selbst, sondern nur den darin vertretenen Regierungen. Bestand gab am Montag zu Ehren des Reparationsagenten ein Frühstück, an dem u. a. Poincaré, der Justizminister Barthou sowie eine Reihe von französischen Parlamentariern teilnahmen.

Höllische Ausbeutung schwarzer Arbeiter

Exotische Kulis — Zu Tode geprügelt — Das englische Singapur der Sklavenmarkt

Im letzten Jahre erhoben sich die Eingeborenen in Niederländisch-Indien. Der Aufruhr wurde von der Regierung auf kommunistische Verhöhnung zurückgeführt und von den Truppen mit aller Brutalität niedergeschlagen. Massenweise wurden die Eingeborenen auf unbesahnte und ungesunde Inseln deportiert, wo die meisten von ihnen elend zugrunde gingen. Vor einigen Tagen veröffentlichte die sozialdemokratische Zeitung „Hollandsche Post“, einen Artikel, in dem, auf Tatsachen eines amtlichen Berichts gestützt, Ausführungen über die Lage der eingeborenen Arbeiter in Niederländisch-Indien gemacht werden. In dem Artikel heißt es:

„Im August des Jahres 1906 lenkte unser unvergesslicher Parteigenosse H. van Kol in den niederländisch-indischen Zeitungen die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung auf die menschenentehrenden Zustände, die an der Ostküste von Sumatra unter dem dort als Holsküller beschäftigten Kulis bestanden. Bereits gegen Ende des vorigen Jahrhunderts waren Mißstände von dort in der Welt bekanntgeworden, und eine Regierungskommission wurde zur Untersuchung eingesetzt. Jedoch änderte sich trotz einiger Strafen wenig oder gar nichts.

Nach der Veröffentlichung von van Kol wurde die Sache von neuem in Angriff genommen, und man mußte feststellen, daß Mißhandlungen von Kulis, die sogar deren Tod herbeiführten, vorliefen. Das Ganze war ein Zustand von Sklaverei, wie solche z. B. in dem bekannten Buch „Onkel Toms Hütte“ beschrieben wird. Schließlich drang gegen Ende 1921 der damalige Gouverneur, Herr Westeneel, darauf, daß eine regelmäßige Inspektion der Arbeiterverhältnisse eingerichtet wurde. Das war an und für sich befriedigend, aber es wurde nicht mit gerechter Waage gewogen.

Aus einem unlängst erschienenen, amtlichen Bericht ergibt man wohl, daß Veränderungen eintraten, daß aber andererseits noch viel zu wünschen übrigblieb.

Die Kulis wurden bei der Anwendung schlimm betrogen. Es wurde häufig geschlagen, und dazu kam das Kürzen der Nahrung. Mitunter

bekamen die Leute überhaupt nichts zu essen.

Die Arbeitsinspektion entdeckte u. a. daß zwei Kulis, die sich beklagt hatten, in einem Boot den Fluß hinaufgerudert wurden. Man band ihnen dann Sandbälle an und warf sie ins Wasser, wo sie ertranken.

Ein anderer Kuli wurde durchgeprügelt und mit einem brennenden Holzende schwer verwundet. Man half ihm vorgezogen, daß er aus der Arbeit des Unternehmens entlassen werde. Tatsächlich hat er morgens einen Tod angezogen. Nach einem letzten Fluchversuch wird der Betreffende in der Regel so geschlagen, daß er

bewußlos hinfällt und dann wohl stirbt.

Anderen wurden die Hände auf dem Rücken zusammengebunden, und an demselben Strick wurden

die Leute aufgehängt,

so daß sie, mit den Armen hinten, in vornübergebeugter Stellung in der Luft hingen. Darauf wurden sie mit Knüppeln so verprügelt, daß

bei vielen der Tod erfolgte.

Der Bericht erzählt von entsetzlichen Greueln. Anfänglich kamen die Kulis selten zu dem Arbeitsinspektor mit ihren Klagen. Mancher der Kläger wurde einige Tage darauf tot aufgefunden. In beinahe allen Fällen belagerten verwundete Kulis von ihren Aussehern den Auftrag, sich im Busch zu verbergen, so daß sie durch die Polizei und den Arbeitsinspektor gesucht werden mußten.

Nächst den Verbesserungen, die auf dem Gebiete der Arbeitsbedingungen nötig waren, war das Bestreben der Arbeitsinspektion in der ersten Zeit vor allem darauf gerichtet, um mit Hilfe der Polizeiverwaltung und der Polizei der endlosen Reihe von Greueln ein Ende zu bereiten. Die Anzahl von Klagen über Mißhandlungen ging dann auch sechsbildig zurück, und Mißfälle wurden schneller als früher ans Licht gebracht.

Die tägliche Arbeitszeit war anfänglich übermäßig lang, damit sie um 1/7 Uhr an der Arbeit sind. Sie arbeiten bis 12 Uhr, bekommen eine halbe Stunde Ruhepause und schaffen dann bis 6 Uhr, ja sehr häufig bis 7 und 8 Uhr oder sogar bis 9 Uhr abends. Klagen über 12-, 14- und 16stündige Arbeitszeit werden häufig vernommen. Es kam vor, daß ein Weg von 3 Kilometern 20mal am Tage zurückgelegt werden mußte, darunter zehnmal mit einer Last Holz.

Die Arbeitsinspektion strebte danach, eine Regelung der Arbeitszeit herbeizuführen. Schließlich wurde eine Höchstzeit von 10 Arbeitsstunden pro Tag festgelegt.

Vor dem Jahre 1925 fand

eine Ausbezahlung von Lohn zumest nicht

statt, da die Kulis bei der Ankunft am Arbeitsplatze der Unternehmung schon bei ihrem Arbeitgeber in der Schuld waren. Die Kosten der Unterbringung und der Ernährung während des einige Zeit dauernden Aufenthalts in Singapur, die Transportkosten bis zum Arbeitsplatze, die Kosten der Einwanderungslate wurden ihnen in Rechnung gestellt. Das Bestreben der Unternehmung ging dahin, die Kulis solange als möglich als Schuldner zu halten. Schließlich wurden dann auf Grund der landesüblichen Vorschriften den Kulis Abrechnungsbücher gegeben, woraus sie erfahren konnten, wie groß ihre Schuld noch war. Anfänglich wurden Kranke Kulis im Gebiete der Unternehmungen nicht gebadet. Es mußte eben gearbeitet werden, und wer nicht arbeiten konnte, wurde ausgestoßen. Auch hierin schaffte die Inspektion Veränderungen. Kranke Kulis wurden nach den Hospitälern gebracht. So wurde z. B. in Selab-Pandjang das erste Kuli-Hospital eingerichtet.

Wenn aber die Kulis in ihrer Wut zum Messer greifen, dann rufen die Unternehmer: Regierung, greif kräftig ein! (Gemeint sind die im letzten Jahre als kommunistische Aufständigen bezeichneten Unruhen in Niederländisch-Indien!) Und dann fordert ein Teil der indischen Presse Bestrafung am Galgen. Aber daß der verderbliche Kapitalismus selbst diese wilden Ausbrüche, die man im allgemeinen mit Unrecht Kommunismus nennt, hervorruft, das erkennen die Diener des Mammons nicht.

Aus dem Vorstehenden ergibt sich, wald dringliche Aufgabe die Organisierung und der Schutz der Arbeiter in den Kolonialländern für den Internationalen Gewerkschaftsbund ist.

Landesverratsprozess Schredt u. Genossen

Beginn der Zeugenvernehmung

Als erster Zeuge tritt zu Beginn des sechsten Verhandlungstages der Polizeihauptmann Köber auf. Köber ist seit März 1925 Geschäftsführer des Bundes Oberland. Er kann sich nicht erinnern, je den Namen Schredts gehört zu haben.

Der vom Hitlerputsch bekannte Hauptmann Köhm vom Frontbann bestätigt die Angabe Schredts, daß in der ersten Hälfte des Jahres 1925 von Berlin aus Fühlung zwischen den nationalen Verbänden zwecks engeren Zusammenstufes genommen wurde. Es hätten Besprechungen stattgefunden, doch angeblich ohne Reichswehr-offiziere.

Hauptmann Köber ein vom Berliner Frontbann erinnert sich nicht, daß der Frontbann im Jahre 1925 an einer nationalen Vermittlungsstelle beteiligt gewesen sei. Zwanglose Besprechungen hätten allerdings mit dem Zwecke stattgefunden, die wasserläufigen Verbände enger zusammenzuschließen. Schredt erklärt jetzt die Bestrebungen seiner nationalen Vermittlungsstelle als Zukunfts-mittel, so daß die Zeugen kaum etwas davon wissen könnten. Zeuge Köber ein hält es für unmöglich, daß eine nationale Stelle, wie die von Schredt geschilderte, größere Summen bei Privatleuten sammeln konnte, ohne in völkisch-nationalen Kreisen allgemein bekannt zu sein. Schredt erklärt, vor allem bei Industriellen und Großgrundbesitzern, die schon früher der nationalen Bewegung größere Summen zukommen ließen, für seine Zwecke nachgegrast zu haben.

Der Zeuge Oswald vom Frontbann in München weiß nichts von Propagandareisen Schredts für völkische und Frontbann-Ziele. Der Schriftsteller Hermann Essler von der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, der Mitarbeiter Hitlers, kennt den Angeklagten Schredt. Es entsteht die Frage, wann er mit ihm zum erstenmal zusammentraf.

Zeuge: „Es war im Jahre 1922.“

Köber: „Also war es vor dem Hitlerputsch, der im Mai 1923 war.“ (Wom ganz entsetzten Zeugen aufmerksam gemacht, sich verbestend): „Ah, der war ja wohl im November 1923.“ (11)

Hauptmann Köber war Kommandeur eines Reichswehrbataillons in Nürnberg und ist — wesentlich als Zeuge geladen worden. Er sollte Schredt an Reichswehrstellen Empfehlungen gegeben haben. Es stellt sich heraus, daß eine Bewachung mit dem Zeugen Reunert vorliegt — und das nach zwei Jahren vier Monaten Voruntersuchung!

Der sich als Privatgelehrter bezeichnende Zeuge Dr. Gansler aus Berlin kennt Schredt von München her. Er war in den Verdacht gekommen, personengleich mit Klier zu sein. Der Völkische erklärt entsetzt, wer das behauptet, sei entweder ein Schuft oder Idiot! Er hat sich mit Schredt politisch angeblich nicht eingelassen, auch nicht in der Berliner völkischen Stammtische „Wilhelms“, in der beide verkehrten.

Der Münchner völkische Schriftsteller Giardone kennt Schredt ebenfalls. Er vermag aber nichts Neues vorzubringen. Die 21 Jahre alte Näherin Panse aus Berlin hat Schredt im Café Luxemburg kennengelernt. Schredt stellte sich als der Besitziger Hitlers, Rechtsanwalt Dr. Hans Rober, vor. Sie ging mit ihm dann in seine Wohnung. Dort hätten viele Aften herumgelegen. Dieses Intermezzo spielte sich kurz vor der Verhaftung Schredts im September 1925 ab. Schredt hat ihr seine politischen Weltansichten nicht offenbart.

Der Handelsmann Walter Broszio aus Berlin kennt Schredt ebenfalls als Dr. Rober. Bei Broszios Mutter wohnte Margot Garg, mit der Schredt sich verlobt hatte. Broszio hat für Schredt zweimal Stammpassausgänge in Reichswehr gebracht.

Die Zeugin Frau Besmann ist Köber's Frau in der Reinickendorfer Straße 38. Auch sie kennt Schredt nur als Dr.

Köber. Sie bestätigt die Angabe Schredts, daß in seiner Behausung die Aften offen herumlagen, so daß es Fremden möglich gewesen wäre, Aften zu entwenden und nach dem Fotografieren wieder ins Zimmer zurückzubringen. Der Kriminalbeamte Göpner bekundet, was Schredt ihm nach der Verhaftung offenbarte. Die Aussagen seien vorgenommen, um nationalen Selbstgebern Sand in die Augen zu streuen. Später sollte der ganze Schwindel an eine öffentliche Auktion verkauft werden, die dann öffentlich bemietet werden sollte, da sie „die Fabrikate eines in natorisch halb Ver-rückten“ — so nannte sich Schredt selbst — als wahr annahm und teuer bezahlte.

Vom Lutherbund

Beims rückt ab — Roste bleibt!

Der Oberbürgermeister von Magdeburg, Beims, veröffentlicht folgende Erklärung:

„Der Aufruf des Bundes zur Erneuerung des Reiches trägt auch meinen Namen. Oberbürgermeister Dellus (Wesermünde) hatte mir den Aufruf zur Unterschrift geschickt und dabei auf den Provinziallandtag zu Hannover verwiesen, der ganz ähnlich wie die von mir im Provinziallandtag Sachsens herbeigeführten Beschlüsse, für den Einheitsstaat und für eine Verfassungsreform eintrat. Dieser im übrigen ganz allgemein gehaltene Aufruf enthält nichts, was auf eine sogenannte überparteiliche großpolitische Unternehmung schließen ließ. Erst aus dem Auftreten und der Rede Dr. Luthers wurde mir offenbar, daß neue Unklarheiten im Entstehen sind, die der Bewegung für den Einheitsstaat nicht dienlich sein können. Ich habe deshalb meine Unterschrift zurückgezogen.“

Der gleichfalls dem „Bund zur Erneuerung des Reiches“ beigetretene Oberpräsident von Hannover, Roste, hat inzwischen in dem hannoverschen Volkswillen zu dieser Neugründung das Wort genommen. Aus seinen Ausführungen ergibt sich, daß der Aufruf zur Neubildung in Hannover fertiggestellt worden ist. Dabei habe aber kaum einer der Unterzeichner gewußt, wer neben ihm auf der Liste aufgeführt würde. Im übrigen mißt Roste dem Bund keine übermäßige Bedeutung bei. Er hält ihn für erledigt, sobald Herr Luther den Versuch machen sollte, politische Aspirationen zu verfolgen, die über den ihm erteilten Auftrag hinausgehen sollten.

Von einer Zurückziehung der Unterschrift enthält der Artikel nichts.

Veranstaltungskalender

Mittwoch, 18. Januar 1928.

Bund der Präsidenten, Bezirksfunktionäre, Volkshaus, 19.30 Uhr.
Brenten- und Kunststein-Industrie, Volkshaus, 19 Uhr.
Bau- und Metallhändler (Delegierte und Betriebsräte), Volkshaus, 17 Uhr.
Kampfer (Bezirksmänner und Generalversammlungsleiter), Volkshaus, 20 Uhr.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Ulrich Herre in Leipzig

Verantwortlich für den Interaktionsteil:

Hugo Schöpp in Leipzig

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Altmeißelstraße Leipzig

Haemorrhoidenleidende sind dankbar nach dem Gebrauch von Apotheker Lauensteins Haemorrhoidal-Salbe, Pillen und Tee. Allein echt Köntz-Haemorrhoidal (Roko Nikolaitraße). Postversand Grimmaische Straße 17

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Von Rochdale bis Gröba
Die Produktionszentrale der GEG.

Von Rochdale bis Gröba ist ein weiter Weg. Es ist der Weg vom kleinen Konsumladen, den vor gut 80 Jahren englische Weber gründeten...

Schmierseife und 800 bis 1000 Kilogramm Glycerin. Die Herstellung der Erzeugnisse untersteht dauernd einer chemischen Analytischerüberwachung...

technisch auf der Höhe hält usw., in einer besseren sozialen Fürsorge als anderswo die Vorbedingungen für eine Steigerung der Arbeitsintensität schafft...

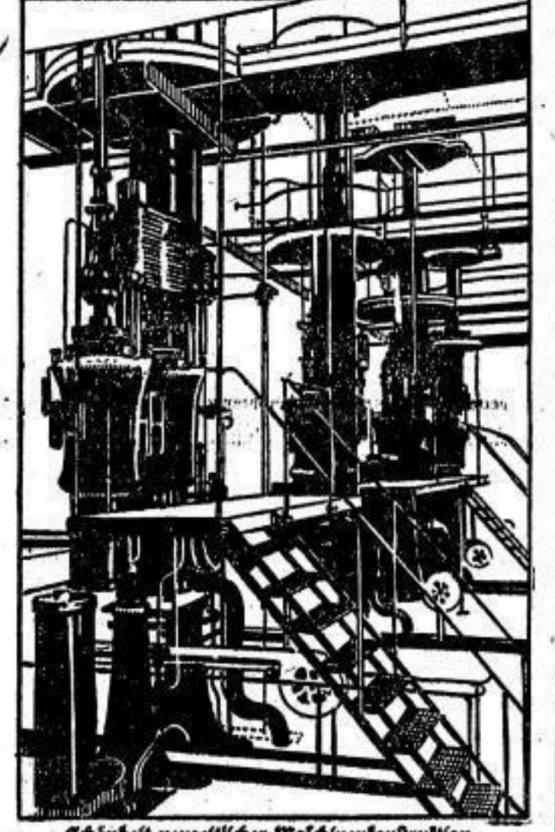


GEG-Bürstenfabrik Stübengrün

Von dem verstorbenen westfälischen Großindustriellen August Thössen erzählt spekulative Legende, daß er ein sehr sparsamer Mann war, daß er Pfennig auf Pfennig und Kiste auf Kiste häufte...

fabrik in Riesa-Gröba produziert täglich 400 Zentner Teigwaren; das sind drei Viertel Eierwaren. Die Rohstoffe bestehen aus dem allerbesten Material.

Sie hindert, daß sich die neuen Arbeitserfahren, die den Herstellungsprozeß verbilligen, durchsetzen. Wenn jeder eine Zahnbürste nach seinem Geschmack, gewissermaßen eine Zahnbürste nach Maß verlangt...

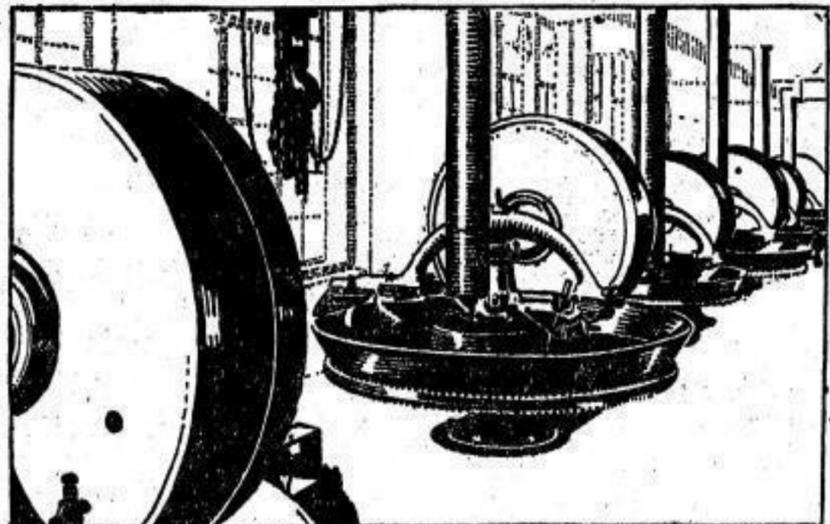


Schönheit neuzeitlicher Maschinenkonstruktion in Gröba-Riesa

Sie können sich schon lösen, die GEG-Betriebe. Beschäftigt wurden Ende des Jahres 1926 in ihnen nicht weniger als 4933 Personen. Der Gesamtumsatz der GEG, der Großverkaufsgesellschaft...

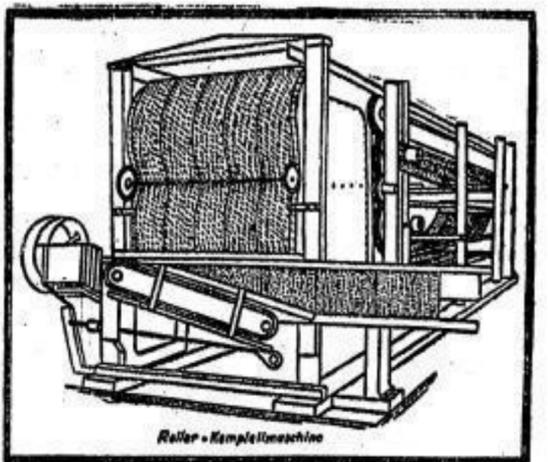
Der technische Impuls, der seit Jahren durch Europa geht und eine großartige wirtschaftstechnische Umstellung eingeleitet hat, stellt aber auch die Konsumgenossenschaften vor neue Aufgaben...

Auf einer internationalen Tagung der Lebensmittelhändler, die vor kurzem in Berlin stattfand, wurde die Standardisierung der Tapfelerzeugung der Ware mit vieler Energie abgelehnt.



Reifenwalzen in der GEG-Teigwarenfabrik

In Stübengrün, der Bürstenfabrik der GEG, wurden noch vor kurzem 770 Sorten hergestellt. Der Leistung ist es jetzt, durch Zusammenlegung der Typen, durch Normierung in der Werkstatt...



Roller-Maschinen in der Sägmühlerei in Gröba

Die Krise in Russland

Schwierigkeiten in Industrie und Landwirtschaft

Die Sowjetwirtschaft hat wieder mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Diese äußern sich akut in einem Misserfolg der Getreidebereitsstellung. Die Ernte in dem Getreidejahr 1927/28 ist zwar der von 1926/27 fast gleich. Aber der Getreideankauf der staatlichen Ankaufsorganisationen, die fast monopolistisch den Getreidemarkt beherrschen, hat in der Zeit vom Juli (Anfang der Getreidekampagne) bis zum 10. Dezember 1927 nur 73 Prozent der Menge im selben Zeitschnitt des Vorjahres erreicht. Der Anfang der Kampagne war von Erfolg begleitet. Im Juli/August 1927 machten die Getreideankäufe 115 Prozent der Ankäufe in der entsprechenden Zeit des Vorjahres aus. Das hat sich seit September wesentlich geändert. In diesem Monat betrug die Getreidebereitsstellung noch 91 Prozent des gleichen Vorjahresmonats, sank dann aber auf 67 Prozent im Oktober und 41 Prozent im November.

Unter diesen Umständen wird der Getreideexport des Jahres 1928/27 bereits jetzt als unerreichbar betrachtet. Die Getreideausfuhr hat im Oktober 1927 nur 64,4 Prozent, im November gar nur 49,4 Prozent der entsprechenden Vorjahreszahlen erreicht. Solche Ausfälle können durch die Ausfuhr anderer landwirtschaftlicher Erzeugnisse nicht wettgemacht werden. Wenn sich die Verhältnisse auf dem Getreidemarkt nicht noch grundlegend ändern, so kann also auch der Exportplan nur mit großen Einschränkungen durchgeführt werden — eine Tatsache, die von verhängnisvoller Wirkung für die ganze Wirtschaft der Sowjetunion sein muß.

Der Misserfolg der staatlichen Getreidebeschaffung ist in erster Linie durch das ungenügende Angebot von Industriewaren zu erklären. Beigetragen hat dazu aber auch die Preispolitik der staatlichen Ankaufsorganisationen. Nach der Ekonomitscheskaja Shisnij vom 1. Dezember 1927 und vom 4. Januar 1928 wird die Preisbewegung durch folgende Zahlen bezeichnet:

| | August | September | Oktober | November |
|--------|--------|-----------|---------|----------|
| Weizen | 7,05 | 6,86 | 6,80 | 6,29 |
| Roggen | 4,76 | 4,57 | 4,53 | 4,48 |

Dieser Preisabbau drängte die Bauern dazu, nach Möglichkeit andere, im Preis rentablere landwirtschaftliche Erzeugnisse (Fleisch, Delfamen, Butter, Eier) auf den Markt zu bringen und das Getreide in den Scheunen aufzuspeichern. Diese Scheunenvorräte sollen infolge der guten Ernten in den drei letzten Jahren und infolge der systematischen Zurückhaltung bereits 700 bis 900 Millionen Rubel betragen.

Man könnte den Bauer veranlassen, diese Vorräte zu verkaufen, wenn man ihm dafür die nötigen Industriegeräte liefern würde. Aber die industrielle Produktion ist für die Deckung der an sie gestellten Forderungen unzureichend.

Das Tempo der industriellen Entwicklung hat sich sichtbar verlangsamt.

In der ersten Hälfte des Wirtschaftsjahres 1926/27 zeigte die Produktion der staatlichen Industrie im Verhältnis zum Vorjahre (in Preisbereinigung) ein Anwachsen um 22 Prozent, in der zweiten Hälfte noch um 15,9 Prozent. Ungünstiger ist die Lage der Industriezweige, die Massenbedarfsartikel herstellen. In der zweiten Hälfte des Jahres 1926/27 hat sich die Herstellung dieser für die Bevölkerung äußerst wichtigen Waren nur um 3,4 Prozent (in Preisbereinigung) im Verhältnis zum Vorjahre gesteigert. Im Wirtschaftsjahre 1927/28 ist keine Besserung zu verzeichnen; die Lage hat sich vielmehr verschlimmert. Im November 1927 blies, trotz der regen Nachfrage, die Erzeugung der Baumwollstoffe auf dem Niveau des Vorjahres, die der Wolle- und Leinwandstoffe sogar unter diesem Niveau (96,1 bzw. 80,8 Prozent). (Ekonomitscheskaja Shisnij vom 4. Januar 1928).

Zur Erweiterung der Produktion müssen Riesensummen neu investiert, entweder zum Umbau der alten oder auch zum Bau von neuen Fabrikanlagen verwendet werden. Die innere Kapitalbildung in Sowjetrußland, die dafür Mittel liefern könnte, ist sehr gering. Auslandsdarlehen sind in mehr oder weniger ausreichendem Maße nicht zu beschaffen. Unter dem Druck dieser außerordentlich schwierigen Lage läßt die Regierung neue Notendrucke. Im ganzen Wirtschaftsjahre 1926/27 wurden statt der vorgesehenen 150 Millionen Rubel nicht weniger als 327,8 Millionen Rubel neuer Papiergeld in den Verkehr gebracht. Vom 1. Oktober bis zum 20. Dezember 1927 hat sich die Papiergeldausgabe erneut um 90,1 Millionen Rubel erhöht. Dieses neu ausgegebene Geld hat kein Gegengewicht erhalten in Gestalt einer erhöhten Warenmenge.

Das Mißverhältnis zwischen Geld und Warenmenge ließ inflationistische Erscheinungen zutage treten.

Die bäuerliche Bevölkerung erhält für ihre Erzeugnisse Notengeld, von dessen Stabilität sie nicht überzeugt ist. Der Bauer will aus Angst vor Entwertung kein Geld sparen. Das heißt, er bringt es schleunigst auf den Markt, um die erste Beste Ware dafür zu kaufen. Diese Flucht vor dem Rubel hat eine außerordentlich große Nachfrage nach Waren zur Folge. Alles, was auf

den Markt gebracht wird, wird auf der Stelle verkauft. Das Ausmaß der Umsätze wird nur vom Angebot bestimmt. Besonders bemerkbar macht sich der Textilwarenmangel. Der Privathandel macht deshalb die größten Anstrengungen, um die Textilien den staatlichen und den Konsumläden (die als Vertreter des Staates fungieren) zu entziehen. Die Privathändler bringen Leute an, die sich an den Läden anstellen, um Waren in möglichst großen Mengen aufzukaufen. Diese wird dann mit großem Aufschlag weiterverkauft.

Die Warennachfrage kann mit den vorhandenen geringen Vorräten nicht befriedigt werden.

Der Antrieb zum Getreideverkauf bleibt unter diesen Bedingungen aus

und die Getreideausfuhr muß zurückgehen. Infolgedessen muß die Sowjetunion ihre Importe beschränken und auf notwendige Maschinen und Rohstoffe verzichten. Wenn nicht alle Angelegenheiten, so kann diese Situation noch leicht eine Verschärfung erfahren: es scheint nämlich, daß die russischen Bauern in der nächsten Zeit zu einer noch gefährlicheren Waffe greifen werden, als es die Zurückhaltung der Ernte schon ist, zur Vermeidung der Unbanfähigkeit. Dagegen sind auch die Stalinisten machtlos, falls sie nicht zu den Methoden des Kriegskommunismus zurückkehren wollen.

Die Sowjetpresse schlägt Alarm

Die in dem vorstehenden Artikel geschilderten Schwierigkeiten bei der Beschaffung des Getreides durch die staatlichen Ankaufsorgane sind auch den führenden Sowjetzeitschriften ins Bewußtsein gedrungen. So verzeichnen wir die Meldung, daß nach den Erklärungen des ukrainischen Volkskommissars Skrypnyk

die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln im März und April ernstlich gefährdet

sein werde. Auch die Sowjetpresse wird unruhig. Nach einer der Pravda entnommenen Darstellungen übte, wie Ost-Europäer melden, Kaganowitsch, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Ukraine, einer der nächsten Vertrauten Stalins, nach seiner Rückkehr von einer Inspektionsreise scharfe Kritik an dem mit der Getreidebereitsstellung beauftragten amtlichen Apparat. Was aber nicht die allerhöchste Kritik an technischen Mängeln, wenn die Grundrichtung der verhängnisvollen Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung beibehalten wird?

Diese Politik bewirkt nicht allein, daß die Bauern jegliche Lust an der Intensivierung und Verbesserung ihrer Wirtschaft verlieren; sie bewirkt auch durch die mangelhafte Bereitsstellung von Staatsmitteln für Bodenmeliorierung und Bodenreform darüber hinaus, daß selbst die Intensivierungsmaßnahmen, zu denen sich die Bauern entschließen, entweder überhaupt nicht durchgeführt werden können oder aber resultatlos verpuffen müssen. Das größte Hindernis einer Intensivierung der Landwirtschaft ist

die ungeheuerliche Bodenverteilung,

die die Bodenverteilung beherrscht. Die Kontrollziffern der Volkswirtschaft der Sowjetunion für 1927/28 bringen zahlreiche Angaben über diese ungleiche Erbschaft. Im Süd- und Süd-Ost-Gebiet besitzen hoch 29,8 Prozent der Bauernhöfe 1 bis 5 Landstrecken je Hof, 66 Prozent besitzen 6 bis 20, 1,4 Prozent von 20 bis 100 und noch mehr Landstrecken je Hof. Noch schlimmer ist die Lage im Norden und Nordwest-Gebiet, wo nur 3,7 Prozent der Bauernhöfe 1 bis 10 Landstrecken besitzen, 43,4 Prozent besitzen 11 bis 40, 45,2 Prozent 41 bis 100 und 7,7 Prozent über 100 Landstrecken je Hof. Abgesehen davon leiden die Bauern auch sehr darunter, daß die ihnen zugewiesenen Landanteile in der Regel in dünnbesiedelten Gegenden von den Dörfern liegen, in denen sie wohnen. Im Süden und Südosten befinden sich 88,7 Prozent der Landanteile in einer Entfernung von 5 bis 10 Werst (1 Werst = 1,067 Kilometer) und 37,1 Prozent von über 10 Werst vom Dorfe. Nach den Berechnungen der Arbeiter- und Bauerninspektion ist der Bauer zur Zeit zur Ausfüllung der landwirtschaftlichen Arbeiten genötigt, im Jahresdurchschnitt 1898 Werst zurückzulegen, während bei einer zweckmäßigen Landverteilung 474 Werst genügen würden. („An der Agrarfront“ 1927, Nr. 9.) Diese Tatsache gewinnt noch mehr an Bedeutung, wenn man den Pferdemanangel der russischen Bauernwirtschaften berücksichtigt.

Die Beratungskommission für Auslandsanleihen beim Reichsfinanzministerium wird nach wochenlanger Pause am Mittwoch wieder zusammengetreten. Während der Pause ist eine Enquete über die kurzfristige Verschuldung der Kommunen usw. mit Hilfe eines Fragezettels durchgeführt worden. Das Ergebnis der Enquete soll, wie der Sowjetdienst erfährt, auch nicht annähernd die Befürchtung einer Ueberverschuldung rechtfertigen, die noch vor kurzem von interressierter Seite in der Öffentlichkeit geäußert worden ist. Die Beratungskommission wird die Aufgabe haben, das Ergebnis der Enquete auszuwerten. In Frage kommt eine Konsolidierung der kurzfristigen Schuld durch Inlands- und Auslandsanleihen.

hinzukommen, wenn nur das vorgelesen wird, was man aus der Presse schon längst weiß, wenn die Redner immer wieder sich selbst oder andere wiederholen? Wie kann man von den Berichterstattern für die Presse erwarten, daß sie diese jenseitig höchst langweiligen Auseinandersetzungen auch nur füngemäßig wiedergeben? Wie kann man vom Zeitungsleser verlangen, daß er den immer eintöniger werdenden Berichten Interesse entgegenbringt? Grundförslich müßte bestimmt werden, daß die Länge der Redezeit der Stärke der Parteien entsprechend angelegt wird. Es geht nicht länger an, daß die Vertreter der kleinen und der Splitterparteien das Haus durch ihre Schwärereien terrorisieren. Es darf nicht vorkommen, daß ein einzelner düssischer Abgeordneter, wie das im November geschehen ist, durch seinen Widerspruch das Inkrafttreten gesetzgeberischer Maßnahmen verhindern kann.

Man redet zum Fenster hinaus!

Die Spezialarbeit an der Gesetzgebung wird in den Ausschüssen des Reichstages geleistet. Aus den Plenarversammlungen wollen Tribünenbesucher und Zeitungsleser über die allgemeine Bedeutung der politischen Vorgänge unterrichtet werden. Daraus ergibt sich die Forderung an die Abgeordneten „zum Fenster hinaus zu reden“. Sie sollen sich nicht in Einzelheiten verlieren, sie brauchen nicht solche Dinge ausführlich zu erklären, die die Öffentlichkeit nicht im geringsten interessieren. Die Bedeutung einer Rede wird nicht von ihrer Länge, sondern von ihrem Inhalt bestimmt. Es fehlt dem Reichstag durchaus nicht an „Köpfen“. Sehen wir von der Sozialdemokratie ab, die auch in improvisierten Debatten selten versagt, so finden wir in fast allen größeren Parteien Abgeordnete, die auch ohne vorbereitete Manuskripte das ganze Haus und die Zeitungsleser zu fesseln verstehen. Man erinnere sich, um zwei Beispiele aus jüngerer Zeit zu nennen, an die temperamentvolle Art, mit der die Zentrumsabgeordnete Frau Teusch die Demagoge ihrer deutschnationalen Koalitionsgenossen in der Frage der Kleinrentnerfürsorge bloßstellte, oder mit welcher Schlagfertigkeit der sozialdemokratische Abgeordnete Wiffel mit wenigen Sätzen den kommunistischen Viehwähler Könen abließ.

Schlusfolgerung: Nicht das Wahlsystem ist zu reformieren, sondern es müssen einige Auswüchse beseitigt werden, die die Ausübung einer demokratischen Einrichtung zu reaktionären Zwecken begünstigen.

Rundfunkprogramm

Mittwoch, den 18. Januar. Unterhaltung und Belehrung. 10,20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10,25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11,45 Uhr: Wetterbericht und Voraussage (Deutsch und Esperanto), Schneeberichte und Wasserstandsangaben. 12 Uhr: Mittagsmusik auf einer Sprech- und Schallplattenmaschine der Rundfunk-Ges., Berlin. 12,55 Uhr: Neuerer Zeitzeichen. 13,15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 16,30—17,55 Uhr: Aus dem Schachteil für die Jugend. Aus dem „Bildbuch ohne Bilder“ von Hans Christian Andersen. Mitwirkende: Gertrud Randolf (Registrieren), die Dresdner Rundfunkkapelle, Dirigent: Gustav Kante. 18—18,55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. 18—18,30 Uhr: Maschinenbauoberlehrer Behr: Technischer Lehrgang für Facharbeiter und Werkmeister: Werkzeugkunde und Grundlagen der Arbeitsvorbereitung. 18,30—18,55 Uhr: Lektor Claude Gander und G. van Esleren: Französisch für Anfänger. 19—19,30 Uhr: Minirat Dr. Menke-Glückert: „Zum 18. Januar.“ 19,30—20 Uhr: Vortragsreihe: „Moderne Volksbildungsbestrebungen.“ 2. Vortrag: Regierungsrat Dr. Erik Rapphahn vom Reichsministerium für Volksbildung: „Die Volksbildung.“ 20 Uhr: Wettervorhersage, Schneeberichte, Zeitangabe und Arbeitsmarktbericht des Sachlichen Bundesamts für Arbeitsvermittlung. 20,15 Uhr: Wählklub von Wien. Ein Hörspiel mit Musik in 8 Szenen von J. Kaiser, Spielleitung: Karl Blumau. Musikalische Leitung: Theodor Blumer. Personen: Peter Rudolf Graf von Freul, L. u. L. Kämmerer und L. u. L. Oberleutnant bei den Windischgrätz-Drägern, Les. Helmut Fischer, Fannelore, Konzertlängerin Olga Fuchs, Eberhard, Peter Rudolf's älterer Jugendfreund, Wilhelm Maßen, Franz, Peter Rudolf's Bruder, Gertrud Randolf, Ort der Handlung: Wien. 1. Szene: In Peter Rudolf's Wohnung. 2. Szene: Im Volksgarten. 3. Szene: In einem Künstlerzimmer des Konzerthauses. 4. Szene: Beim Heuzigen. 5. Szene: In Peter Rudolf's Herrenzimmer. 6. Szene: Im Schlafzimmer Peter Rudolf's. Zeit: Vor dem Weltkriege. 22 Uhr: Preisbericht und Sportfunk. 22,15—24 Uhr: Unterhaltungs- und Tanzmusik.

Halsentzündungen und Erkältungen

Zum Schutz gegen Grippe

Panflavin

PASTILLEN

ERFOLGREICH IN ANSTRENGEN UND DROBEN

Handwritten text: „Handwritten text“

Die Geburtsstunde des Friedens

Roman von Henry Boukaille.

Copyright by Boukaille Verlag, Wien.

15) Was würde er tun? Denn das machte die Dinge noch verwickelter. Sie amüsierten... schön! Doch nicht immer schön! Sie aber war gesegnet und...

Aber das ging ihn nichts an. „Auf Wiedersehen“, sagte er.

Er hatte sich verändert — der Buteau — war fürchtbar gealtert, abgezehrt, hatte ausgemergelte Gesichtszüge, als hätte er seit Monaten nichts gegessen. War ein flotter Kerl ehemals gewesen, kernig, aber er vermutete wohl etwas von dem Verrat seiner Frau, oder es hatte ihm einer was gesagt, und da war er hingelassen, weil nun einmal, solche Gesichtszüge niederzuschmettern, wie ein Beißschlag einen Ochsen fällt, und er, der früher stark wie ein Ochse gewesen, war jetzt wohl „hablot“.

Das würde helj hergehen, er war ein brutaler Kerl, der Buteau, in seinem Borne!

„Wachhaftig, ist mir lieber für sie als für mich“, sagte sich der Mann. Er machte sich davon und sah noch einmal nach dem Brunnen zurück.

Die Buteau stand da, nachdenklich, ihren beschmutzten Rock in den Händen, ohne weiter an ihre Arbeit zu denken, verdinglich, ganz benommen. Sie wandte sich auch um, richtete ihre Augen auf ihn, und ihre Blicke begegneten einander. Er hatte sie vielleicht erschrecken wollen, hoffte sie.

Aber nein. Er hatte die Wahrheit gesagt. Er sah aus wie jemand, der die Wahrheit gesagt hat.

Sie blickte sich wieder über das Wasserbecken, tauchte den Rock hinein, und ihre Arme bewegten sich einen Augenblick heftig im Wasser.

Sie rang das Wäschehäud aus, nahm den Rest der Wäsche, der im Wasser herumschwamm, und machte einen Paden daraus.

Mit diesem Paden in der Hand blieb sie plötzlich angstvoll stehen. Sie wandte die Augen nach links, nach rechts, als ob sie keinen Weg mehr wüßte, und mittlere ihre Fröhre im Winde...

Als sie zu ihrem Geliebten kam, war sie ganz außer Atem. Bewirer war eben zurückgekommen.

„Oh, ich fürchte mich so!“

„Wovor?“

„Ich habe meine Wäsche gewaschen, da kam Melou, der Antokole, und hat mir gesagt, daß er auf dem Wege aus der Stadt Buteau gesehen hat.“

Bewirer hatte ihn gleichfalls getroffen, aber war es nicht besser, sich unwissend zu stellen!

„Er hat sich über dich lustig gemacht, der Melou“, meinte er.

„Nein“, sagte sie.

„Er zuckte misseidig die Schultern.“

„Seh' dich.“

Sie hatte ihren Paden niedergelegt, blieb mortlos stehen, mit gefenktem Kopfe. Sie überlegte.

War eine üble Sache, diese unerwartete Heimkehr ihres Mannes.

„Was willst du tun?“

„Was? Welch ich es denn!“

„Ja, was denn!“ wiederholte sie raitlos.

„Ja, was denn! Ja, was denn!“

Sie begriff, daß er sich nur sehr wenig daraus machte. Und Buteau würde sie vielleicht töten!

Sie war ihm ausgeliefert, Bewirer würde sie nicht einmal vertheidigen.

Wenn sie das geahnt hätte!...

Er hatte sie eben genommen, und jetzt war sie ihm nur lästig. „Du willst, daß ich fortgehe, das willst du...“ Und das war zugleich ebenso eine Bitte wie eine angstvolle Frage.

„Tu, was du willst.“

Das war alles, was er zu sagen fand: „Tu, was du willst.“ Sie sah ihn höferrückt an.

Er hatte sie in eine schöne Lage gebracht.

„Ich kann aber nicht nach Hause gehen...“

Bewirer dachte lange nach.

„Jetzt war die Lage heikel. Es würde Verdröhllichkeiten geben! Keinlicher Verdruß stand ihm bevor — das war alles, was er vorausah. Und seit er wußte, daß Buteau in der Nähe war...“

der wußte ja bis zu diesem Augenblick noch nichts, aber bald würde er es wissen!

Bewirer bemühte sich, einen Ausweg zu finden.

Wie könnte er sich aus der Klemme helfen, er zuerst — er dachte zuerst an sich, denn Martha hatte es ja gewollt, nicht wahr? Er hatte sie nicht gezwungen.

Wiederings hatte sie recht, sie konnte sich nicht sogleich zeigen. Der Stoß wäre zu gewaltig.

Das sah man wohl, daß sie gesegnet war!

Es lieb ihm keine Ruhe.

„Wenn er hierher käme!“ („Sicher wird er hierher kommen“, dachte er.)

Ein Gedanke schoß ihm durch den Kopf: „Ich werde in die Stadt gehen...“

„Ja“, freute er sich, „eine gute Idee!“

Es fehlte nicht viel, so hätte er sich die Hände gerieben.

Denn fiel ihm endlich Martha wieder ein, er antwortete auf ihre Frage:

„Nein“, sagte er, „man wird das noch einmal bedenken.“

Er hatte schon dreimal geklopft.

Fünf Minuten waren vergangen.

Es war aber doch jemand im Hause, jetzt war in zwei Stuben Licht.

Inzwischen waren alle seine Befürchtungen wiedergekehrt.

Er wäre beinahe auf den Rücken gefallen, als Marthas Mutter, seine Schwiegermutter, ihm öffnete.

„Martha... wo ist Martha?“

Er fand keine anderen Worte.

Dennoch entging ihm nicht die geringste Veränderung in dem runzeligen Gesicht der Alten. Er beobachtete ihre Verlegenheit. Und sie war nicht darauf gefaßt, ihn zu sehen, sie konnte ihren Schreden nicht verbergen.

Da flackte bestimmt irgend etwas Furchtbares dahinter...!

„Wo ist meine Frau?“ wiederholte er.

(Fortsetzung folgt.)

Ende ohne Ende

Von Otto Bielen.

Der alte Advokat, der einzige des kleinen Provinzstädtchens ist sehr krank. Er hat in der Nacht einen Schlaganfall erlitten.

Nun liegt er da in seinem breiten, altmodischen Bett, den hageren Leib lang ausgestreckt, den verdorrten Kopf gegen das Fenster gelehnt. Er räuspert leise, matt, stoßweise. Die verdorrten Hände, die die schwarze Bettdecke bis dicht unter das kopfliche Kinn heraufgehoben haben, zucken hier und da, fingern starr über den weichen Stoff.

Der Arzt ist weggegangen. Die niedrige, muffige Stube, die nach verstaubtem Kraut und Todbel riecht, ist ganz still.

Durch die morschen gelben Vorhänge, die das einzige Fenster des Raumes enggeschlossen verschließen und von einer langen Kachelofenröhre her, fällt das gedämpfte Licht der frühen Vormittagsstunde schön und trüblich auf den braunen, gefalteten Holzboden und legt ein mattglänzendes spiegelndes Bild auf die niedrige, dunkelpoliertere Kommode, die dicht neben dem Bett steht und breit und maßig den großen eisernen Geldschrank trägt.

Beim Fußende des Bettes stehen die beiden Söhne des Kranken, die Rücken gekrümmt, die Köpfe halb geneigt. Sie schweigen. Schauen auf ihren Vater, der mit halboffenen Augen daliegt und unentwegt auf den Schrank zu starren scheint. Sie regen sich nicht, sehen einander mit keinem Blick an. Sie warten.

Oben, in der dunkelsten Ecke der Stube, sitzt eine alte Magd, den Kopf auf das schwarze Brusttuch geneigt und läßt langsam und trüblich die beiden langen Rosenkränze durch ihre knochigen Finger gleiten. Sie betet still, stumpf.

Nichts rührt sich.

Nur zuweilen bewegt der Kranke den Kopf, taumelig, schwer, in geducktem Drehen. Von links nach rechts, von rechts nach links. Aber seine Augen, die fast gläsern und schon gebrochen in ihren tief ausgeführten Höhlen liegen, weichen nicht von der glattpolierten Kommode, bleiben auf den schwarzen Geldschrank gerichtet, der erst und grau gegen die Decke strahlt. Die dünnen, einwärtsgefügten Lippen des salzigen Gesichtes bewegen sich mühsam, zitternd, formen Worte ohne Atem, ohne Kraft.

Es stirbt sich nicht leicht vor seinem Geld.

Vom Bettrahmen her dringt es und ja ein dumpfes, undeutliches Geräusch. Ein Klopfen an eine schwere Tür, die langsam und knarrend aufgeht, jemand einläßt und sich dann wieder knarrend schließt; eine laute Stimme, die sich abdrückt und in ein zischendes, gedämpftes Plüschgeräusch übergeht; zögernde Schritte, die in ein anderes Zimmer schreiten.

Dann wieder Stille, die überall tiefer liegt und auf alle Räume brüllt.

Auf einmal rückt der Sterbende tief auf, wirft den zuckenden Kopf hinterüber gegen die Wand und läßt den jählosigen Unterkiefer gegen die Brust fallen. Verstummt jäh, reißt mitten im Atemholen ab.

Die beiden Söhne schreiten zusammen, verkrampfen ihre Finger an der harten Kante des gedöckerten Bettgestelles, keuchen dumpf auf, sehen einander mit einem Scheuen, löstenden und furchtamen Blick an, der zögernd und unsicher irgendwas zu suchen scheint und starren dann jäh und ängstlich in das verzerrte Antlitz des Toten.

Die alte Magd beginnt leise, nachsichtig zu schluchzen. Ihre zitternden Hände tropfen auf die Gürtel des Rosenkränzes, der noch immer unerschrocken und mechanisch durch ihre im Stich gefallenen Hände gleitet und leise klirrt. Dann springt sie plötzlich wie erschreckt auf und läuft zur Tür hinaus.

Die beiden Brüder sind allein. Ihre Hände lösen sich von der Bettkante, fallen schlaff an ihren Seiten nieder.

Sie treten zu dem Toten vor, legen ihre Hände auf seine Stirn, drücken seine weitaufgerissenen und verdrehten Augen zu, die nun erst irgendwohin ins Leere gegen die Zimmerdecke starren und keinen Schein für alles Diesseitige mehr zu haben scheinen.

So sitzen sie lange, sehen mit halbgeschlossenen Lidern auf ihren Vater nieder, die gelassenen Hände leise gefaltet.

Nach einer Weile blicken sie auf, langsam, bekümmert, schauen aneinander vorbei, irgendwohin und fühlen, daß sie einander den noch bis in den letzten Winkel ihrer Gedanken verfolgen und überwachen. Und jeder weiß von dem andern; er ist wie du.

Dann kommt der Arzt, den die alte Magd verständigt hat, stellt den Eintritt des Todes fest, sagt den Brüdern sein Beileid, geht wieder.

Menschen kommen zögernd auf den Fußspitzen in das Zimmer herein, schauen mit hilflosen, verlegenen Augen auf den Toten, der so lange ihr Herr gewesen ist und nun so still daliegt, treten dann nacheinander zu den beiden Brüdern hin, sagen leise und demütig ein paar Worte, entfernen sich leise.

Die Brüder nicken und haben auf einmal bekümmerte Miene. Sehen leer und mit glasigen Augen auf die Menschen, die da mit gebückten Köpfen betreten an der Wand und neben der Tür stehen, schauen einander langsam an, denken: wie sie sich alle verhalten!

Dann, als das Zimmer fast voll von gedrehten bedrückten Menschen ist, die mit gefalteten Händen und murmelnden Lippen auf irgend etwas zu warten scheinen, treten sie langsam aufeinander zu und knien vor dem Toten nieder.

Und während sie mit rauhen und räuspernden Stimmen das Totengeräusch zu sprechen beginnen, in das alle Anwesenden, Schreiber, Knechte und Mägde murmelnd einfallen und monoton mitbeten, heften sich ihre Augen gierig auf den eisernen Geldschrank, der stöckig und wuchtig und hart dastet und verächtlich in die bleie Luft strahlt.

Der Tote grinst. Er hat alles mit seinem Geld seinen Geiz hinterlassen.

Religion und Reklame

Im überfüllten Saale des Söbdräu behandelte der Berliner Psychoanalytiker Gen. Dr. Siegfried Bernfeld in einer vom Monistklub einderufenen Versammlung das Thema: Die Kirche als sozialpsychologische Erscheinung. Im Gegensatz zu einem Vortrage, den er vor Jahresfrist über die „Religion im Lichte der Psychoanalyse“ hielt, handelte es sich dieses Mal darum, die psychologischen Mechanismen zu untersuchen, die bestimmend für den Machtapparat der Kirche sind. Die Kirche behauptet, sie besitze eine — und zwar nur sie allein — bestimmte soziale Bedürfnisse. Vergleichen wir sie mit anderen menschlichen Einrichtungen der Bedürfnisbefriedigung, so wird uns die weitgehende Übereinstimmung auffallen. Denken wir beispielsweise an einen Parfümfabrikanten, der ein allgemein angewandtes Parfüm herstellt. Auch er wird sich gegen den Vorwurf, daß er sein Produkt nur herstelle, um Wert zu erzielen, verteidigen mit dem Hinweis auf die unbedingte Notwendigkeit seines Parfüms, da ja doch in der Menschheit ein außerordentlich starkes Bedürfnis gerade nach dieser Wohlgeruchsmaterie bestehe. Damit hat er Recht; aber es fragt sich, woher das Bedürfnis gerade nach diesem bestimmten Parfüm kommt. In der Menschheit gibt es ein ganz allgemeines Bedürfnis nach Wohlgeruch; das es aber nur in der ganz bestimmten Form eines ganz bestimmten Parfüms eines ganz bestimmten Fabrikanten befriedigt werden kann, das liegt daran, daß es dem Fabrikanten gelungen ist, eine Masse anzugestrichen, die es erfolgreich in die Wege zu leiten, die bei allen Individuen — die sich's leisten können — das spezielle Bedürfnis nach seinem Parfüm erweckt hat. Alle menschliche Be-

dürfnisbefriedigung — soweit es sich nicht ganz unmittelbar um die Stillung des Hungers und um Schutzmaßnahmen handelt — ist durch solche Massenuggestion, durch Reklame, gelenkt.

Auch bei der Kirche wird ein nages, unscharf umrissenes Bedürfnis nach etwas, das man „Religion“ nennt, nicht ganz allgemein befriedigt, sondern in der ganz bestimmten Form einer ganz bestimmten religiösen „Marke“ einer Konfession. Der Kampf der Konfessionen untereinander ist durchaus dem Kampf der Parfümfabrikanten untereinander vergleichbar und hier wie dort bedient man sich, psychologisch betrachtet, der gleichen Reklamemittel.

Die Reklame bedient sich wie die Hypnose vornehmlich zweier Suggestionen: Der Liebes- und der Schreckhypnose. Beispiel einer Liebeshypnose: „Wenn du Meiers Hülte trägst, wirst du Erfolg bei Frauen haben!“ Dagegen Schreckhypnose: „Du wirst, wenn du dich nicht mit Gilettefflingen rasest!“ Als drittes Moment für die Wirksamkeit einer Reklame kommt noch ihre ständige Anwesenheit in Frage. Wie die Reklame geklopft an besonders affektive Höhepunkte des Lebens, an Freud und Leid, so wirkt sie besonders tief.

Auch die Kirche kann sich keiner anderen Reklamemethode bedienen. Sie wendet genau so die Liebes- und die Schreckhypnose an. Ganz besonders aber versteht sie es, von der Wiege bis zum Grabe bei allen affektiv bedeutsamen Wendepunkten des Lebens immer dabei zu sein. Dadurch, daß schon das kleine, unkritische Kind der Beeinflussung und der ständigen Gegenwart der Kirche unterliegt, sichert sich die kirchliche Reklame eine Wirksamkeit, die im späteren Leben anhält und die bei sonst gereiften Menschen sofort ein Gefühl der Angst, des Unwohlseins, des panischen Schreckens hervorruft, wenn sie sich des Bestandes der Kirche nicht bedienen würden. Durch die Möglichkeit der Beeinflussung in frühesten Jugend ist die Reklame der Kirche der jedes Parfümfabrikanten überlegen. An dieser Stelle sei einmal auf einen auch unter Sozialisten weitverbreiteten Irrtum aufmerksam gemacht. Man hört häufig von Eltern die Ansicht, daß ihre Kinder „zur Erlebung von Gewissensbissen“ religiös erzogen werden sollten, damit sie sich dann als „reife“ Menschen selbständig entscheiden könnten. Diese Ansicht ist deshalb falsch, weil bei den religiös, d. h. kirchlich beeinflussten Kindern, dann, wenn sie erwachsen sind, schwer oder nie mehr eine selbständige Entscheidung, die von den primitiven Affektbindungen loskommt, möglich ist. So kommt es auch, daß alle Fortschritte der Natur- und Gesellschaftswissenschaft der Kirche kaum schaden, weil sie nicht antizipiert an intellektuelle Erkenntnisse, sondern an Affekte. Ganz konsequent hat Rußland daher den Versuch unternommen, bei der Beeinflussung der Massen im proletarischen Sinne ebenso vorzugehen.

Dadurch, daß die Kirche das Monopol auf die Moral hat, besitzt sie ein Mittel, um eine weite durchs ganze Leben nachhaltende Angst vor dem „Anders-als-die-andern-sein“ zu erzeugen. Die stärksten Kindheitsverleumdungen sind den Menschen nicht mehr zugänglich, aber sie wirken. Wollen wir die Kirche bekämpfen, so müssen wir das tun als einzelne, indem wir die starken affektiven Bindungen aus unserer Kinderzeit lösen und uns frei machen von der kirchlichen Beeinflussung. Die Gesellschaft kann nur wirksam gegen die Kirche kämpfen, wenn sie ihr das stärkste Reklamemittel entzieht: Die Möglichkeit, das wehrlose Kind in eine Guckform zu pressen, kraft derer der spätere Erwachsene dann nur noch ein einziges, bestimmtes religiöses Bedürfnis, das die Kirche selbst erzeugt hat, stillen kann.

Die im großen Maßstab aufgenommenen langen Ausführungen anstellen eine Diskussion, an der sich auch streng religiös eingestellte Redner beteiligten. Im Schlußwort verzichtete Redner zunächst einmal gründlich den bei diesen Rednern noch vorhandenen Glauben an die angebliche „Objektivität“ und „Unabhängigkeit“ der kirchlichen Wissenschaft. Er zeigte die klassenverhängende Funktion der wissenschaftlichen Ideologien und Philosophien auf. Die Kirchen sind soziale Erscheinungen, die innerhalb der Gesellschaftsentwicklung verschiedene Bedeutungen haben können. Ihre jeweilige Funktion kann nur durch eine marxistische Analyse festgestellt werden. Ihre gegenwärtige Funktion ist, den Proletariat mit der Welt zu verbinden; die Kirchen innerhalb der kapitalistischen Staaten sind jaunt und launisch reaktionär. Die Zerstückelung der Macht der Kirche wird erst in einer Revolution möglich sein, die nicht davon zurückzuckt, nach der Eroberung der politischen Macht auch die ideologischen Machtpositionen der Reaktion zu zerstören. R. L. n.

Alpine Chronik

Schund und Schmutz in der Schweiz. Ueber den Begriff „Schund und Schmutz“ und dessen Verbindung durch die Gerichte gibt eine Urteilsbegründung des obersten schweizerischen Gerichts, des Bundesgerichts, publiziert in der jüngsten Nummer der „Zeitschrift des Bundesgerichts“, folgende genaue Daten: Eine unglückliche und strafwürdige Verfertigung liegt allein dann vor: 1. wenn sie durch ihren Stoff und die Art dessen Behandlung objektiv geeignet ist, das Schamgefühl zu verletzen, 2. wenn ihr wesentlicher Zweck darin besteht, geschlechtliche Leidenschaften zu erregen, 3. wenn sie infolge dessen weder wissenschaftliche noch künstlerische Ziele verfolgt, 4. und wenn sie durch die Art der Verbreitung die Gefahr in sich birgt, bei den von ihr berührten Personen eine verderbliche Wirkung auf die Sitten auszuüben. Unter allen Umständen dürfte eine Verurteilung nur dann erfolgen, wenn der Angeklagte sich Rechenschaft gegeben habe über die Wirkung, die von der Verfertigung ausgehen. Somit sind also Verfertigungen, die ohne Unmöglichkeit zu sein, lediglich das Schamgefühl gröblich verletzen“ nicht strafbar.

Der wandernde Berg. Ein Jahr ist es her, daß der bis dahin heimlich wandernde Monte Arlino (1700 Meter hoch) die ersten großen Risse bis zu 30 Meter Tiefe zeigte und unter den Bewohnern des Tals im schweizerischen Kanton Tessin die Furcht erweckte, er könnte eines Tages plötzlich über sie herfallen. Die Bewegungen des Berges treten seither immer entschiedener auf, sie nähern sich offenbar immer mehr einem kritischen Stadium. Der ganze Nordhang ist in Bewegung. Die Gleitzone hat eine Ausdehnung von zwei Kilometern. Nimmt man die Tiefe der Bewegung zu 100 Meter an, so befinden sich 200 Millionen Kubikmeter Erde und Gestein im Gleiten. Sollte der Monte Arlino kürzer so wäre, wie die Monatschrift des Schweizer Alpenklubs „Die Alpen“ ausführte, eine katastrophale Erdbewegung zu verzeichnen, was die aus geographischer Zeit in den Schweizer Alpen noch nie beobachtet worden ist. Die geologischen Verhältnisse lassen aber den tröstlichen Schluss zu, daß kaum die ganze Masse des Berges in einem Augenblick zu Tal fahren würde; man wird es immer mit einzelnen Abbröckelungen zu tun haben. Für Bellinzona und die dortigen Bahnanlagen besteht auch im schlimmsten Fall keine Gefahr.

Eine vorgeschichtliche Töpferwerkstatt. Die Ausgrabungen des Antiquarates-Museums von Brüssel, die in den Dünen von La Panne, etwa 20 Kilometer von Ostende, ausgeführt wurden, haben nach einer Arbeit von 17 Wochen zu der Aufdeckung einer Töpferwerkstatt der Eisenzeit, etwa 1000 v. Chr., geführt. Man ließ auf einen gut erhaltenen Töpferofen, in dem sich noch Glut befand, auf einem kleinen Dreifuß aus Ton, der zur Trocknung der Gefäße benützt wurde, auf halbhohle Tongegenstände und viele Tausende von Tonfigürchen. Ein Bericht der Brüsseler Zeitung. La Solz betont, daß hier zum erstmaligen genaue Aufschlüsse darüber gegeben werden, wie die primitiven Töpfer vor 3000 Jahren ihre vorzüglichsten Erzeugnisse herstellten.

Umgangsformen

Jones Fräulein Julie, die Grafentochter, die sich in Strindbergs Frühwerk aus den achtziger Jahren mit dem Rasiermesser deselben Kammerdieners, mit dem sie vorher geschlafen hat, den Hals durchschneidet, war, so haben wir hier vor wenig mehr als einem Jahre gesehen, aus der sentimental-tragischen Grundstimmung des großen unharmonischen Schwebens geschaffen und zudem aus der sentimental-feierlichen Betrachtungsweise, die der Kleinbürger gern jenen erdlosen Problemen widmet, die Verboten vom Stande betreffen. Wenn auch der Satz „Jede Gräfin schläft mit ihrem Kammerdiener“ eine offensichtliche Übertreibung enthielte, so ist doch der umgekehrte Satz, „Jede Gräfin, die mit ihrem Kammerdiener geschlafen hat, muß sterben“, eine sehr viel größere Übertreibung. Die private Tragik aber, die sich nur daraus ergibt, daß Fräulein Julie ein Edel und ihr Jean ein Schwein ist, interessiert uns heute nicht mehr sonderlich.

Alle tragischen und pathetischen Konflikte der Liebe, die aus Standesunterschieden abgeleitet werden, nach der alten Melodie „Sie konnten zusammen nicht kommen, das Wasser war viel zu tief“ erschönen uns heute schon ein bißchen konterrevolutionär, ein bißchen verstaubt, und nur eine heftige, ein satirische Erlebung solcher Dinge lassen wir uns gefallen. So ernst und wichtig man zu allen Zeiten die kameradschaftliche Hetzerverbundenheit zweier Menschen zu nehmen haben wird, die einander außerhalb Gefährten in der Liebe sind, so unernst sind doch alle großen Epurillen der Beteiligten und der Betrachter, wenn es sich um weiter nichts als um das körperliche Vergnügen handelt. Die Franzosen haben eine sehr nette Art, sich über alle unangemessene Feiertlichkeit in erdlosen Dingen lustig zu machen. Und der 60jährige Tristan Bernard gehört zu den feineren und geistvolleren ihrer Lustigmacher.

In seiner Komödie „Abgemacht — Ruhe“, die nach dem Kriege entstanden aber auf neu gearbeitet worden ist, hat er nicht mehr als ein paar derbe Possenmotive aus den Sexualtrieben französischer Grafen und Marquisen gezogen und dies mit ein paar harmlosen Brocken politischer Satire vermischt, aber er hat wenigstens zwei schöne Rollen geschrieben, von denen Eugen Rippe recht im Alten Theater in Leipzig die eine spielt. Die andere hat vor etwa einem Jahre in Berlin Maria Fein gehabt. Die Partnerein seines Kellereimbles (das in seinen sonstigen Nebenfiguren die französischen Vornamen oft gar zu unfranzösisch bringt) ist der Sache nicht ganz gewachsen. Wenn freilich die Frau Marquise der maßvollen Erotik des reichen Weinhändlers mit den rustikalen Manieren erst verfallen ist, dann spielt Fräulein Steinleff recht nett den losgelassenen weiblichen Lausbuben, der in der großen Dame steckt, aber die Tatsache, daß er vorher schon in ihr steckt, und die schon Bernard nicht scharf herausgearbeitet hat, bleibt sie aus Mangel an Ausdruckswort nach Schuld und dadurch bekommt die Rolle einen rätselhaften Knack in der Mitte.

Was sonst nötig ist, tut Rippe. Die schwanmächtige Handlung um die beiden herum kann auf sich beruhen als der Rahmen für Rippes überlegene komische Mittel. Bei Rollen solcher Art und Rippe solcher Art hört man immer von einem braven Vorkämpfer oder Hintermann, daß „übertrieben“ werde. Das ist jedoch ästhetischer Unfug, denn Schwanmächtigkeit dazu geschrieben, daß über sie gelacht werde, und man kann sie nicht übertrieben, man kann sie bloß schlecht spielen. Der Vorwurf der Überreibung ist aber sehr interessant: er drückt nichts anderes aus als jenes tiefe Unbehagen, das der brave Bürger stets dem Genie gegenüber empfindet. Dieser fortwährende Zustand neuer Einfälle, dieses vollständige von einer großen Laune Besitzensein, bestrebt den ewig gestreuten ewig nur halb mit der Sache und halb mit seinen Privatangelegenheiten beschäftigten laiblichen Nichtsthemenschen.

Möglich, daß ein reicher Weinhändler in Frankreich sich meistens schon ebenso „absteige Manieren“ angewöhnt hat, wie ein Marquis, daß er sich den Dialekt und die begleitenden Gebärden seiner Heimat schon in der vorigen Generation abgewöhnt hatte. Einerlei, wir alle kennen den Menschen, den Rippe spielt. Der Schauspieler selber ist in München aufgewachsen und macht aus dem französischen Landbewohner ein bairisches Uroch. Aber der eigentliche Reiz der Sache besteht darin, daß dieses Uroch ein Mann von Gemüt und scharfem Verstande ist. Nicht das übliche goldene Lustspielzeug in der rauhen Schale, sondern ein laugrobes und genüßliches, ein wohlwollendes und hegehlisches Original. Der erkennt denn auch das Original auf der Gegenseite in einer adeligen Ziege, die sich aufs Feintun gelegt hat aus Rangenweile und aus Mangel an anderer Betriedigung. Er verachtet ihr diese „ehrpurktswoim“, da ihm, dem reichgeordneten Kleinbürger, alles „Antike“ ungeheuer imponiert. Worauf denn im Laufe der Komödie der ganze Unterschied zwischen Feinsinn und Nichtfeinsinn aufs klügliche zusammengefaßt wird in dem schlichten Ergebnis, daß unser Weinhändler seine Lieblingswendung, eine gleitende Verhöhnung der tieferen Klasse betreffend, zu unterbrechen, die Marquise hingegen sich ihrer zu bedienen gelernt hat.

In Rippes Komik, in seinen umfassenden Armbewegungen und übermächtigen Redensarten stecken übrigens auch ein paar Vollenbergs-Büge, mobilisiert durch den Reissen- und Größenunterschied. Seine Art, einen Gesprächsgegner faupfnusig zu machen, wäre würdig, in einer Bilderreihe von Daumler verewigt zu werden, seine Art, den verammelten Adel Frankreichs aus seiner Wurst mit den eigenen Lippen berührten Taschentücher mit einer Weinprobe zu tränken, ist jedes stämmigen Meisters würdig. Das Schönste ist folgendes: Wenn ein Durchschnittsschauspieler, selbst ein sehr guter, die Figur des Mannes mit den schlechten Manieren zu spielen hat, der überall aneckt, dann hat man fortwährend mit ihm Mitleid. Man möchte ihm am liebsten beifpringen und Ärgert sich über die Blödsinnigkeit der sogenannten seinen Leute, die in Wahrheit so wenig Manieren haben, es den anderen immerfort merken zu lassen, daß er noch ihrer Ansicht eine hat. Bei Rippe aber hat man bloß mit den anderen Mitleid, weil sie so etopetete sind. Nicht nur seine Partnerein fängt am Ende an, sich jener Wendung zu bedienen und Rippe rednerische Lieblingsgebärde — mit rüdwärts gebogenem Daumen am Gesicht des anderen möglichst nahe vorbei — ihm nachzumachen, sondern auch das Publikum — soweit es nicht aus gar zu feierlichen Exemplaren besteht — kann kaum umhin, sich in diesem hgr.

Filmchau

Nach einem Kriminalroman Paul Rosenhayns ist Die glühende Gasse zu einem Film geworden, in den einfach alles hineingepaßt wurde, was den biedersten Gaumen bürgerlichen Durchschnittsgeschmacks ablehen kann. Liebe und Kriminalität, Verbrechen und Gericht, Epochen der Gesehenschaft und seine tangenber Bewegung, Jurist Kaprita, um als Gesellschaftsdokument gewertet zu werden, voller Reiferfekte, und darum immerhin spannend. (Anteatum.)

Neben guten und schlechten Filmen, neben konventionellem Festhalten an der filmischen Gesellschaftslehre und neben Versuchen, ideologisch und technisch Keulend für den Film zu gewinnen, läuft unbehört in harter Gleichform der Wildwüchsigkeit. Er hat sich seit 15 Jahren kaum geändert und wird sich in absehbarer Zeit nicht ändern. Einer ist wie der andere. Im Schrecken von Colorado gibt es wie in unglücklichen andern eine Schwärze von Banditen der Steppe, die von einfachen, guten Menschen, unter denen einer mit Schmutz von Lebensensgröße hervorragt, bekämpft werden. Ich halte Filme dieser Sorte für weniger schuldig als die verlogenen Gesellschaftsfilme, weil sie den vornehmsten keinen Anspruch darauf machen, als Bild des Lebens genommen zu werden. H.



Der Abreißkalender

Nichts geht doch über einen schönen Abreißkalender! Zum Jahresanfang habe ich so ein herrliches Exemplar in die Hand gedrückt bekommen. In ihm sind außer den 366 Tagen noch verschiedene Gedächtnistage, täglich ein Räthselzettel und Stimmprüfungen enthalten. Es ist doch erhehend, wenn man am frühen Morgen, ehe man zur Arbeit rennt, mit nüchternem Magen den Zettel abreißt und den Tagespruch liest: „Mit rüstiger Arbeit und rüstigem Beinen versuche die Versuchung und trohe den Räten.“ Du kommst dann nicht mehr in die Versuchung, es auch einmal so gut haben zu wollen wie vielleicht dein „Brother“, der sich um diese Zeit noch im schönen warmen Bett auf die andere Seite wälzt. Der hat aber auch bestimmt nicht so einen schönen Kalender in seinem Arbeitszimmer hängen. Hätte er einen, so würde er den Spruch kennen: „Morgenstunde hat Gold im Munde!“ Für ihn hat allerdings Morgenstunde Gold im Munde; denn während er noch schläft, verdienen seine Arbeiter für ihn einen schönen Klumpen Gold.

Solltest du aber dennoch darüber nachdenken, so bringst dich der nächste Spruch gewiß auf die rechte Bahn, der da lautet: „Ihr Knechte, seid gehorsam euerem selbstlichen Herrn mit Furcht und Zittern!“ — — — Sonst kommt ihr nicht in das Himmelreich. Wenn ihr dann im Himmel seid, da wird euch euer selbstlicher Herr bestimmt nicht begegnen; denn es steht auch im Kalender geschrieben: „Eher wird ein Kamel durch ein Nadelohr gehen, als daß ein Reicher in den Himmel kommt!“

Über mein Kalender hat noch mehr Eigentümlichkeiten. Am 27. Januar steht unter Gedächtnistagen: „Kaiser Wilhelm II. geb.“ Ich dachte bestimmt, daß mein Kalender einige zehn Jahre nachgeht. Doch nein, er war richtig ausgezogen und zeigte das Jahr 1928, also das 10. Jahr der Republik an. Komisch, komisch, dachte ich und ließ die Blätter durch meine Hand gleiten. Und da fällt mein Blick wieder auf einen Gedächtnistag: „31. Mai 1918, Seeberg am Saigerath.“ Darunter als Spruch: „Lasset die Kindlein zu mir kommen.“ Am 15. Sept. 1882, U-Boot-Feld Webdigen geb. — Spruch dazu: „Wir sollen Gott fürchten und lieben, daß wir unserem Nächsten kein Schaden noch Leid tun, sondern ihm helfen und fördern in allen Leibesnöthen.“

Kun suchte ich den 9. November, neugierig, ob da als Gedächtnistag etwas aufgeführt war. Vergebens! Dafür aber stand unter dem 17. November: „Verkundung der letzten Gesetzgebung. Thronrede Wilhelms I. 1881.“

Noch etwas ist mir mit diesem Kalender passiert. Es war eines freitags Morgen. Meine Frau teilte mir mit, daß ihr Wirtschaftsgeld alle wäre und sie nicht wüßte, was sie machen könnte. Da ich gerade den Kalenderzettel abreißte, sehe ich nach der Rubrik „Räthselzettel“. An diesem Tage müßte es aber, nach dem Willen des Kalenderfabrikanten, „Helschuppe mit Leberwässchen, gedämpfte Kalbsniere mit Bratkaroffeln und Kompott“ geben. Der Spruch darunter lautete: „Arbeit, Mühe, Schweiß und Frost, sind des Ruhmes und der Tugend Kost.“

Also brauche ich nicht gedämpfte Kalbsniere! Wetter, den nächsten Tag: „Laprotoluppe — Schleie: blau gebrüht mit Meerrettichsauce und Kartoffeln — Sacherort.“ Nächster Tag: „Weinsuppe — Gedämpfte Wildentente mit Olivenauce — Kartoffeln — Vanillecreme.“ Am Sonntag: „Legierte Griesuppe — Gebratener Truthahn — Salat — Kompott — Kartoffeln — Verschiedenes Obst — Konfekt.“ — Sprüche dazu: „Des Gottesfriedens Heimat ist das Haus!“ — „Nichts lockert mehr der Reigung zarte Bande, als Sorgen um des Lebens Unterhalt.“ — „Spars in der Zeit, so hast du in der Not!“

So und ähnlich ging es sämtliche 366 Tage hindurch. Speisen, die ich nicht dem Namen nach kannte, geschweige denn jemals gegessen hätte, waren verzeichnet, und ich konnte mir an diesem Tage nicht mal eine Kartoffelsuppe leisten. In diesem Kalender wurde mir die ganze kapitalistische Weltordnung offenbart.

Für die herrschende kapitalistische Klasse das Wohlleben und Gelingen! Für das Proletariat aber die „schönen“ Bibels- und sonstigen Sinnprüche.

Als ich das an dem Kalender erkannte, wollte ich ihn ins Feuer werfen. Dann unterließ ich es aber und gab ihm einen guten Platz. Ich habe es mir überlegt. Nichts kann uns täglich mehr an die Klassenunterschiede in der „göttlichen“ kapitalistischen Weltordnung erinnern, als so ein Kalender. Kofra.

Gefährdung des städteigenen Wohnungsbaues

Viele Tausende Leipziger Einwohner warten seit Jahren auf Zuweisung einer eignen Wohnung, und jede Verzögerung im Wohnungsbaue schreit den Termin hinaus, an dem die ersehnte Wohnung bezogen werden kann. Neben den Baugenossenschaften ist es vor allem die Stadt, die mit Hilfe der Mittel aus der Aufwertungssteuer in Höhe von 85 Prozent der Baukosten und durch Zuschuß der reichlichen 15 Prozent aus städtischem Stammvermögen den Wohnungsbaue durchgeföhrt hat. Für das Jahr 1928 stehen nun der Stadt aus der Aufwertungssteuer 13 Millionen Mark zum Bau von Wohnungen zur Verfügung. Sie verfügt aber nicht mehr über die notwendigen Mittel aus dem Stammvermögen, um die städtischen Zuschüsse in Höhe von rund 7 Millionen Mark aufbringen zu können. Die Stadt erhält für den Wohnungsbaue keine Anleihen. Sie bekommt nicht einmal die notwendigen Kredite, um die sonstigen wichtigen städtischen Aufgaben zu erfüllen. Um nun die fehlenden Gelder für den städtischen Wohnungsbaue zu erhalten, soll bekanntlich nach den Vorschlägen des Rates eine Wohnungsfürsorge-Gesellschaft m. b. H. gegründet werden, damit die Kreditbeschaffung für den städteigenen Wohnungsbaue erleichtert werden kann. Nach dem vorgeschlagenen Gesellschaftsvertrag der „Wohnungsfürsorge-Gesellschaft m. b. H.“ und nach den Äußerungen des Rates besteht keine Gefahr, daß der städtische Wohnungsbaue oder die städtischen Wohnungen und Grundstücke in die Hände Privater gespielt werden könnten. Die Wohnungsfürsorge-Gesellschaft m. b. H. soll nur ermöglichen,

Vom echten und vom Elektropferd

Als die heutige ältere Generation noch in den Rinderschulen saß, fehlten das Schaukel- oder Stedenpferd, das Herdspiel und die Weische wohl selten unter dem Spielzeug. Die heutigen imitierten mit knapp einem Jahr schon tausend sämtliche Geräusche des Autos und kennen das Pferd nur noch als interessante Seltenheit. Die nächste Generation wird mit drei Jahren die ersten Segelflüge unternehmen und das Pferd erst auf der Schule als Boten, oder in Museen oder Zoologischen Gärten als aussterbendes Haustier der Altvordern kennenlernen.

Es ist ein sympathischer Zug an den Technikern, daß sie diesem Opfer ihres Vordringens wenigstens ein bedeutsames Denkmal in der Technik selbst gesetzt haben: die „Pferdestärke“ (PS). Was sie bedeutet, wissen wir heute alle, denn im täglichen Leben haben wir in zunehmendem Maße damit zu tun. Vor allem der Nachfolger des Pferdes, der Motor im Auto, wird stets nach seinen Pferdestärken bezeichnet, wobei — damit auch die einfache Sache sich etwas komplizierter und mysteriöser anhört — feststimmte Zahlen, wie 8/40 PS Infolge einer eigenartigen steuerlichen Bestimmung die zu versteuernden (8) und die tatsächlichen (40) Pferdestärken angeben. Bisweilen sagt man auch „Pferdekraft“, aber das Wort „Stärke“ ist zweifellos besser. Man muß nämlich wissen, daß Wissenschaft und Technik derartige Begriffe ganz genau festlegen und daß es daher oft viel zum Verständnis beiträgt, wenn man sich an die technisch richtige Ausdrucksweise hält. Eine Kraft ist offenbar dasjenige, was irgendwelche Arbeit leistet, Widerstände überwindet, sich in Bewegungen von Dingen äußert. Die Stärke aber ist ein Ausdruck für das Maß der Kraft, für die Leistungsfähigkeit des Kraftspenders. Diese soll ja bei einem Automobil angegeben werden; sie ist das wichtigste bei allen Kraftmaschinen. Der Ingenieur muß wissen, welche Energien er aus der Maschine herausheben kann, was sagt ihm die Angabe der Leistungsfähigkeit: 10, 100, 10 000 Pferdestärken; die Maschine selbst so viel wie 10, 100, 10 000 Pferde leisten könnten. Das ist natürlich ein sehr behäbiger Begriff; die Technik so festgelegt hat: eine Pferdestärke vermag in einer Sekunde 75 Kilogramm einen Meter hochzuheben oder irgendeine entsprechende Leistung zu vollbringen. Damit läßt sich schon eher etwas anfangen, und die Techniker auf der ganzen Welt können sich miteinander genau verständigen.

Mit dem Vordringen der Elektrizität ist nun eine andere Bezeichnung neben die Pferdestärke getreten, die wahrscheinlich noch populärer werden wird, aber bei weitem nicht so begrifflich klar ist: das Watt. Das ist auch bedauerlich für das gute alte Pferd, aber der gute alte Watt als Erfinder der Dampfmaschine hat schließlich auch ein Anrecht auf unser Gedächtnis. Also: ein Watt ist im Prinzip dasselbe wie eine Pferdestärke, nur ist es viel kleiner. 736 Watt sind 1 PS. Bisher rechnet man vor allem in der Elektrotechnik nach „Watts“, und weil das in vielen Fällen allzu große Zahlen geben würde, hat man für 1000 Watt die Bezeichnung: 1 Kilowatt (kw) eingeföhrt. Ein Kilowatt ist also ungefähr soviel wie 1/3 PS, und um das gute Pferd wieder zu Ehren zu bringen, hat man dafür auch die Bezeichnung „Elektropferd“ vorgeschlagen. Die Watts und Kilowatts beginnen nun tatsächlich im Alltag, vor allem

daß auch in den nächsten Jahren durch Inanspruchnahme von Krediten die Stadt weiter eigene Wohnungen bauen kann.

Die Bürgerlichen sind die schärfsten Gegner der „Wohnungsfürsorge-Gesellschaft m. b. H.“, weil sie den städteigenen Wohnungsbaue verhindern wollen, um die Mittel aus der Aufwertungssteuer vor allem den Privaten zuzuföhren zu können. Der ablehnende Standpunkt der Bürgerlichen ist also verständlich, nicht aber die ablehnende Haltung der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion. Nach der Stellungnahme des Leipziger Kommunistenrates und der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion wird diese in der morgigen Stadtverordnetenversammlung, in der die Ratssvorlage behandelt werden soll, die Städtische Wohnungsfürsorgegesellschaft ablehnen. Von kommunistischer Seite wird behauptet, daß durch die Städtische Wohnungsfürsorge-Gesellschaft m. b. H. der Wohnungsbaue den Privaten zugunsten werden soll und der kommunistische Stadtverordnete Schneller verzapft darüber im Leipziger Rudelfächchen u. a. folgendes:

„Der Rat rechnet darauf, daß die Vorlage abgelehnt wird, um dann alle Mittel dem privaten Wohnungsbaue zuzuföhren zu können.“

Wenn dies die Absicht des Rates ist, dann müssen die Kommunisten der Ratssvorlage zustimmen, um das zu verhindern, was nach Herrn Schneller von Ratssseite beabsichtigt ist. Über auf ein geistiges Salto mortale kommt es den lokalen Kommunistengruppen nicht an. Sie müssen eben immer eine andere Politik, als die Sozialdemokraten treiben, um auf diese Schimpfen zu können. Selbstverständlich sind die Kommunisten nicht so dumm und lehren ohne weiteres die Wohnungsfürsorge-Gesellschaft ab, sondern sie haben verständliche Anträge gestellt, in denen u. a. verlangt wird, daß der Aufsichtsrat und der Vorstand der Gesellschaft nur mit Vertretern der Sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei besetzt werden. Mit einer solchen Forderung glauben sie bei den Arbeitern ihr Zusammengehen mit den Bürgerlichen gegen die Städtische Wohnungsfürsorgegesellschaft rechtfertigen zu können. Würde der kommunistischen Forderung zugestimmt, dann würde der Rat Einspruch erheben und die Inanspruchnahme der städtischen Wohnungsbauarbeiten wäre auf lange Zeit verzögert. Es kommt aber darauf an, daß sofort die diesjährigen städtischen Wohnungsbauten in Angriff genommen werden, was durch die Gründung der Wohnungsfürsorge-Gesellschaft m. b. H. erreicht werden kann. Die Sozialdemokraten können den kommunistischen Anträgen nicht zustimmen, weil sie der Stadt die 13 Millionen Wohnungsbauarbeiter sichern und die schleunigste Fertigstellung von 1225 Wohnungen wollen. Das Verhalten der Kommunisten bedeutet die Gefährdung des städteigenen Wohnungsbaues. Wenn wirklich ohne die Wohnungsfürsorge-Gesellschaft m. b. H. von der Stadt noch Mittel zu Baumaterialien aufgebracht werden sollen, so werden die Bauarbeiten auf ungewisse Zeit verschleppt. Die Folge ist, daß mehrere tausend Bauarbeiter in Leipzig durch die Schuld der Kommunisten vorläufig arbeitslos bleiben. Die Kommunisten führen auch einen Schlag gegen die Städtische Baugesellschaft, die die Bauausführung eines großen Teils der städtischen Wohnungsbauten übertragen erhält. Die Bürgerlichen aber freuen sich, diebisch über die Kurzsichtigkeit der Kommunisten, die den bürgerlichen Kampf gegen den städteigenen Wohnungsbaue unterstützen und der Städtischen Baugesellschaft mit helfen, Schwierigkeiten zu bereiten. Wie so oft verjagen die Kommunisten wieder in einer die Arbeiterschaft, insbesondere aber die Wohnungslosen stark interessierenden Angelegenheit. Ob denn nun jene, die heute noch den Kommunisten nachlaufen, bald erkennen, daß sie nur als Hilfsmänner den Bürgerlichen im Kampfe gegen die Interessen der Besitzlosen ihre Unterstützung leihen?

im Leben der Hausfrau

eine bedeutende Rolle zu spielen. Ihre Wohnzimmerlampe trägt ein oder zwei 60-Watt-Lampen; ihr Heizkissen hat 50 Watt, ihr Bügeleisen 400—600 Watt. Ja, was hat das mit dem Pferd zu tun? Was tut denn die 1/3 oder 1/4 oder 1/2 Pferdestärke in der Lampe, dem Heizkissen, dem Bügeleisen? — Genau genommen: sie verbraucht Strom. Oder richtig erklärt: damit ich ein Bügeleisen mit 600 Watt „Anschlußwert“ gebrauchen kann, muß das Elektrizitätswerk eine Kraftmaschine von 600 Watt oder etwa 2/3 PS Leistungsfähigkeit für mich laufen lassen oder, weil es ja größere Maschinen im Betrieb hat, mir 500 Watt davon abgeben. Das tut es, indem es mir eine Steckdose ins Zimmer legt und mir gestattet, 500 Watt daraus zu entnehmen. Mit diesen 500 Watt könnte ich z. B. einen großen Küchenmotor oder ein paar Staubsauger betreiben, und ich würde dann wirklich sehen, wie die 1/2 „Pferdestärke“ sich betätigt. Das Bügeleisen leistet eine andere, unsichtbare Arbeit: es erzeugt Hitze, wozu ich entweder Kohle oder einer entsprechenden Menge Elektrizität benötige. Ebenso ist es beim Heizkissen und in der Glühlampe, wo mit der Wärme zugleich Licht erzeugt wird. Für alles das braucht man Energie, und die Wattzahl sagt mir, welche Energieleistung benötigt wird. Das ergibt dann auch zwangsläufig den Stromverbrauch. Wenn ich mein Bügeleisen mit 600 Watt oder, wie man auch sagen kann, 1/3 Kilowatt eine Stunde lang benutze, so habe ich 1/3 Kilowattstunde (kwh) gebraucht, und mein Zähler hat das aufgezeichnet; am ersten muß ich sie bezahlen. Für das Geld, das eine ganze Kilowattstunde kostet, kann ich also 2 Stunden Bügeln oder 20 Stunden lang ein Heizkissen benutzen, oder 17—18 Stunden lang meine 60-Watt-Lampe brennen. Deshalb ist es wertvoll, immer zu wissen, wieviel Watt oder Kilowatt ein elektrisches Gerät aufnimmt. — Wir sagten, daß das Elektrizitätswerk gestatten muß, 500 Watt aus der Steckdose zu entnehmen. Das Werk gestattet das natürlich sehr gern, denn es will ja recht viel Strom verkaufen. Trotzdem gibt es da manchmal eine kleine Schwierigkeit. Die Wattzahl berechnet sich nämlich aus der Spannung, mit der der Strom in das Gerät eintritt, und der Stromstärke, die in dem Gerät entwickelt wird. 500 Watt sind also 100 Volt Spannung mal 5 Ampere Stromstärke oder 200 Volt mal 2 1/2 Ampere. Die Spannung wird nun immer gleich geliefert, meist mit 110 Volt oder in andern Gegenden mit 220 Volt, wie die Stadtwerke Leipzigs. Die Stromstärke ist aber je nach der Wattaufnahme verschieden. Bei 110 Volt verbraucht das Heizkissen, das 50 Watt aufnimmt, 50:110 gleich etwa 1/2 Ampere, das 600-Watt-Bügeleisen aber etwa 5 Ampere. Das ist schon ein recht starker Strom, und die Leitungsdrähte müssen schon entsprechend dick sein, damit sie nicht heiß werden. Die Steckdosen enthalten deshalb auch Sicherungen, die bei 4 oder 6 Ampere durchschmelzen, und auch am Zähler befinden sich derartige Sicherungen. Sie sollen verhindern, daß zu starke Ströme verwendet werden. Wo 110 Volt herrschen, kann man ein 600-Watt-Bügeleisen nicht ohne weiteres an die gewöhnliche Lichtsteckdose anschließen, weil diese oft nur mit 4 Ampere gesichert ist und bei den 5 Ampere des Bügeleisens durchbrennt. Wo dagegen 220 Volt liegen, kann nichts geschehen, denn 500 Watt bedingen hier nur ungefähr 2 1/2 Ampere.

Eigentlich aber doch schade, daß man im Haushalt immer von Watt und Kilowatt und nicht von Pferdestärken spricht; es würde uns dann viel mehr zum Bewußtsein kommen, was für Kräfte sich im modernen Haushalt betätigen.

Hermine und die Reichsbahn

Die monarchistisch angehauchten Spießer und Fürstentochter konnten sich vor einigen Tagen wieder einmal besonders geehrt fühlen, als eine „hohe Frau“ in höchstweiser Person in Leipzigs Mauern weilte. Die zweite Frau des Holzhackers von Doorn, Hermine, war als Kaiserin und Königin im Hotel Astoria abgeblieben und hatte die Zimmer 301 bis 304 bezogen. Es gibt aber nicht nur unter dem Leipziger Spießertum immer noch viele, die vor einem davongelagerten früher regierenden Fürsten oder seiner Frau in Untertänigkeit erstarben, sondern auch bei der republikanischen Reichsbahngesellschaft gibt es noch Beamte, die zwar das Brot der Republik essen, aber starram monarchistisch bis auf die Knochen selbst im Dienst sind. Als „Ihre Majestät“ Hermine „geruhte“, wieder von Leipzig abzufahren, und zwar mit Salonwagen, war es ein Oberinspektor K. von der Reichsbahn, der Herminden vom Astoria-Hotel abholte und sie zum Zuge geleitete. Ein Eisenbahnführer B. konnte sich nicht genug tun, um in der Bahnhofswartehalle für Hermine Platz zu schaffen. Ganz wie zu Wilhelm's Zeiten machte, wie jeder Fürstentochter, der monarchistromme Eisenbahnführer mit der Hand an der Hüfte eine Verbeugung vor des Holzhackers Frau. Auch der Herr Oberinspektor leistete sich trotz seiner Körpergröße einen recht eleganten Handkuß. Wenn Lächerlichkeit tödtet, lebten die beiden latente Beamten der Reichsbahn sicher nicht mehr. Die zweite Frau von Wilhelm ist nicht anders von der Reichsbahn oder ihren Angestellten zu behandeln wie jeder andere gewöhnliche Sterbliche. Ist es wahr, daß ihr ein Salonwagen zur Verfügung gestellt wurde? Wie konnte sich der Herr Eisenbahnoberinspektor erlauben, Hermine durch einen besonderen Eingang unter Umgehung der Bahnsteigsperrre auf den Bahnsteig zu lassen? Und wer gab dem Herrn das Recht, daß der Eisenbahnführer dienstlich Reisende beiseite schob, um den Weg für Hermine freizumachen? Handeln die beiden Eisenbahnbeamten auf höhere Weisung oder aus eigener Nachvollkommenheit? Wir erwarten, daß sich die verantwortliche Reichseisenbahnbehörde dazu äußert.

Mord- und Selbstmordversuch

Vergangene Nacht gegen 24 Uhr wurde in Sellerhausen, Schützenaustr. 4, ein 55 Jahre alter Schuhmacher in einer Wohnung mit seiner Geliebten gasvergiftet aufgefunden. Die Frau war tot, der Mann gab noch schwache Lebenszeichen von sich und wurde nach dem Krankenhaus St. Jakob gebracht. Er ist noch nicht vernunftfähig. Zweifellos liegt Mord und Selbstmordversuch vor, die Untersuchung wird ergeben, von wem der Gasbahu geöffnet wurde und ob beide in selbstmörderischer Absicht gehandelt haben.

Sich selbst getötet

In der Nacht zum Sonntag gegen 24 Uhr wurde in den Geschloßräumen eines Buchhandelsbetriebs der Geschäftsführer mit einem Schuß im Kopf tot aufgefunden. Auch der Gasbahu in dem Lokal war geöffnet. Die Untersuchung hat ergeben, daß Selbstmord vorliegt. Die gerichtliche Section der Leiche wird noch Bestimmtes feststellen.

Im Streit mit dem Feuerhaken verlegt. In der Dreißtendstraße in L.-Lindenau kam es am vergangenen Sonntag zu einem Streit zwischen einem Arbeiter und seiner Geliebten, in dessen Verlauf der Mann mit dem Feuerhaken auf die Frau einschlug. Sie wurde in der Hüftengegend durch die Spitze des Feuerhakens erheblich verletzt.

Kulturpolitische Wacktpolitik

Grüber spricht in öffentlicher Versammlung am Donnerstag, dem 19. Januar, 20 Uhr im Zentral-Theater, Goltzschestraße, Frau Prof. Anna Clemens, Jena. SPD. Groß-Leipzig.

Grüber spricht in öffentlicher Versammlung am Donnerstag, dem 19. Januar, 20 Uhr im Zentral-Theater, Goltzschestraße, Frau Prof. Anna Clemens, Jena. SPD. Groß-Leipzig.

Wo ruft die Pflicht?

Ordnungsstellen der SPD, Groß-Leipzig.
Der Berichtbogen zum Geschäftsbericht muß umgehend dem Sekretariat zugehen.

Funktionäre.

Zweinaudorf, Donnerstag, den 19. Januar, 19.30 Uhr, im Gasthof.

Schönefeld. Heute abend in der Bibliothek Funktionärstagung. Neuere Westzeitung und Gewerkschaftsartikel Marktschäfer. Der Rufus des Gen. Walter Kiehl: Vom Kommunismus zum Kapitalismus beginnt Donnerstag, den 19. Januar, 20 Uhr, im Volkshaus, Marktschäfer. Wir erwarten zahlreiche Beteiligung.

Flagwitz-Lindenauschleifig. Morgen Mittwoch, 20 Uhr, im Schloß Lindenauschleifig (Kartellhaus): Wichtige Sitzung. Das Erscheinen aller ist notwendig.

Frauen.

Stütz und Paunsdorf. Die Genossinnen veranstalten am Mittwoch, den 18. Januar, 20 Uhr, einen gemeinsamen heiteren Frauenabend im Restaurant zum Stern, L. Paunsdorf, Hugo-Schneider-Straße 1. Die Genossinnen von Stütz treffen sich 19.30 Uhr an der Poppel. Die Genossinnen von Paunsdorf 19.30 Uhr am Arbeiter-Turnheim.

Windenthal. Donnerstag, 19. Januar, 20 Uhr, im Katschler: Vortrag des Genossen Zeiler: „Ist die Ehe eine göttgewollte Einrichtung?“

Schule.

Elternratsbesuche, die ihren Tätigkeitsbericht noch nicht eingeleistet haben, müssen dies sofort tun. Elternratszentrale.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Schnitz. Mittwoch, den 18. Januar, 20 Uhr, Heiserführung im Heim. Wichtige Tagesordnung.

NSD.

Sprech- und Bewegungchor. Die nächste Probe zum „Geistlichen Mensch“ findet morgen Mittwoch in der 1. Volksschule, Pestalozzistraße statt. Am kommenden Sonntag wird das Werk im neuen Theater aufgeführt. Wir haben nur noch wenige Tage zum Proben frei; erscheint deshalb alle am Mittwoch zur Probe.

Mitglieder-Veranstaltungen

Golzhausen. Sonntag, den 22. Januar, 15 Uhr, bei Krausch: Generalsversammlung.

Wühl-Ehrenberg. Morgen Mittwoch, 20 Uhr, in der Grünen Wue. Vortrag des Genossen Klein über „Arbeiterwohlfahrt“ und Gründung einer Ortsgruppe.

Die Revision Rudolfs verworfen

Der durch die Verarbeitung von verdorbenem Fleisch zu Wurst bekanntgewordene Fleischermeister Rudolph, der in erster und zweiter Instanz zu acht Monaten Gefängnis, 1800 Mark Geldstrafe und drei Jahren Ehrenverlust verurteilt worden ist, hatte gegen das Urteil Revision eingelegt, über die heute vorm Reichsgericht verhandelt wurde. Das Reichsgericht hat die Revision verworfen und damit ist das Urteil rechtskräftig geworden.

Gemeinschaftliche Sitzung der Stadtverordneten und des Rates. Mittwoch, den 18. Januar, 18 Uhr, im Stadtverordneten-Sitzungssaal, Neues Rathaus. Tagesordnung: Einigungsverfahren wegen der Zuschüsse an Einrichtungen der freien Wohlfahrtsvereine. Anschließend öffentliche Sitzung der Stadtverordneten. Tagesordnung: 1. Unterstützung von Notstandsarbeitern in Burgstädt-Burkersdorf. — 2. Winterhilfsmassnahmen für Kriegsbeschädigte usw.; Weihnachtsbeschlüssen des Fürsorgeamts. — 3. Errichtung einer Gesellschaft zur Finanzierung des städtischen Wohnungsbauwesens usw. — 4. Begebenheitsfall 4. Vieh- und Schlachthof (Entlastungsanlage für das Maschinenhaus usw.); Endkosten der Straßenbahn; Straßenbahnverbindung mit L. Anger-Crottendorf und Endstelle in der Zweinaudorfer Straße. — 5. Verwendung des Ueberflusses beim Vermietungsamt (Einspruch); Beteiligung der Stadtgemeinde an der Gemeinnützigen Deutschen Hausrat-Gesellschaft m. b. H.; Richtlinien für den Hirtensold. — 6. Lehrerentlohnungsfrage; Lehrerstellen an den höheren Lehranstalten; Stundenpläne der höheren Gewerkschule für die Metallindustrie an den Technischen Lehranstalten usw.; 81. Nachtrag, betr. Unterrichtsgänge und Wanderungen in den Berufsschulen, zur Schulordnung der Stadt Leipzig; Gartenschulheime; Schulgärten der 9. und 10. Volksschule; Straßenbahnfahrten von Schülern; Schulreinigung usw.; Zuschüsse an Privatmädchenschulen. — 7. Einspruch gegen die Wahl eines Mitglieds in den Verwaltungsrat für die technischen Werke; 8. 1. der Geschäftsordnung für die gemeinnützigen Ausschüsse. — 8. Kaufwege; Ausbau des Leusch-Wehner-Bages; Ausbau von Straßen nördlich der Silberhäger Straße; Entschädigung von Land zur Zweinaudorfer Straße; Bebauungspläne; Erbbaugelände in L. Fritzsche und Leusch; Land an der Löbauer Straße; 1. städtische Bücherhalle (Bauliche); Mißstände im Viehheim; Straßentreinigung und Schneebeseitigung; Verbesserung der Straßentreinigung vor Schulgrundstücken; Instandhaltung der Schulgebäude usw.

In den Fahrstuhlhoch gekürzt. Im Grundstück Brühl 20 errichtete sich am Montag gegen 15 Uhr ein schweres Fahrstuhlunfall. Ein dort beschäftigter Markthelfer einer Stoffgroßhandlung wollte eine Karre auf die Fahrstuhne des Aufzugs schieben. Er überließ dabei, daß der Fahrstuhl nicht in der Höhe des Stockwerkes war und fuhr dadurch ins Leere. Der Mann stürzte mit seiner Karre etwa zwei Stockwerke tief in den Schacht. Durch die Feuerweh wurde der Markthelfer schwer verletzt geborgen und dem Krankenhaus zugewiesen.

Geflügelbetrug. In der Nacht vom 18. Januar 1928 wurden mittels Einbruchs aus einem Hühnerstall in einem Schrebergarten des Gartenvereins „Flora“, L. Großschöder, 8 Stück junge Hühner und 1 Hahn (Stallener) von verheerender Farbe gestohlen. Die Tiere sind vom Täter sofort abgetödtet und vermutlich in einem Sad fortgeschafft worden. Wahrnehmungen erbitet das Kriminalamt.

Deffentliche Jugendveranstaltung. Am Mittwoch, dem 18. Januar, 20 Uhr (Einloß 19.30 Uhr), findet im Saale des städtischen Jugendheims Leipzig-Mitte, Töpferstraße 2, III., ein Lieberabend statt. Lautenlänger Walter Kerschmar singt ernste und heitere Lieder zur Laute. Der Eintritt ist frei.

Volkshochschule. Vom Volsbildungsamt wird mitgeteilt: Da am Mittwoch, dem 18. Januar, die Universität aus Gründen der Verspätung geschlossen ist, müssen an diesem Tage alle Volkshochschulkurse ausfallen.

Ernterabende. 5. Volksschule, Mittwoch, den 18. Januar, 20 Uhr, im Schulsaal Kinderdarstellung, Gesänge, Sprechspiele, Theater. Kindereltritt 20 Pfg. — 48. Volksschule, Freitag, den 20. Januar, 20 Uhr, Lichtbildvortrag über „Rügen und Hiddensee“. (Herr Lehrer Fischer.) Gelangliche Darbietungen.

Leipziger Luftpostverkehr. Vom 18. Januar ab wird Leipzig von folgenden Luftpostlinien berührt: 1. über den Flughafen Scheibitz; Berlin—Leipzig—Jülich—Münster—München. Berlin—Leipzig—Erfurt—Frankfurt (Main). Dresden—Leipzig—Röln, Leipzig—Kassel—Dortmund—Essen—Mülheim. Bremen—Dannover—Leipzig—Chemnitz—Praag und Leipzig—Blauen (B); 2. über den Flughafen Leipzig-Motow: Leipzig—Zwickau (S)—Blauen (B)—Bayreuth—Jülich—Münster. Die Verkehrszeiten der Luftposten sind aus dem neuesten Periodicus der Luftposten, mit denen Leipzig in Luftpostverbindung steht, nach dem Stande vom 18. Januar zu entnehmen. Es wird auf Wunsch an den Postämtern kostenfrei abgegeben.

Freibank-Einkauf. Mittwoch: Freibank I Nr. 1701 bis 3600; Freibank II Nr. 1901 bis 3500. Ab 11 Uhr freier Verkauf.



Aus der Umgebung

u. Großpöna. Gemeindevorordnetenitzung. Der ersten Sitzung im neuen Jahre lag eine reichhaltige Tagesordnung vor. Die Wahl des Vorsitzenden und des Stellvertreters ging glatt von statten. Es wurden einstimmig gewählt: der bisherige Vorsitzende, Genosse Hefse, als Stellvertreter Genosse Wöner. Aus der erfolgten Rechnungslegung war ersichtlich, daß Einnahmen und Ausgaben mit 173.690,37 Mark bilanzieren; der Vermögenszuwachs ergab 56.850,98 Mark. Die gesamte Vorlage wurde dem Finanzauschuß zur Nachprüfung überwiesen. Gleichzeitig wurde beschlossen, dem Gemeindefürsorge-Komitee beizutreten. — Das im Ortsteil Oberholz gelegene Kläranlagenareal, welches bisher im Privatbesitz war, wurde mit einer Abfindung von 500 Mark durch Beschluß von der Gemeinde übernommen. Die Instandhaltung der Kläranlagen geht zu Lasten der Anlieger. Die Straßenbeseitigung und Unterhaltung wird durch Ortsgesetz geregelt. Mehrere Baugezeichnungen wurden befürwortet weitergegeben. — Zu dem schon vor dem Kriege geplanten Straßenbahnbau nach Liebertsdorf hatten die im Jahre 1918 amtierenden Gemeindevorordneten beschlossen, 500 Mark Beiträge zu gewähren und durch Vertrag geregelt. Durch Krieg und Inflation kam die Ausführung nicht zustande. In nächster Zeit soll mit dem Bau begonnen werden, und wird die Gemeinde ersucht, vorgenannte Beiträge abzuführen. In der Debatte zeigte sich, daß heute, nachdem die Gemeinde bedeutend mehr Einwohner zählt, die in der Mehrzahl in Leipzig arbeitslos und demzufolge gute Verkehrsverhältnisse bringender geboten sind, der Gemeinderat für Ablehnung plädiert. Die Gemeindevorordneten folgten aber den einschlägigen Anschauungen nicht und beschlossen einstimmig die Zahlung der Beiträge. — Eine rege Diskussion entspann sich über eine Eingabe der freiwilligen Feuerwehr, in der die Anschaffung von notwendigen Geräten gefordert wurde. In Anbetracht der mäßigen finanziellen Lage der Gemeinde wurde beschlossen, der Feuerwehr zu empfehlen, die Geräte anzuschaffen. Die zu benötigenden Mittel werden durch den Haushaltsplan 1928 gedeckt. — Der Bericht des Gemeinderates über Soll- und Istennahme der im Vorjahre beschlossenen Feuerwehrgesetze zeigte erhebliche Steuererlässe. Es wurde dem Gemeinderat empfohlen, diese Rückstände baldigst einzutreiben. — Eine Eingabe der Siedlung Oberholz, die Straßenbau-Sicherungshypothek an letzte Stelle zu setzen, wurde dahingehend geregelt, daß von Fall zu Fall die Gemeindevorordneten darüber entscheiden sollen. — Eine Entschädigung, die den Reubellischen Reichsschulgeheimtumsentschieden ablehnt, wurde einstimmig angenommen.

Anaushahn. In der letzten Schulausschulitzung wurde mit 8 gegen 2 Stimmen Protest gegen den Reubellischen Reichsschulgeheimtumsentschieden erhoben. Der Protest soll an den Vorsitzenden des Bezirkslehrervereins weitergeleitet werden. Die Herren, die für das Reubell-Produkt gestimmt haben, waren der Wühlensdorfer Paul und Guttenberg Berger. Letzterer führte in vollkommener Verkennung der Dinge aus, daß die Proteste nur aus parteilich-laborialen Gründen gemacht wurden. Die Genossen Heine und Löwe wiesen die Bergersche Verächtlichkeit zurück. Interessant waren die Ausführungen des Schulleiters Heiliger, der sich gegen die weltliche Schule und für Beibehaltung des Religionsunterrichts in der Schule erklärte, aber den Reubellischen Reichsschulgeheimtumsentschieden ablehnt.

In der anschließenden Bezirkschulvorstandssitzung wurde nochmals zu dem Reubellischen Entwurf Stellung genommen und das Ergebnis war zwei Stimmen für und zwei gegen den Entwurf. Auch hier waren es wieder Herr Paul und Herr Berger, die sich schuldig vor ihren deutschnationalen Parteifreund Reubell stellten. Herr Paul erklärte, daß die Zustimmung Simeingelichkeit ergeben habe, lehne er es ab, den Protest des Schulausschusses an den Bezirkslehrerverein weiterzugeben. Also Paul und Berger majorisieren die 8 Schulausschulmitglieder, die familiär Familienmitglieder sind, darunter 4 Lehrer. Ob die Herren Paul und Berger wirklich etwas von praktischer Aenderungszugung verstehen, möchten wir bezweifeln; es sind wohl beide verheiratet, haben aber keine Kinder. Während diese Herrschaften dauernd von der Zerrissenheit unseres Volkes schwafeln, sind sie es gerade, die schwere Zerrissenheit in die Kinder hineintragen. Das letzte Wort dürfte darüber noch nicht gesprochen sein.

ma. Tausch. Stadtverordnetenitzung. Als erster Punkt der Tagesordnung steht „Wahl des Stadtverordnetenvorstehers“. Von den Einparteiern wird der bisherige Vorsteher, der Kommunist Rochitz, wieder in Vorschlag gebracht, von den Bürgerlichen der Bürgermeister. Mit 10 gegen 8 Stimmen wird Rochitz wiedergewählt. Als Stellvertreter wird Genosse Schmidt (SPD) gewählt. Einstimmig wird Verwaltungspraktikant Starke II als Schriftführer und Verwaltungsbevollmächtigter als Stellvertreter bestimmt. Der Rat teilt mit, daß die Kabellieferung für die Verlegung der Stromleitungen an die Firma Siemens u. Schudert vergeben worden ist. Einstimmig beschließen die Stadtverordneten, den Antiegebetrag für Gas- und Wasserleitungsarbeiten in der Großpöner Straße in Wegfall zu bringen. Beschlossen wird, in die Gartenanlage des Schrebergartens Erholung an der Großpöner Straße die Wasserleitung einzulegen. Die Kosten werden etwa 4500 Mark betragen. Mit 14 Stimmen bei 5 Enthaltungen wird der Refraktor für die Bezirksfeuerwehreinheit vom 1. Dezember 1927 von 35 auf 40 Prozent der Gehaltsordnung nach dem Beispiel der Amtshauptmannschaft erhöht. Die Erhöhung der Höhe durch den Bezirk wird begründet, daß der Gehaltslohn von 45 auf 55 Mk. erhöht worden ist. Als Prüfer für die Stadtabrechnung 1928 werden Hamann (SPD), Seldemann (KPD) und Bulsch (bürgerlich) vorgeschlagen. Von der SPD liegt ein Antrag vor, der eine Aenderung von der neuen Schlichtungsanfrage fordert. Mit 18 gegen 8 Stimmen wird der Antrag angenommen.

In der nichtöffentlichen Sitzung werden verschiedene Darlehne zu Hausinstandsetzungen aus der Mietzinssteuer bewilligt, sowie 2 Mietskämpfe gutgeheißen. Abgelehnt wird die Uebernahme der Bürgerschaft für gewährte Hypothekendarlehen von der Landesversicherungsanstalt Sachsen. (Es muß versucht werden, beim Sächsischen Gemeindevorstand zu erzielen, daß die Landesversicherungsanstalt Sachsen von der Bürgerschaftsübernahme durch die Gemeinden Abstand nimmt. D. B.)

Marktschäfer. Van daktismus. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend sind in der hiesigen Park- und Marktschäfer einige Garteneinfassungen mit Gewalt beschädigt worden. Sachdienliche Wahrnehmungen wolte man der hiesigen Polizei zur Kenntnis bringen.

Arbeitsgericht

Dringende Aufträge sind kein Notfall, der Ueberstunden rechtfertigt!

Bei der Firma Nachtigal u. Sohn in Großstädteln war ein junger Former im Akkord beschäftigt. Am 5. Januar nachmittags teilte ihm der Chef mit, daß an diesem Tage wegen dringender Aufträge eine Stunde länger gearbeitet werden müßte. Nun hatte aber der junge Mann etwas zu erledigen, was er nicht aufschieben konnte oder wolte, und lehnte es daher ab, die geforderte Ueberstunde zu leisten, wozu er sich berechtigt glaubte. Der Unternehmer sah jedoch darin eine Dienstverweigerung und entließ ihn

willkos. Auf der Arbeitsbeschleunigung gab er als Grund für die Lösung des Beschäftigten an: „Wegen Verweigerung von Notstandsarbeit!“

Daraufhin erhielt der Former natürlich keine Erwerbslosenunterstützung, und auch die Möglichkeit, eine neue Stelle zu finden, war ihm sehr erschwert. Er wandte sich deshalb an den Metallarbeiterverband um Rat und klagte dann mit dessen Hilfe vorm Arbeitsgericht gegen Nachtigal auf Einhaltung der vierzehntägigen Kündigungsfrist oder Zahlung des entsprechenden Lohnes in Höhe von 80 Mk. Der Chef lehnte zunächst alles ab und betraf sich auf die Arbeitszeitverordnung, die ihm doch erlaube, an dreihalf Tagen im Jahre Ueberstunden machen zu lassen; die Bestimmungen des Tarifvertrags, die er im übrigen gar nicht kenne, seien für ihn nicht maßgebend, da er sie nie anerkannt habe. Immer sei er „draußen herumgelaufen, um seinen Leuten Arbeit und damit Brot zu schaffen“, und er empfinde es daher als besondere Bosheit, daß es einer von diesen fertig bringe, ihn, wenn gerade mal viel zu tun sei, aufsitzen zu lassen.

Genosse Kreisel vom Metallarbeiterverband wies demgegenüber auf die Allgemeinverbindlichkeit des Tarifvertrags hin, der unter anderem bestimme, daß die normalerweise 48 Wochenstunden umfassende Arbeitszeit mit Zustimmung der Betriebsvertretung auf 51 Stunden ausgedehnt werden dürfe. Dieses Einverständnis des Betriebsrates bzw. der Belegschaft sei aber von Herrn Nachtigal nicht eingeholt worden, ja er habe seine Leute nicht einmal rechtzeitig benachrichtigt, sondern ihnen erst kurz vor Arbeitsbeginn Bescheid gesagt. Ganz abgesehen davon gestehe die Arbeitszeitverordnung jedoch dem Unternehmer lediglich das Recht zu, Ueberstunden zu verlangen, verpflichte aber die Belegschaft in keiner Weise, sie auch zu leisten. Der Kläger sei also durchaus befugt gewesen, sie zu verweigern.

Nachdem dann noch der Richter, Dr. Graf, den Unternehmer belehrt hatte, daß er nur in dringenden Notfällen Mehrheit ohne vorherige Zustimmung seiner Leute anordnen könne, und daß dringende Aufträge nicht als solche zu betrachten seien, gab Herr Nachtigal bei und schloß mit dem Former einen Vergleich, demzufolge er diesen wieder einstellt und ihm als Entschädigung für die entgangene Unterstützung 10 Mk. zahlt. Daß er nicht die ganzen anderthalb Wochen vergüten muß, verdankt er lediglich dem Umstand, daß der Kläger im Betriebsbureau vor zwei Zeugen erklärt hatte, keine Ansprüche weiter stellen zu wollen, was in seinem Zeugnis die Bemerkung: „Entfallen wegen Dienstverweigerung“ ersetzt wurde durch den Passus: „Lösung erfolgte ordnungsgemäß“.

Ausbeutung von Kriegsbeschädigten.

Wir haben schon wiederholt auf die eigenartigen Formen hinweisen müssen, die in der Privatindustrie oftmals der Dank des Vaterlandes den Kriegsbeschädigten und Kriegesinteresseliebenen gegenüber annimmt. Heute sind wir wieder in der Lage, mit einem lehrreichen Beispiel aufzuwarten.

Der Druckereibesitzer Thalader benötigte eines Tages einen Hilfsarbeiter. Natürlich wünschte er eine leistungsfähige, geschulte Kraft; andererseits wolte er selbstverständlich so wenig als irgend möglich dafür ausgeben. Er stellte daher einen Kriegsbeschädigten ein, der bereits fünf Jahre lang bei einer Papierwaren-Großhandlung als Hof- und Lagerarbeiter beschäftigt gewesen war und die glänzendsten Zeugnisse mitbrachte, gestand ihm aber nur achtzig Prozent des tariflichen Lohnes zu. Tariflohn kann ich nicht zahlen, erklärte er. „Sie kriegen ja auch Rente! Sonst hole ich mir bloß einen Arbeitsursachen!“ Der Arbeiter protestierte wiederholt gegen diese Schlechterstellung, und da Herr Thalader sich der Erkenntnis nicht zu verschließen vermochte, daß weder die Tarifinstanzen noch das Gericht den von ihm für sein Verhalten geltend gemachten Grund anerkennen würden, mußte er den Umstand aus, daß der Kriegsbeschädigte „früher nur in einem Papiergeschäft, jetzt dagegen in einer Druckerei tätig“ sei, und behauptete, der Mann müßte ja erst angelehrt werden, könne also gar nicht den vollen Lohn beanspruchen. Da bekam es der Arbeiter endlich satt und brachte die Angelegenheit vors Gericht.

In der Verhandlung wurde der Unternehmer gar bald in die Defensive gedrängt. Der Rechtsbeistand des Klägers, Genosse Bene, vom Verband der graphischen Hilfsarbeiter, wies vor allem auf die völlige Gleichheit der Tätigkeit des Klägers in seiner früheren und jetzigen Stellung und auf dessen vorzügliches Zeugnis hin, das seine Tüchtigkeit als Lagerarbeiter besonders hervorhebt. Er erklärte weiter, daß Herr Thalader für kleinliche Engherzigkeit bekannt und daß die vorliegende Differenz nicht die erste sei, die mit ihm ausgefochten werden müßte. Sein Verhalten dem Kriegsbeschädigten gegenüber erweise sich lediglich als ein Versuch, einen Mann, der Jahre hindurch im Schützengraben gelegen und seine Gesundheit bei der Verteidigung der bekannten heiligsten Güter „gesehen“ habe, deshalb noch ganz besonders auszubeuten! Unter dem moralischen Druck dieser Vorwürfe bequimte sich Herr Thalader, der schon recht nervös geworden war, zu einem Vergleich: er wird dem Kläger bereits von der laufenden Woche ab den vollen Tariflohn zahlen. Eigentlich sollte man meinen, daß ein anständiger Mensch es überhaupt nicht fertigbringe, Opfer des Krieges in derart schmutziger Weise auszunutzen. Herr Thalader hält sich jedoch zweifellos für einen höchst ehrenwerten Mann, und mit Rücksicht auf gewisse Paragrafen des Strafgesetzbuches möchten auch wir eine gegenseitliche Ansicht nicht zum Ausdruck bringen.

Wetterbericht der Arbeiter-Turn- u. Sportvereine

- Dybin. 1 Grad C. plus, 10 Zentimeter Schneehöhe, vereist, Stk und Rodel möglich.
- Mittenberg-Gefling. 0 Grad, schwacher Schneefall, 20 Zentimeter Schneehöhe, 1 bis 2 Zentimeter Reuschnee, geförnt, Stk und Rodel möglich.
- Oberwiesenthal. 1 Grad C. minus, 5 Zentimeter Schneehöhe, 1 bis 2 Zentimeter Reuschnee, geförnt, Stk und Rodel auf Waldwegen.
- Richtelberg. 4 Grad C. minus, 41 Zentimeter Schneehöhe, 1 Zentimeter Reuschnee, vereist, Stk und Rodel auf Waldwegen.
- Johanngeorgenstadt mit Wiersberg. 1 Grad C. minus, 5 Zentimeter Schneehöhe, vereist, Stk und Rodel auf Waldwegen.
- Schöneck. 1 Grad C. minus, keine Sportmöglichkeit.
- Ripsdorf. 1 Grad C. plus, 8 Zentimeter Schneehöhe, 1 bis 2 Zentimeter Reuschnee, vereist, Stk und Rodel auf Waldwegen.
- Frauenstein. 0 Grad, 2 Zentimeter Schneehöhe, 1 bis 2 Zentimeter Reuschnee, keine Sportmöglichkeit.
- Annaberg-Böhlberg. 0 Grad, 4 Zentimeter Schneehöhe, 1 bis 2 Zentimeter Reuschnee, keine Sportmöglichkeit.
- Bad Gottschea. 3 Grad C. plus, Regen, keine Sportmöglichkeit.

Im Schließlichen Gebirge ist auch in den vergangenen 24 Stunden Reuschnee gefallen. Bis in mittlerer Lage herrscht Tauwetter. Die Sportverhältnisse sind daher nur von 800 Meter aufwärts gut. Auf dem Ramm des Riesengebirges liegt der Schnee bis 1,10 Meter hoch.

Volkshaus Leipzig
Spezialgerichte. Heute: Gedeckter Fleisch mit Remoulade und Kartoffelsalat 80 Pfg. Besondere Ringelringe mit 480 Pfg. — Morgen: Schweinekopf mit Remoulade und Kartoffelsalat 75 Pfg. Zwei Kalbendecken auf Rypoto mit Kr.tertunke 1,00

Sächsische Angelegenheiten

Ein getreuer Diener

Als das alte System am Ende des Krieges ins Wanken geriet, sahen sich die bedrohten Machthaber nach brauchbaren Stützen um. So wurde 1918 der damalige Angestellte des Deutschen Metallarbeiterverbandes Max Heldt, kurz vor dem Zusammenbruch, Minister in der Regierung des August von Gottes Gnaden in Sachsen. Nun brauchte eine solche Ernennung in jenen Tagen nicht unbedingt ein moralischer Matel für den Ernannten zu sein, sie hätte auch eine moralische Anerkennung der Macht der Arbeiterklasse bedeuten können. Aber im vorliegenden Falle hat die weitere Entwicklung gezeigt, daß die Männer um August die richtige Wahl für ihre Stühle getroffen hatten, wenn sich nur die Gottesgnadenherrlichkeit noch irgendwie hätte stützen lassen. Als die Revolution der Ministerschaft des königlich sächsischen Ministers ein Ende machte, begingen die Träger der Revolution in ihrer Vertrauensseligkeit neben vielen anderen Fehlern auch den, Max Heldt, den königlichen Diener, in den Dienst der Republik zu stellen. Heldt verstand es mit der ihm eigenen Anpassungsfähigkeit, einen Ministerposten in der republikanischen Regierung zu erhaschen. Seither ist Max der Held von Ewigkeit zu Ewigkeit, der alle Regierungskrisen und alle Kabinettswechsel überdauerte. Er war wie jenes sinnvolle Kinderpielzeug, das als Steinhäufchen bekannt ist, es konnte ihm nichts passieren, wenn eine Regierung vergangen und eine neue gewählt worden war, stand Heldt wieder mit in der Regierungsbank.

Wieso das möglich war, das enthüllt Heldt ungewollt in einem Artikel, den er für das „Sachbuch Sachsen 1928“ geschrieben hat. Wie gesagt, Heldt enthüllt sein Geheimnis ungewollt. Er schildert den Charakter der sächsischen Koalition von heute, er beschimpft die Zeigner-Regierung — der er selbst angehört, und gerade darin liegt das Geheimnis von Heldts Unvergänglichkeit. Heldt schreibt: „Die sächsische Regierungskoalition ist der Musterfall einer Regierung des Burgfriedens und der Volksgemeinschaft.“

Derselbe Heldt war Finanzminister in der Zeigner-Regierung, über die er jetzt schreibt: „Die freilich etwas gewaltsame Beseitigung der Zeigner-Regierung war die Rettung aus schwerer Not und Gefahr, wo das Reich durch Zeigner an den Rand des Abgrundes geführt worden war.“

Wie hat Heldt als Mitglied des Kabinetts Zeigner gegen die damalige Regierungspolitik Einspruch erhoben. Es ist ihm nicht eingefallen, dagegen zu protestieren, als das Reich angeblich durch Zeigner an den Rand des Abgrundes geführt wurde, er hat nicht daran gedacht, aus dieser Regierung auszusteigen! Als die damalige Regierung zur Abwehr der Gegenrevolution Mittel brauchte, war es der Finanzminister Heldt, der schließlich die Wege zeigte, wie das Geld beschafft werden konnte. Heute aber schreibt Heldt:

„Die Regierungspolitik des Kabinetts Zeigner war eine Durchkreuzung der Reichspolitik, eine verschleierte Rebellion gegen das Reich im Dauerzustand.“

Das ist der sächsische Koalitionsheld! Er war der getreue Diener von August. Dann ist er so, als diene er der Revolution. Als die Träger der Revolution 1923 blutig niedergeschlagen worden waren, stellte sich Heldt bedingungslos den neuen Machthabern zu treuesten Diensten zur Verfügung. Um seinen neuen Herren seine Zuverlässigkeit zu erweisen, besudelt er seine eigene Vergangenheit; er weiß und muß wissen, daß er sich mit seinem Geschreibsel selbst beschimpft.

Auf Heldt paßt der Vers: „Ein Mensch wie ich, was macht sich der daraus!“ Und in der Tat: Was kann ihm denn passieren? Bei der Arbeiterschaft, auf deren Rücken er emporgestiegen ist, hat er schon längst nichts mehr zu verlieren und bei seinen gegenwärtigen Herren ebensowenig, denn die wissen längst, was sie von ihm zu halten haben und sie schätzen ihn auch danach ein. Aber als erneute Ergebnissadresse des allergetreuesten Dieners nehmen die Herren das Bekenntnis gern entgegen. Und weil der Heldt bei dieser Gelegenheit auch noch allerhand postfaktische Gehirnerrentungen zeigt, haben seine Auftraggeber auch noch ihren Spaß dabei. Es ist eben keine Kleinigkeit, zu so verschiedenen Zeiten so verschiedenen Herren ein getreuer Diener zu sein.

Verluste der Kirche

Die Zeitschrift des Sächsischen Statistischen Landesamtes bringt einen Artikel von Oberregierungsrat A. D. Lommahs, der sich mit den Glaubensbekenntnissen der sächsischen Bevölkerung beschäftigt. Lommahs betont zunächst, daß absolut die Zahl der Anhänger der drei hauptsächlich im Freistaat Sachsen vertretenen christlichen Religionsgemeinschaften seit dem Jahre 1910 beträchtlich abgenommen hat.

Der Rückgang

betrug bei der evangelisch-lutherischen Kirche 4,42 v. H. und ist relativ genau so hoch für die lutherischen, fünfzehn Jahre, als wie er in der Zeit von 1884 bis 1910 gefunden wurde. Für Sachsen kam die Austrittsbewegung während der Jahre seit der Volkszählung von 1910 besonders in Betracht. Durch eingehende Feststellungen der Konfessionen der betreffenden Religionsgemeinschaften sind dafür die Nachweise erbracht worden. Aus den Angaben geht hervor, daß allerdings im Laufe der Jahre 1911 bis 1924 namhafte Uebertritte stattgefunden haben, daß aber dieser Zustuf bei der evangelisch-lutherischen und bei der römisch-katholischen Kirche weitaus übertrifft wurde durch die große Zahl von ehe-

maligen Angehörigen, die sich von dem betreffenden Bekenntnisse trennten.

Die evangelisch-lutherische Landeskirche verlor 249 506 Personen, das sind 5,54 v. H. der diesem Bekenntnisse im Jahre 1910 Angehörigen.

Die römisch-katholische Kirche büßte 18553 Personen oder sogar 8,36 v. H. ein.

Von dem Mehrbetrage der Austritte aus der evangelisch-lutherischen Landeskirche entfielen allein auf

die Jahre 1919 bis 1924

insgesamt 246 820 Personen oder 98,97 v. H., von denen aus der römisch-katholischen Kirche 15 082 oder 75,66 v. H., ein Nachweis, daß die römisch-katholische Glaubensgemeinschaft durch die Ereignisse dieser schwersten Jahre weniger berührt worden ist. Aber der Verlust, der den Katholizismus in Sachsen betroffen hat, entstand zu etwa einem Drittel durch Uebertritte zur evangelisch-lutherischen Kirche, während die Abnahme bei den Evangelisch-Lutherischen vorzugsweise durch Austritte erfolgte, die nicht einen Uebertritt in ein anderes christliches Glaubensbekenntnis zur Ursache hatten.

Die Evangelischen gewannen allerdings durch Uebertritte der bisher der römisch-katholischen Kirche und dem Judentum Angehörigen 7831 Personen, verloren aber an die reformierte Kirche 111, an andere christliche Bekenntnisse 10 854, dagegen an nicht-christliche Gemeinschaften insgesamt 246 172 Personen. Von der Gesamtzahl aller Austritte aus der evangelisch-lutherischen Landeskirche während der Jahre 1911 bis 1924, nämlich 278 090, entfielen 96,09 v. H. oder 262 584 auf Uebertritte zu nichtchristlichen Bekenntnissen.

Sehr aufschlußreich sind die Untersuchungen hinsichtlich der Bewegung innerhalb der einzelnen Glaubensbekenntnisse seit 1910. Auf 100 Evangelisch-Lutherische im Jahre 1910 kamen 98 im Jahre 1925, auf 100 Evangelisch-Reformierte im Jahre 1910 kamen 87 im Jahre 1925, auf 100 Römisch-Katholische im Jahre 1910 kamen 77 im Jahre 1925, auf 100 Israeliten im Jahre 1910 kamen 182 im Jahre 1925.

Der Verlust der Evangelisch-Lutherischen

beträgt also seit 1910: 1 v. H. der Evangelisch-Reformierten 13 v. H., der der Römisch-Katholischen 23 v. H. Dem stehen gegenüber mit Gewinnen die Israeliten mit 32 v. H. und die „Sonstigen Christlichen“ sogar mit 58 v. H. Vermehrung der Evangelisch-Lutherischen weisen die Kreisbauernschaften Baußen (plus 2 v. H.) und Chemnitz (plus 1 v. H.) auf, die Kreisbauernschaft Pöhl aber hat ein Minus von 2 v. H. zu verzeichnen.

Der Verfasser weist mit Recht darauf hin, daß der Uebertritt zu den Sektens besonders ins Auge fällt. Dieser Bewegung liegen sicherlich neben den rein religiösen auch politische, soziale, wirtschaftliche oder finanzielle Motive zugrunde.

Wenn alle die Kirchenmitglieder, die innerlich mit der Kirche gebrochen haben, auch äußerlich den Bruch durch Austritt aus der Kirche zum Ausdruck gebracht hätten, dann wären die Verluste der Christen noch viel stärker. Leider haben ja viele nicht den Mut, die Konsequenz aus ihrer Ueberzeugung zu ziehen, oder sie sind zu nachlässig, oder sie unterliegen den Hemmungen der Familie, der Bekanntheit, der Freundschaftskreise, manchmal auch der Nachbarschaft. Daß diese Säumnisse die Reaktion unterdrücken, wird ihnen oft genug nicht bewußt sein, obgleich es wahrhaftig kein Kunststückchen ist, den reaktionären Charakter der Kirche zu erkennen.

Wissenswertes vom Dresdner Polizeipräsidenten

Der Polizeipräsident Kühn von Dresden ist ein gestimmtes Mitglied der „Mittelschichten“. Das haben seine Freunde in der Koalition auch erkannt, denn ihrem Wirken ist es zu verdanken, daß Kühn bei der Besoldungsreform 4000 Mark Gehaltszulage bekam, obwohl für eine solche unerhörte Gehaltserhöhung kein sachlicher Grund vorlag. Die „Mittelschichten“ haben aber allen Anlaß, mit Herrn Kühn besonders zufrieden zu sein. Das ergibt sich aus folgenden Tatsachen:

1925 bezog das Polizeipräsidentium Dresden 12 Nummern der Dresdner Volkszeitung. Auf Veranlassung des Polizeipräsidenten Kühn wurden davon 8 Stück abbestellt, dafür wurden 7 Nummern vom Volksstaat, dem Organ der USP, bestellt. Das Polizeipräsidentium erhält demnach sieben Nummern vom Volksstaat und nur vier Dresdner Volkszeitungen. Wenn es nach Herrn Kühn gegangen wäre, würde die Volkszeitung nur in drei Exemplaren bezogen. Da aber die Kriminalabteilung nachwies, daß wenigstens noch ein Exemplar der Volkszeitung gebraucht würde, mußte noch die vierte Nummer bestellt werden.

Ein weiteres Beispiel für die antisozialistische Geschäftstüchtigkeit des Herrn Kühn ist folgendes:

Die Staatspolizeiverwaltung hatte angeordnet, daß Druckaufträge im freien Handel bestellt werden sollen. Darauf schrieb Herr Kühn auf die Beharungsanzeigen einfach „Volksstaat-Druckerei“. Soweit uns bekannt ist, sind Preisangebote von anderen Druckereien überhaupt nicht eingeholt worden. Offenbar erhält der Volksstaat die Druckaufträge reiflos, denn fast täglich, zum mindesten sehr oft, steht der Wagen vom Volksstaat vor dem Präsidentsium und bringt Lieferungen.

Wie sozial der antisozialistische Polizeipräsident Kühn den Beamten gegenüber handelt, zeigen folgende Vorgänge:

Vor Jahresfrist wurde ein Beamter durch Kündigung entlassen, weil er so „leischnüggig“ gewesen war, einige Schulden zu machen, was bei den schlechten Besoldungsverhältnissen der unteren Beamten gar nicht zu verwundern ist. Es soll sich um etwa 800 Mark Schulden gehandelt haben. Auf Bitten des Beamten wollte ursprünglich die Staatspolizeiverwaltung mit einem Aktivvorstoß einspringen. Dagegen ist aber vom Polizeipräsidentium in Dresden gearbeitet worden, so daß der Beamte entlassen wurde, obwohl er bereits eine ruhgehaltfähige Dienstzeit von 34 Jahren erdient hatte.

Ein anderes Beispiel betrifft zwei Gefangenenshausbeamte. Beide waren durch das Disziplinargericht entlassen worden, weil sie im Dienst ein Verhältnis mit einer Kasseerin unterhalten hatten.

Abgesehen hiervon hatten sie sich jederzeit ohne Tadel geführt. Die Entlassung bedeutete für sie den wirtschaftlichen Ruin. Beide gerieten in bitterste Not. Sie hatten viele Kinder und konnten ihres fortgeschrittenen Lebensalters keine Arbeit finden. Deshalb wandten sie sich an die Staatspolizeiverwaltung um Welterbeschäftigung bei einer anderen Behörde. Es fand sich auch in einer anderen Stadt ein Behördenvorstand, der bereit war, die beiden Beamten als Amtsgehilfen zu beschäftigen. Wegen dieser wohlwollenden Absicht erhob der Polizeipräsident Kühn Einspruch beim Ministerium; von der Einstellung der beiden wurde abgesehen. In diesen Fällen sollen ein reaktionärer höherer Polizeioffizier und ein Regierungsrat die treibenden Kräfte gewesen sein. Der Regierungsrat, der gegen untere Beamte wegen kleiner Verfehlungen ganz rücksichtslos vorging, mußte schließlich selbst nach auswärts abgehoben werden. Derselbe Regierungsrat kaufte vom Polizeipräsidentium auf Ratenzahlung aus der Sammlung eingezogener und beschlagnahmter Waffen ein Jagdgewehr (sog. Drilling) zum Preise von 70 Mark. Später hat jedoch die Witwe des früheren Eigentümers, da sie sich in sehr ungünstigen Vermögensverhältnissen befand, um Rückgabe der Waffe. Erst dadurch erlangte der Polizeipräsident Kühn Kenntnis von diesem „Handel“. Er hat allerdings mit seiner Meinung gegenüber dem Regierungsrat nicht hinter dem Berg gehalten, denn es war durch einen gerichtlichen Sachverständigen festgestellt worden, daß die Waffe mindestens 200 Mark wert war. Die Entlassung eines Disziplinargerichtes hat das damalige Ministerium des Innern (Minister Max Müller) abgelehnt. Ob es, falls ein unterer Polizeibeamter in Frage gekommen wäre, auch so glimpflich abgegangen wäre?

In den letzten Monaten wurden etwa 8 Reinigungsfrauen und Arbeiter beim Polizeipräsidentium Dresden eingestellt. Diese wurden auch nach und nach wieder entlassen, weil sie meistens in der Vorkriegszeit keine Verstrafungen erlitten hatten. So kleinlich verfährt dieses Polizeipräsidentium, indem es Leute, die vielleicht vor 10 Jahren und länger eine kleine Strafe erlitten mußten, arbeitslos macht, obwohl sie bei Reinigungsarbeiten doch wirklich keine besonders verantwortlichen Posten innehaben.

Heute Landtagsöffnung

Der Landtag ist heute Dienstag mittag 13 Uhr zu seiner ersten Sitzung nach den Weihnachtsferien zusammengetreten. Der Landtag beschäftigt sich heute mit einem Antrag der Sozialdemokraten über die Zollpolitik der Reichsregierung. Weiter stehen auf der heutigen Tagesordnung Eisenbahn- und Mietfragen.

Dresden. Kohlenoxydvergiftung. Am Sonntag früh wurde ein älteres Ehepaar durch Kohlenoxyd vergiftet tot in seiner Wohnung aufgefunden. Es wird ein Unglücksfall vermutet.

Wbau. Ueber die Brücke in den Bach. Als der Kaufmann Rudolph mit seiner Limousine in die Stadtstraße einbiegen wollte, streifte der Wagen, da er die Kurve zu weit nahm, das Brückengeländer des Bahnhüberganges in Oberrennersdorf, überschlug sich und stürzte, nachdem er das Geländer überfahren hatte, in den Bach. Wie durch ein Wunder kamen Rudolph und sein Begleiter trotz des schweren Sturzes mit leichteren Verletzungen davon.

Der Wilmersdorfer Leichenraub

SPD Berlin, 16. Januar.

Die Leichenberaubungsaffäre im Wilmersdorfer Krematorium zieht immer weitere Kreise. Der 48jährige Pförtner der Wilmersdorfer Verbrennungsanstalt, Gustav Jetter, wurde am Montag früh in einem Baum in Wilmersdorf erhängt aufgefunden. Der Selbstmörder gehörte zu den fünf Angestellten des Krematoriums, gegen die sich der Verdacht der Verabreichung der ausgefahrenen Leiche des Gastwirts Winkler richtete. Er hatte sich bei seiner Vernehmung in Widersprüche verwickelt, ohne daß man jedoch aus seinen Angaben irgendwelche Schlüsse auf seine Schuld oder Nichtschuld hätte ziehen können. Jetter hatte u. a. behauptet, daß die Leichenbener des Beerdigungsinstituts ihm bei der Entlieferung der Leiche von dem Vorhandensein eines wertvollen Gebisses nichts gesagt hätten. Demgegenüber erklärte jedoch die Leichenbener, daß sie Jetter ausdrücklich auf seine Gebisse aufmerksam gemacht haben. Im Laufe des Montagvormittags wurde daraufhin die Wohnung Jeters durchsucht.

Einer der beiden verhafteten Heizer gab inzwischen die überraschende Erklärung ab, daß er im Einverständnis mit dem Leiter des Krematoriums den Toten vor der Verbrennung Wort- und Goldsachen abnehmen mußte. Diese schwerwiegenden Aussagen werden allerdings von dem Oberinspektor des Krematoriums scharf zurückgewiesen. Wo die abgenommenen Sachen geblieben sind, konnte bisher noch nicht ermittelt werden. Auch das gestohlene Gebiß des Gastwirts Winkler ist bisher noch nicht gefunden worden. Nach den bisherigen Feststellungen ist mit Bestimmtheit damit zu rechnen, daß auch noch andere Leichen, die im Wilmersdorfer Krematorium vor der Verbrennung zur Aufbewahrung untergebracht waren, von ungetreuen Angestellten geraubt worden sind.

Der mißglückte Refordversuch. Der Versuch des amerikanischen Fliegers Chamberlin, den von deutschen Fliegern bisher gehaltenen Dauerflugrekord zu brechen, ist mißglückt. Chamberlin mußte am Sonnabend um 14,04 Uhr infolge Benzinmangels nach einer Flugdauer von 51 Stunden, 53 Minuten und 43 Sekunden landen. Er hat damit zwar seinen eigenen Flugrekord von 1925 um 42 Minuten gebrochen, ist aber hinter dem Anfang August 1927 von dem deutschen Flieger Rißitz aufgestellten Dauerrekord um rund 30 Minuten zurückgeblieben. Die Landung des Fliegers vollzog sich glatt.

Auch ohne Inventur-Verkauf
sind Salamander Schuhe an Güte, Formschönheit
und Preiswürdigkeit unübertroffen.

SALAMANDER

Peterstraße 16 Leipzig Grimmaische Str. 15



Schweres Explosionsunglück

7 Arbeiter getötet, 10 schwer verletzt!

WZB Bücklingen, 16. Januar.

Heute früh gegen 5 Uhr entstand auf der Bücklinger Hütte eine schwere Hohlformexplosion. Die glühenden Massen des explodierten Hohlformens ergossen sich im Umkreis mehrere Meter weit, wodurch eine Anzahl Arbeiter teilweise schwer verletzt wurde. Bis 8 Uhr waren die Leichen von zwei bis zur Unkenntlichkeit verbrannten Hohlformarbeitern geborgen. Die Zahl der Verletzten wurde um die genannte Zeit mit 15 oder 16 angegeben. Die Aufräumungsarbeiten gestalten sich sehr schwierig, da die glühenden Schuttmassen noch ständig nachstrahlen.

WZB Berlin, 16. Januar.

Die Köhlingische Verwaltung teilt zu der Hohlformexplosion mit: Heute morgen gegen 5 Uhr ereignete sich auf der

Bücklinger Hütte ein größeres Unglück. Ein Ofen, der seit einigen Tagen unter hängenden Gichten litt — ein Vorgang, der nichts Anormales hat — kürzte ein. Dabei erfolgte aus bisher unaufgeklärten Gründen eine Explosion im oberen Teil des Schachtes, die das Mauerwerk auf vier bis fünf Meter zerlöste. Die herumfliegenden Mauerwerksteile töteten zwei Arbeiter. Neun Arbeiter und Angestellte wurden zum Teil mehr, zum Teil weniger schwer verletzt und verbrannt. Wie weit Lebensgefahr bei einzelnen besteht, ist zur Zeit nicht zu übersehen. Zwei Leute werden noch vermisst; es wird angenommen, daß sie bei dem entstandenen Durchschießen das Werk verlassen haben. — Der Betrieb der Hütte ist nicht ernsthaft gestört.

III Saarbrücken, 16. Januar.

Bei der Explosion des Hohlformens auf dem Köhlingischen Eisen- und Stahlwerk in Bücklingen sind 7 Personen getötet und 10 schwer verletzt worden. Der gesamte Betrieb wurde zeitweilig stillgelegt, soll aber morgen vormittag wieder aufgenommen werden.

Die „Altenschlebung“ des Bankdirektors Clemens Max Kunert vor dem Schöffengericht

R. In dem berühmten Berliner Gerichtsaktenschlebungskandal erregte am meisten Aufsehen die Affäre des Bankdirektors Kunert. Der Direktor einer großen Bank, Aufsichtsratsmitglied und Inhaber des größten Teiles der Aktien der Mannheimer Motorenwerke, gleichzeitig auch Aufsichtsratsmitglied der Karlsruher Gesellschaft und feiner Mann, sollte sich wegen eines völlig bedeutungslosen Aktienstückes in Gemeinschaft mit einem Bankbeamten, dem Bureauvorsteher des Rechtsanwalts Meyer, einem Justizobersekretär und einem Justizinspektor des Verbrechens der Aktienvernichtung schuldig gemacht haben? Eines stand fest: während die eben genannten Personen Pöller, Hilber, Kessel und Pahlke wegen ihrer zahlreichen Aktienverschlebung zu Gefängnis- resp. Zuchthausstrafen verurteilt wurden, hielt sich der Bankdirektor Kunert in Paris verborgen. Er wurde verhaftet und von den französischen Behörden ausgeliefert. Jetzt stand er vor Gericht.

Der Prozeß gestaltete sich mehr als in einer Beziehung interessant. Einmal erhielt man Einblicke in die Art und Weise, wie Wirtschaftskämpfe bei großen Werken geführt werden. Zum andern wurde die pikante Frage aufgeworfen — sie blieb unbeantwortet! — wieso es möglich werden konnte, daß Gerichtsakten, die nur Behörden zugänglich waren, der einen Finanzgruppe als Waffen gegen die andere in die Hände gespielt wurden.

Kunert gehörte zu den Kriegsgewinnlern. Vor dem Kriege hatte er mit seinen Unternehmungen wenig Glück. Seine Fabrik geriet in Konturs. Er wurde Vertreter verschiedener Banken, zog sich mehrere Strafverfahren zu, von denen eine ihm in Leipzig wegen Beihilfe zu verurteilten Betruges 6 Monate Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust einbrachte. Die Kriegsumwälzung führte zur Einstellung des schwebenden Verfahrens. Der Kriegsdienst hinderte aber Kunert nicht, seine Geschäfte weiterzuführen. Bei Kriegsende verfügte er über etliche Hunderttausend Mark; er gründete verschiedene Aktiengesellschaften. Die Inflation brachte ihm weitere Gewinne. Im Jahre 1922 wurde er Direktor der Deutschen Landwirtschaftsbank. Gleichzeitig beteiligte er sich mit 60 Prozent — das machten 26 Millionen Mark aus — an der Mannheimer Motorenwerke und kam in den Aufsichtsrat, dessen Vorsitzender Generalkonsul Fonck war. Zu den Aufsichtsratsmitgliedern gehörten u. a. Staatssekretär Walter, R.-A. Stöhr, Generaldirektor Eberlein usw. Seine Vorstrafe hatte Kunert wohlweislich verschwiegen.

Bei den Mannheimer Motorenwerken kam es aber bald zu äußerst scharfen wirtschaftlichen Differenzen. Kunert fühlte sich betrogen; er behauptete, das Aktienkapital sei nicht, wie es vertraglich festgelegt worden war, 60 Millionen Mark, sondern nur 40 Millionen Mark gewesen. Es bestanden noch andere Differenzpunkte. Sie betrafen die Behandlung der Dividenden durch die Verbandsbank, die dem Generalkonsul Fonck gehörte; ferner die Behandlung von Schweizer Depots, über welche der Vorstand eine sichere Kontrolle behalten wollte und dergl. mehr. Auf der einen Seite stand die Fonckgruppe, auf der anderen die Kunertgruppe.

Im Dezember 1924 erhielt die Verbandsbank, d. h. Fonck, eine anonyme Karte betreffs Kunerts Vorstrafen; gleiche Karten erhielten auch die Seehandlung und die Girozentrale. Fonck wollte die anonyme Karte in den Papierkorb werfen, Staatssekretär Walter erklärte aber, „unter keinen Umständen, ich sehe nicht neben einem vorbestraften Aufsichtsrat; es kann auch dem Kredit der Mannheimer Werke schaden. Stimmt es mit den Vorstrafen Kunerts, so muß er aus dem Aufsichtsrat scheiden.“ Fonck führte eine Aussprache mit Kunert herbei und teilte ihm bei dieser Gelegenheit von dem Bericht des Landgerichtspräsidenten mit, der für ihn geradezu vernichtend sei. Kunert gab keine Vorstrafen zu, weigerte sich aber, aus dem Aufsichtsrat der Mannheimer Werke

auszuschleichen, als die von ihm genannten Stellvertreter nicht akzeptiert wurden. Die Generalversammlung endete mit der Niederlegung des Vorsitzendenpostens durch Fonck.

Wer hatte aber dem Generalkonsul Fonck den Bericht des Landgerichtspräsidenten ausgehändigt? Der Vorstand der Mannheimer Motorenwerke P. Orange und der Vertreter der Mannheimer Motorenwerke in Hamburg hatten bei ihrer kommissarischen Vernehmung mit einer Deutlichkeit, die jeglichen Zweifel ausschloß, erklärt, daß der Urheber des Materials gegen Kunert, laut Behauptung Foncks der Bruder des Direktors der Mannheimer Motorenwerke Velken, der Berliner Kriminalkommissar von der Abteilung Wucher, Dr. Velken, sei. Dr. Velken hatte nämlich in der bekannten Sache der Adelsgenossenschaft Karstätt u. Co. auch die Angelegenheit einer holländischen Gesellschaft zu bearbeiten, von der die Adelsgenossenschaft bewußt worden sein wollte; Kunert und sein Mittelsmann Karstätt sollten dabei die Hände im Spiel gehabt haben. Kunert wurde in Verbindung mit der Angelegenheit 7 Tage in Haft gehalten; Velken hatte aber in seine Personalakten Einblick genommen und bei dieser Gelegenheit war er auf einen Bericht des ersten Staatsanwalts und des Landgerichtspräsidenten die Gnadenache Kunert betreffend, gestoßen. Kunert wurde hier als gewissenloser Mensch bezeichnet, der die Dreistigkeit gehabt habe, durch seine Heirat in den besten Kreisen der Gesellschaft festen Fuß zu fassen. Noch ein Mensch hatte Einsicht in die Akten erhalten, nämlich R.-A. Stöhr, und zwar auf Akten Kunert selbst. Neben Velken konnte er es gewesen sein, der das Material Fonck hinterbracht hatte.

Kunert brante danach zu erfahren, wer der Urheber des Materials sei. Der Bericht besand sich tatsächlich bei den Akten; das hatte sein Anwalt festgestellt. Ob jemand eine Abschrift vom Bericht erhalten hatte, war nicht zu erfahren. Er hatte aber Verdacht gegen den Kriminalkommissar Dr. Velken.

Eines Tages erschien bei ihm sein alter Bekannter, der Bankbeamte Pöller. Er klagte ihm sein Leid. Pöller vermittelte ihm die Bekanntschaft mit dem Vorgesetzten Dr. Velken, dem Reg.-Rat Klöppel. Dieser versprach eine Untersuchung. Pöller meinte aber außerdem, daß es ihm ein leichtes wäre, die Akten zu besorgen — auf legalem Wege. Kunert erklärte, er würde ihm dann seine Schuld erlassen. Und wirklich, einige Tage darauf, meldete sich bei Kunert der Bureauvorsteher des R.-A. Meyer und brachte ihm Akten. Das waren nicht die richtigen. Als er das drittemal ihm Akten brachte, war der Bericht dabei. Kunert nahm ihn an sich. Fäbner erhielt im ganzen etwa 700 Mark, die er mit den Justizbeamten Kessel und Pahlke teilte. Die Akten befanden sich auf dem Boden und waren zum Einkstampfen bestimmt. Kunert wollte den Bericht ein für allemal vernichtet wissen, um für die Zukunft Ruhe zu haben.

Wer hatte also dem Generalkonsul Fonck den Bericht geliefert? Dr. Velken erklärte vor Gericht, daß er es nicht gewesen sei. Im Gegenteil, als er nach den Vorstrafen Kunerts gefragt worden sei, habe er ausweichende Antworten gegeben. Dr. Fonck bestritt, den Zeugen Stöhr, dem Vorstand Orange und dem Aufsichtsratsmitglied Staatssekretär Walter gefolgt zu haben, daß Dr. Velken sein Gewährsmann gewesen sei. Staatssekretär Walter bestätigte jedoch dies unter Eid. Generalkonsul Fonck gab zu, daß Dr. Velken vielleicht auf seine Anfrage das eine oder andere bestätigt habe. Wer sein Gewährsmann gewesen sei, wolle er nicht sagen. Bei der Vernehmung seiner Aussage zu diesem Punkte blieb er bis zuletzt. Er meinte nun, daß die Vermutung, Rechtsanwalts Stöhr könnte das gewesen sein, naheliege. Es blieb also ungeklärt, wieso ein amtliches Aktenstück heute von Privatleuten werden konnte. Um so interessanter war aber die Einblicke in die Interna der Wirtschaftskämpfe gewisser Finanzgruppen; man erhielt — lehrreiche Einblicke.

Der Staatsanwalt beantragte drei Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilte den Bankdirektor zu 6 Monaten Gefängnis für Aktienverschlebung und aktiver Bestechung. Kunert wird Bestrafung einlegen.

Spiele, Sport, Körperpflege

Stadtdämter für Leibesübungen

Wie sollen sie sein?

Der Deutsche Reichsausschuß für Leibesübungen beschäftigt sich neuerdings lebhaft mit der Frage der Stadtdämter für Leibesübungen, die an vielen Orten zum Teil noch in der Bildung begriffen sind. Ein vom Reichsausschuß jetzt der Öffentlichkeit vorgelegtes Schema für diese Dämter zwingt die Arbeiterportbewegung zu einer kritischen Stellungnahme. Der Reichsausschuß hat gewiß für die Stützung des sportlichen Lebens in Deutschland Anerkennenswertes geleistet. Andererseits aber mußten in vielen Fällen seine reaktionären Reaktionen festgestellt werden und besonders seine jetzige Stellungnahme zu der Frage der Stadtdämter für Leibesübungen fordert im Interesse der gesunden Entwicklung des Arbeitersports und seiner Gleichberechtigung zur Kritik heraus.

Der DRL schlägt in seinem Schema vor, die Stadtdämter wie folgt zu gliedern: 1. in das Dezernat für Leibesübungen, 2. in den Sachverständigenbeirat, 3. in die ausführende Dienststelle und 4. in den örtlichen Sammelverband der Turn- und Sportvereine. Gegen das vorgeschlagene Dezernat wären vom Standpunkte der Arbeiterportbewegung Einwendungen nicht zu erheben. Der geforderte Sachverständigenbeirat hätte allerdings nur in der Gestalt einer Verwaltungsdeputation für Leibesübungen mit allen einer solchen Instanz zu gewährenden Rechten wirksam sein, und vor allem wäre zu fordern, daß dieser Sachverständigenbeirat mit dem Dezernenten als Vorsitzendem aus Vertretern des Rates sowie aus Stadtdamern, Turn- und Vereinsvertretern als Bürgerdeputierten gewählt werden müßte.

Die ausführende Dienststelle als Stadtdamern soll nach dem Schema des DRL einen Referenten für Leibesübungen an der Spitze sehen, dem eine „engste Führung mit dem Vereinsleben“ vorgeschrieben wird. Für diesen Posten sollen nach dem Vorschlage des DRL nur Diplom-Turn- und Sportlehrer in Frage kommen. Hier muß von der Arbeiterportbewegung dringend gefordert werden, daß auch bewährten Sportlern aus den Arbeiterportvereinen der Weg zu dem Amte des Referenten für Leibesübungen zugänglich gemacht wird. Im übrigen trägt der Entwurf des DRL keineswegs der Forderung der Arbeiterportbewegung vertretenen Auffassung Rechnung, daß körperliche und geistige Jugendpflege aufs engste zusammengehören. Nur in einer gegenseitigen Durchdringung der körperlichen und geistigen Interessen liegt der Aufstieg unserer Jugend begründet, und dem muß auch dadurch Rechnung getragen werden, daß die Stadtdämter den Jugendämtern jeweils eng angegliedert werden.

Besondere Beachtung verdient auch der vierte Vorschlag des DRL, wonach in einem Sammelverband sämtliche am Ort befindlichen Turn- und Sportvereine zusammengeschlossen werden sollen. Selbstverständlich weiß auch der Reichsausschuß, daß der engen Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Verbänden Beschüsse der höchsten Körperschaften aller Arbeiterportverbände entgegenstehen; daß vor allem die Arbeiterportler in diesen Dingen nicht mit den bürgerlichen Sportverbänden einig gehen können. Dieser Sachlage gegenüber nimmt er in seinem Vorschlag nun wirklich folgende Stellung ein: „Ein Verband, der „bürgerliche“ wie „Arbeiter“-Vereine zusammenschließt, ist dabei wünschenswert. Wo die Arbeitervereine jedoch nicht mitmachen, muß auf sie verzichtet werden. Hauptache ist, daß der Sammelverband arbeitsfähig ist und nicht in seinem Wirken durch innerlich absetzende Mitglieder gelähmt wird. Besser also ohne die Arbeitervereine arbeitsfähig, als mit ihnen gelähmt.“

Gegen diese Bestrebungen des DRL kann von der Arbeiterportbewegung aus gar nicht „hart“ genug Stellung genommen werden, zumal der Sammelverband ausschlaggebend bei der Bestellung der Deputation für Leibesübungen sein soll. Die Aufgaben des DRL gehen letzten Endes darauf hinaus, die Arbeiterportler von der Inanspruchnahme ihrer Rechte in den Stadtdämtern für Leibesübungen auszuschließen. Gegen solche Veruche muß entschieden vorgegangen werden. Die Arbeiterportkarielle und die sozialistischen Stadtdamernstrukturalen haben deshalb alle Ursache, bei der Bildung der Stadtdämter für Leibesübungen derartige reaktionäre Bestrebungen im Interesse der Arbeiterportbewegung zu unterbinden.

Arbeiter-Wasserport

Die Wassersportbewegung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes Deutschlands hat sich im letzten Jahre ganz vorzüglich entwickelt, auch die aktive Beteiligung hat sich gehoben. So übten an 32 837 Übungsstunden ungefähr 1 Million und 20 000 Teilnehmer und rund 15 000 Schwimmlehrer bestanden die Schwimmprobe, die darin besteht, sich 15 Minuten ohne Unterbrechung im Wasser schwimmen auszuhalten. In Anbetracht des schlechten Sommerwetters ein durchaus gutes Ergebnis. Auch der Arbeiter-Wasserrettungsdienst hat sich ausgezeichnet weiter entwickelt. Das Wasserballspiel nahm einen bedeutenden Aufschwung, gegen 700 Mannschaften sind gemeldet.

Bezirk Turnpartei, Bezirksriege, Donnerstag, den 19. Januar, 19.30 Uhr, Schulturnhalle, Reudnitz, Dorfstraße.

KLEINER ANZEIGER

Stellenangebote

Für sofort werden gesucht
mehrere ältere Großformer auf Grauguß
für große Stücke
mehrere gute Stahlformer
sowie
eine größere Anzahl Arbeitsburschen
im Alter bis zu 19 Jahren für die Metallindustrie.
Mit Wohnungsmeldeschein und Arbeitszeugnissen in der Zeit von 8—15 Uhr zu melden beim Arbeitsamt Leipzig
Fachabteilung für die Metallindustrie
Tröndlinring 1, I. Etage

Stellenangebote in der Leipziger Zeitung haben stets den größten Erfolg!

Die Chemnitz Volksstimme sucht zum 1. April einen erfahrenen politischen Redakteur mit umfassender Kenntnis im Nachrichtenendienst und in der technischen Aufmachung einer Zeitung. 5 Jahre Parteimitgliedschaft Bedingung. Bewerbungen mit Lebenslauf sind bis 10. Februar 1925 einzureichen an H. Kuhnt, Chemnitz, Zimmerstr. 19.

Mehrere geübte Waffelbäcker

die mit der Ueberziehmäschine bestens vertraut sind, werden sofort gesucht. Mit Wohnungsmeldeschein u. Arbeitszeugnissen in der Zeit von 8 bis 15 Uhr zu melden beim Arbeitsamt Leipzig

Fachabteilung für die Süßwarenindustrie

Münzgasse 24, Hof, I. Etage

Wetters, tüchtiger Former

finden sofort bei gutem Lohn dauernde Beschäftigung. Angebote unter N. 34 an die Exped. d. Bl. Tauchaer Str. 19/21 erbeten.

Verkäufe

Großes Möbel-Spezialhaus liefert gegen bequeme Teilzahlung evtl. auch ohne Anzahlung komplette Wohnmöbel zu billigen Preisen. Strengste Diskretion wird zugesichert. Offerten unter „Möbel“ an die Expedition des Blattes, Tauchaer Straße 19/21.

Diverses

Prosektor, durch behördl. Aufl. Medizinisch, Friedrich-Ebert-Str. 63, Sprechst. tagl. 14-16 Uhr

Fertige Ihnen für 29 Mk. inkl. halbes Futtermantel modernem Anzug oder Mantel nach genaues

Maß

aus mitgebrachten Stoffen Tadellos gefertigt Vorarbeit 11. 37 Mk. Maßanfertigung Jakobstr. 6, pt. am Alten Theater

Wohnungen

Über taucht 3-4-Zimm. Wohn. in Leipzig. Biete in Lindenthal schöne 4-Zimmer-Wohnung m. Garten Preis 27 Mk. monatl. Off. an Reupold, Leipzig C 1, Langestraße 11.

Masken-Kostüme für Damen u. Herren in größter Auswahl billig zu verleihen. Frau, Geleisstr. 6, Berlin

Entzückende Masken-Kostüme für Damen u. Herren verleiht sauber und billig G. Grohmann, Eisenbahnstr. 45, I.

Ihr Anzug wird wie neu gezeichnet u. gebügelt. 45 Mk. Abhol. u. Sulzfeld. Post anständig an Reimigung, Windm. L. Döllitz-Schneiderei 5

Schlafstelle zu vermieten. Gohlis, Gothaer Str. 8, II. r.

Bienenhonig, gar rein 10. D. Beste, 10. D. D. 10. D. Beste 6-4. Porto extra. Müll umsonst. Wirth, Dinterhölzmannsdorf 181 bei Siegelheim in G.

Tapete — Unter etas Anzahlung in 10 Monatsraten liefert Topptapete 1000 x 1000, 1000 x 1000, 1000 x 1000. Schreiben Sie sofort! 769

Ruhbaum-Schreibesekretär zu verkaufen Dittzhöring 1, pt. v.

Tannenreisig 6, Kaufg. Eduard-Büttner, a. d. Gf. Elster 12

Kinderwagen Klappwagen Bienenwagen Rinderkühle usw. Teils, lot mitnehm. Elsterstraße 46, I

Kaufgesuche Gold, Silber, Brillant, Gebisse kauft Hans Dünkel Promenadenstraße 25